

---

# Dokumentation

## **„Elevia, ... Man denkt fast an Utopia !“**

„Schule als Staat“ -  
Handlungsorientiert Demokratie lernen?

Ein Unterrichtsprojekt am  
Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn

---

Herausgegeben von der Landeszentrale  
für politische Bildung Baden-Württemberg

Redaktion:  
Martina Geiger, Dr. Clauß Peter Sajak, Martin Wedel

EDV:  
Ralf Geiger

Die abgedruckten Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar.  
Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Meinungsbildung.

Heilbronn / Stuttgart, September 2001

---

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Landeszentrale		4
Vorwort der Redaktion		5
	<i>Didaktische Grundlegung des Projektes „Schule als Staat“</i>	
Clauß Peter Sajak	Handlungsorientiert für das Leben lernen – Das Projekt „Schule als Staat“	7
Martin Wedel	Handlungsorientiert Demokratie lernen ? – Das Projekt „Schule als Staat“ aus politikdidaktischer Sicht	11
	<i>Handreichung für die praktische Durchführung des Projektes</i>	
Martina Geiger	Grundsätzliche Überlegungen	15
Martin Wedel	Der Bereich Politik	25
Martina Geiger	Der Bereich Wirtschaft	39
Clauß Peter Sajak	Der Bereich Kultur und Gesellschaft	51
	<i>Nachlese und kritische Reflexion des Projektes</i>	
Hans-Ulrich Dollmann	Ein Blick zurück: Wie ein Schulleiter „Schule als Staat“ erlebt hat	67
Norbert Giegling	Beobachtungen eines SMV-Lehrers: Manöverkritik	69
Katja Fiedler / Stefanie Kaiser / Lisette Keller	Schülerbeobachtungen: Das Projekt „Schule als Staat“ Pressestimmen	73 75
Tobias Hartmann	Der Staatspräsident blickt zurück	77
Klaus Karnetzky	Elevia, ein Superstaat? – Reflexion eines Parlamentariers	79
Marieke Leist / Anne Scheu	Blumenladen „Flower Power“ – Ein Unternehmen aus der Unterstufe	81
Pia Lorenz / Katja Rossi / Christine Steinbrecher	Cha-Cha und Mambo gegen High-Tech-Food – Ein Unternehmen aus der Mittelstufe	83
Fabian Eber / Juliane Gründl	Pizzeria „Bella Elevia“ – Ein Betrieb aus der Oberstufe	85
Heinrich Staubitz	Auf dem Weg zu einer „Kultur der Selbstständigkeit“? – Das Pro- jekt „Schule als Staat“ aus der Sicht des BOGY-Beauftragten	87
Carolin Hartmann / Eva Laueremann	Zwischen Theater und Inliner-Hockey – Zwei Ministerinnen berichten	89
Christoph Beck	Zu Gericht bei „Schule als Staat“ – Ein Richter im Einsatz für die Gerechtigkeit	91
Martina Geiger	Kann man Demokratie lernen? Auswertung einer Umfrage zum Projekt „Schule als Staat“	93

---

# Vorwort der Landeszentrale

Die politische Bildung kann nur dann erfolgreich sein, wenn es immer wieder neu gelingt, Wege zu finden, um vor allem die junge Generation zu begeistern und zum Mitmachen zu bewegen.

Das Projekt "Schule als Staat", bei dem sich das Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium für vier Tage in einen eigenständigen Staat verwandelt hat, ist ein Weg, die Bedeutung des politischen Lebens stark ins Bewusstsein zu bringen und Erfahrungen zu sammeln, die über den Politikunterricht hinaus prägende Wirkung haben.

Die Landeszentrale für politische Bildung möchte dieses geglückte Projekt mit dieser Dokumentation auch anderen Schulen vorstellen und sie zur Nachahmung ermuntern.

So ein Werk kann nur gelingen, wenn eine Schule insgesamt mitzieht. Deshalb danke ich dem Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium in Heilbronn für die Aufgeschlossenheit und für den langen Atem. Besonders danke ich aber Frau Martina Geiger und den Herren Clauß Peter Sajak und Martin Wedel, die das Projekt initiiert, durchgeführt und jetzt auch so aufbereitet haben, dass es eine echte Einladung zur Nachahmung geworden ist.

Siegfried Schiele

Direktor der Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

---

# Vorwort der Redaktion

„*Elevia*...- *Man denkt fast an Utopia*“: Mit diesem Vers aus der Hymne unseres Schulstaates haben wir unsere Projektdokumentation überschrieben. Tatsächlich ist *Elevia* in gewisser Weise eine Utopie gewesen, allerdings nicht in dem Sinne, mit dem wir die Staatsentwürfe eines Platon, Thomas Morus oder Tommaso Campanella als „U-topia“ bezeichnen. Während diese Staaten „keinen Ort“ in der Wirklichkeit haben und „nirgendwo“ in dieser Welt existieren, hat es unseren Staat im Juli 2000 wirklich gegeben. Der Ort: Heilbronn. Utopisch erscheint aber die Form von Schule, die im Rahmen des Projektes „Schule als Staat“ praktiziert wurde. Dass etwa 900 Schüler und 70 Lehrer fast eine Woche lang mit großer Ernsthaftigkeit und Engagement ein handlungsorientiertes Großprojekt verwirklichen und einen eigenen Staat gründen, trägt in der Tat Züge des Utopischen.

An fünf Tagen im Juli 2000 hat sich das Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn in den etwa 1000 Bürger umfassenden Staat *Elevia* verwandelt, der von einer durch das Parlament gewählten elfköpfigen Regierung geleitet und von einem direkt gewählten Staatspräsidenten repräsentiert wurde. Innerhalb der Grenzen dieses Staates, also auf den ca. 6000 m<sup>2</sup> des Schulgeländes, entstanden über 50 Betriebe und Unternehmen, die durch Angebote in den Bereichen Dienstleistung, Gastronomie und Kultur den Grundstein für das wirtschaftliche Leben des Staates legten.

Auch wenn man das Verhältnis von organisatorischem Aufwand und konkreten Lernerfolgen durchaus kritisch sehen kann, sind wir der Auffassung, dass dieses Projekt es wert ist, einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt zu werden und viele Nachahmer zu finden. Wir haben in den letzten Monaten bereits zahlreiche Anfragen von anderen Schulen und Hochschulen bekommen, in denen nach unseren Erfahrungen mit „Schule als Staat“ gefragt und um Hilfestellung und Rat für ähnliche Projektveranstaltungen gebeten wurde. Entsprechend hoffen wir, mit der vorliegenden Dokumentation interessierten Schülergruppen, Fachdidaktikern und Pädagogen eine Handreichung für Planung und Durchführung des faszinierenden Großprojektes „Schule als Staat“ liefern zu können.

Die Dokumentation ist in drei Teile gegliedert:

Auf eine **Didaktische Grundlegung**, in der wir das Projekt aus pädagogischer wie politikdidaktischer Perspektive reflektiert haben, folgt eine umfangreiche **Handreichung für die praktische Durchführung des Projektes**. Hier finden interessierte Leser<sup>1</sup> die wichtigsten Informationen, Tipps und Materialien (als Kopiervorlagen), um das Projekt selbst zu planen und durchzuführen. Dass sich diese Anstrengung lohnt, zeigen die verschiedenen Berichte und Reflexionen, die wir in der **Nachlese** gesammelt haben. Dabei haben wir durchaus auch kritische Stimmen zu Wort kommen lassen.

Aber machen Sie sich selbst ein Bild!

Martina Geiger  
Dr. Clauß Peter Sajak  
Martin Wedel

Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn

---

<sup>1</sup> Aus Platzgründen werden in der gesamten Dokumentation die generischen Maskulina in der normalen, nicht exklusiven Bedeutung verwendet.



*Clauß Peter Sajak*

## Handlungsorientiert für das Leben lernen – Das Projekt „Schule als Staat“

*Dr. Clauß Peter Sajak, StR, ist Lehrer für Katholische Religionslehre, Deutsch und Philosophie am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn. Er unterrichtet auch das neu eingerichtete Seminarfach und betreut als Verbindungslehrer die Schülermitverantwortung.*

In vielen Schulen in Baden-Württemberg wird derzeit das Projekt „Schule als Staat“ durchgeführt. Obwohl dieses pädagogische Unternehmen mit einem immensen organisatorischen und zeitlichen Aufwand verbunden ist, scheint die Popularität des Projektes in engagierten Kollegien wie bei interessierten Schülern ständig zu wachsen. Ein Grund mag die komplexe didaktische Ausrichtung des Projektes sein, werden doch hier gleich drei interessante pädagogische Ansätze mit dem gesellschaftlichen Anliegen des Demokratielernens verbunden: die Projektmethode und das Planspiel im Rahmen eines handlungsorientierten Lernprozesses. Im Folgenden sollen diese drei didaktischen Dimensionen des Projektes vorgestellt werden.

### 1. Die Grundzüge des Projektes

Die Idee, im Rahmen einer Projektwoche die Schule in einen „kleinen“ Staat umzugestalten, in dem Lehrer wie Schüler mit gleichen Rechten ausgestattet sind und durch wirtschaftliche Tätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, ist Mitte der neunziger Jahre in Schleswig-Holstein entstanden<sup>1</sup>. Die hier entwickelten Leitideen wurden auch am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium in Heilbronn als Bezugsrahmen verwendet. Sie lauten:

- Lehrer wie Schüler sind gleichberechtigt, die traditionellen Rollen sind aufgehoben.
- Politik und Gesellschaft bilden ein funktionales System: Politische Entscheidungen wirken sich sofort auf die Wirtschaft aus, gesellschaftliche Entwicklungen haben direkte Konsequenzen für die politisch Verantwortlichen.
- Alle Bürger müssen für ihren Lebensunterhalt aufkommen: Sie werden entweder Unternehmer oder versuchen, als Beamte / Angestellte Einkommen zu erwerben.

- Schüler erleben unmittelbar, wie Staat und Unternehmen funktionieren.
- Die Schüler bestimmen so weit wie möglich das Geschehen selber und sind so verantwortlich für das Wohl des Staates und das Funktionieren der Wirtschaft<sup>2</sup>.

Am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium entstand so im Juli 2000 für fünf Tage ein knapp 1000 Bürger umfassender Staat, der von einer durch das Parlament gewählten elfköpfigen Regierung geleitet und von einem direkt gewählten Staatspräsidenten repräsentiert wurde. Innerhalb der Grenzen dieses Staates, also auf den ca. 6000 m<sup>2</sup> des Schulgeländes, entstanden über 50 Betriebe und Unternehmen, die durch Angebote in den Bereichen Dienstleistung, Gastronomie und Kultur den Grundstein für das wirtschaftliche Leben des Staates legten.

Der Aufwand für ein solches Projekt ist erheblich. Kritiker fragen nicht zu Unrecht, ob sich die organisatorische Mühe in Anbetracht des zu erzielenden Lernerfolges lohnt, oder ob hinter dem Projekt nicht nur „wilder Aktionismus“ aus Prestigegründen oder ein „mit didaktischem Schnickschnack verbrämtes Schulfest“ stecke. Dieser Polemik lässt sich allerdings entgegenen, dass in der Tat hinter dem am Ende als gemeinschaftliches Fest durchgeführten Projekt eine Reihe interessanter didaktischer Ideen steckt, über die es sich durchaus nachzudenken lohnt.

### 2. „Schule als Staat“ - ein schulumfassendes Großprojekt

Das Projektlernen gilt nicht erst seit den grundlegenden Arbeiten von Johannes Bastian, Herbert Gudjons, Karl Frey und Dagmar Hänsel<sup>3</sup> als pädagogisch verheißungsvolle Lernform, die besonders

<sup>1</sup> Vgl. zur Entstehungsgeschichte Detjen (1998), 229-237 und Oberschulamts Stuttgart (1999).

<sup>2</sup> Vgl. Detjen (1998), 234.

<sup>3</sup> Vgl. Bastian/Gudjons (1986), Frey (1998) und Hänsel (1997).

immer dann ins Gespräch kommt, „wenn auch die Leistungsfähigkeit der Schule generell ins Gerede gekommen ist angesichts von Krisen, die mit ‚herkömmlichem Unterricht‘ nicht mehr bewältigbar erscheinen.“<sup>4</sup> Die Grundidee dieses themenzentrierten offenen Lernens geht auf die amerikanischen Pädagogen John Dewey und William H. Kilpatrick zurück, die im Kontext des „Progressive Education Movement“ besonders den Zusammenhang von „Demokratie und Erziehung“ fördern wollten<sup>5</sup>. In der deutschen Reformpädagogik erblühte die Projektidee ein erstes Mal um 1920, eine glanzvolle Renaissance erlebte sie dann im Zuge der Bildungsreform in den siebziger Jahren. Die wohl deutlichste Spur, welche die Euphorie für die Projektmethode in dieser Zeit hinterlassen hat, sind die Projektwochen, die an vielen Schulen unserer Republik inzwischen zum festen Ritual des Schuljahres gehören und die deshalb – vielleicht auch wegen des traditionellen Termins kurz vor den Sommerferien – kaum noch Begeisterung hervorrufen. Ansonsten ist das Schulprojekt inzwischen eher in den Schatten modernerer didaktischer Ansätze wie dem fächerverbindenden Unterricht geraten, auch wenn ihm im Zuge der inneren Schulreform inzwischen eine neue Funktion zugewiesen worden ist.<sup>6</sup> „Schule als Staat“ bietet nun die Gelegenheit, handlungsorientiertes und fächerverbindendes Lernen im Rahmen eines Großprojektes in neuer Form zu verbinden.

Das Projekt wird in der Regel als „von Lehrerinnen und Schülerinnen unternommener Versuch“ definiert, der das Ziel hat, „ein gesellschaftlich wichtiges und den Interessen der Beteiligten entgegenkommendes Problem gemeinsam“<sup>7</sup> zu bearbeiten und zu einem Ergebnis, in engerem Sinne also zu einem Produkt zu kommen. Dabei gelten nach K. Frey folgende Grundregeln<sup>8</sup>:

Die Projektteilnehmer greifen ein Thema auf – hier: *die Schule als einen demokratischen Staat zu organisieren* – und entwickeln die Projektinitiative, in deren Rahmen sinnvolle Beschäftigungsbereiche für alle Beteiligten gesucht werden.

Sie organisieren sich in einem begrenzten zeitlichen Rahmen – hier: *neun Monate* – selbst und nutzen diese Zeit für Planung und Organisation.

Sie informieren sich gegenseitig in gewissen Abständen – hier: *ein monatliches Koordinations-treffen der Arbeitsgruppen* –, während sie in unabhängigen Gruppen an ihren Aufgaben arbeiten.

Sie setzen sich Arbeitsziele – hier: *die Erarbeitung einer Staatsverfassung und die Etablierung leistungsfähiger Staatsorgane* –, vereinbaren einen

Arbeitsrahmen und entwickeln Methoden für die Auseinandersetzung mit den Aufgaben.

Sie spüren auftretende Spannungen und Konflikte auf, um sie zu lösen, und helfen sich in verschiedenen Situationen aus.

Sie befassen sich mit realen Situationen und Gegenständen – hier: *die Institutionen eines demokratischen Staatswesens und deren Arbeitsweise* – und setzen sich mit aktuellen und sie selbst betreffenden Fragen – hier: *Welcher Berufstätigkeit will ich nachgehen? Engagiere ich mich in einem staatlichen Gremium?* – auseinander.

Die Teilnehmer gestalten folglich alle Dimensionen des Projektlernens selbst: Organisation, Methodenpakete und Lernformen sowie die Ergebnispräsentation und Bewertung<sup>9</sup>. Dabei ist entscheidend, dass sich das Projekt nicht in der Planung, Gestaltung und öffentlichen Präsentation erschöpft, sondern dass es von den Teilnehmern selber kritisch reflektiert und ausgewertet wird. Dies gestaltete sich bei „Schule als Staat“ schwierig, erschien hier der Höhepunkt der öffentlichen Inszenierung eines „Staatsaktes“ am Besuchertag unzweifelhaft als Schlussakkord für Lehrer wie Schüler. Unsere Dokumentation ist der Versuch, wenigstens mit einer kleinen Gruppe von engagierten Teilnehmern eine kritische Aufarbeitung und Bewertung des Projektes zu versuchen.

### 3. „Schule als Staat“ – ein wirtschaftspädagogisches Planspiel

Die Methode des Planspiels ist in den militärischen Sandkastenspielen der Generalstäbe entstanden, in denen Schlachten, Feldzüge oder politische Krisenszenarien mit dem Ziel taktischer Schulung oder strategischer Diskussionen durchgespielt wurden. In den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts wurde dieses Spielmodell auf die Schulpädagogik, und hier im Besonderen auf den Gemeinschaftskunde- und Politikunterricht, übertragen<sup>10</sup>. Fragestellungen und Konflikte im Bereich der Politik, der Arbeitswelt und der Wirtschaftstheorie werden seitdem spielerisch im Klassenzimmer nachgestaltet, wobei die Schüler jeweils die Rollen der beteiligten Parteien einnehmen und unter einem gewissen Entscheidungsdruck Auseinandersetzungen austragen und eine Lösung finden sollen. Materialien und Medien zur Rollenerarbeitung werden den Schülern dafür zur Verfügung gestellt<sup>11</sup>.

Auch „Schule als Staat“ kann nach dieser Definition als Planspiel verstanden werden, geht es doch

<sup>4</sup> Wolters (1998), 121.

<sup>5</sup> Zur Geschichte der Projektmethode vgl. Frey (1995), hier 48-52.

<sup>6</sup> Vgl. Wolters (1998), 127-133.

<sup>7</sup> Meyer (1997), 171.

<sup>8</sup> Vgl. Frey (1995), 16-17.

<sup>9</sup> Vgl. zu den Dimensionen des Projektunterrichts Wolters (1998), 134-153.

<sup>10</sup> Zur Geschichte des Planspiels vgl. Meyer (1987), 366.

<sup>11</sup> Vgl. Meyer (1987), 366-368.

auch hier darum, Verhältnisse und Prozesse des politischen und wirtschaftlichen Lebens in einem Rollenspiel (Rollen sind in diesem Sinne z. B. die Mitglieder der Regierung, die Parlamentarier, die Beamten der Exekutivorgane, die Unternehmer, die Angestellten) nachzuspielen und dabei konkrete Probleme zu lösen und zu Entscheidungen zu kommen. Dabei ist es wichtig festzuhalten, dass ein Planspiel niemals die ganze Wirklichkeit abbilden kann, sondern nur einen Ausschnitt dieser sozialen Komplexität<sup>12</sup>. Kritiker bemängelten, die Regeln des Projektes seien unvollständig oder würden die abgebildete Wirklichkeit in nicht legitimer Weise verkürzen, so z. B. dass es im Rahmen von „Schule als Staat“ bei den Gerichtsverhandlungen keinen höheren Instanzenweg mit Berufungsmöglichkeiten gebe. Eine solche Kritik übersieht die Grundregel des Planspiels, dass eben nur Ausschnitte der gesellschaftlichen Wirklichkeit „durchgespielt“ werden können.

#### 4. „Schule als Staat“ im Kontext handlungsorientierter Lernmethoden

„Handlungsorientierter Unterricht ist ein ganzheitlicher und schüleraktiver Unterricht, in dem zwischen dem Lehrer und den Schülern vereinbarte Handlungsprodukte die Organisation des Unterrichtsprozesses leiten, so dass Kopf und Handarbeit der Schüler in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gebracht werden können“<sup>13</sup> – so lautet die wohl bekannteste Definition des handlungsorientierten Lernens, aufgestellt von Hilbert Meyer. Handlungsorientierte Unterrichtsformen bestimmen schon seit einigen Jahren unübersehbar die Methoden der Unterrichtsgestaltung und die Inhalte der Curricula<sup>14</sup>. Wer zur Zeit ein Unterrichtspraktikum, eine Lehrerfortbildung oder sein Referendariat durchläuft, weiß, mit welcher Überzeugung hier der handlungsorientierte Unterricht als Allheilmittel schlechthin für methodische, didaktische und pädagogische Probleme angepriesen wird. Je mehr diese Methode zur Mode und Masche aufgebaut wird, desto stetiger wächst die Zahl der zweifelnden und skeptischen Stimmen im Lager der Praktiker. Herbert Gudjons hat allerdings vor wenigen Jahren in einem konzisen Beitrag aufgezeigt, dass der handlungsorientierte Unterricht jenseits aller Moden durch eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Erkenntnissen durchaus wohl begründet erscheint<sup>15</sup>. Dabei stützt Gudjons seine Grundthese, der handlungsorien-

tierte Unterricht sei weder bloßer Aktionismus noch Beschäftigungstherapie, sondern solle Schüler befähigen, Handlungskompetenzen für verschiedene Lebenssituationen zu erwerben<sup>16</sup>, durch die neuen Erkenntnisse der Kognitionspsychologie, der Gehirnforschung, der Motivations- und Sozialisationstheorie.

Diese vier exemplarischen Bereiche sollen etwas genauer in den Blick genommen werden. Seit Jean Piaget geht die *Kognitionspsychologie* davon aus, dass sich unsere Denkstrukturen aus verinnerlichten Handlungen entwickeln. Das hat Konsequenzen für unsere Lerntechnik, welche Gudjons mit einem Zitat von John Dewey deutlich macht: Wenn unser Denken aus dem Handeln hervorgeht, „...dann kann man Wissen, Begriffe und ‚Stoffe‘ nicht einfach in fertiger Form weitervermitteln oder wie Ziegelsteine von Generation zu Generation weiterreichen.“<sup>17</sup> Der Mensch muss stattdessen Lerninhalte in Handlungen umsetzen und dann handelnd die entsprechenden Denkstrukturen aufbauen. Mit Blick auf das Projekt „Schule als Staat“ kann man einen Begriff wie den der „Demokratie“ als Beispiel wählen: „Demokratie“ bleibt als Begriff für Schüler in der Regel abstrakt und bedeutungslos. Werden diese Schüler aber zu Subjekten demokratischer Verfahren, indem sie z. B. selber wählen und gewählt werden dürfen oder sogar als politischer Entscheidungsträger aktiv werden, erschließt sich ihnen das Wesen der Demokratie aus ihren im Handeln erworbenen Erfahrungen. Sie sind damit den meisten Erwachsenen voraus, die dieses „learning by doing“ (J. Dewey) erst mit der Wahlmündigkeit einleiten dürfen.

Außerdem lehrt die neurologische *Gehirnforschung*, dass in der hochkomplexen, netzartigen Struktur unseres Gehirns Informationen sowohl an der Oberfläche als auch in der Tiefenschicht abgespeichert werden. Während aber die Informationen an der Oberfläche rasch wieder verloren gehen, also vergessen werden, garantiert die multiple Encodierung der Informationen in den Tiefenstrukturen deren langfristige Speicherung und Abrufbarkeit. Diese multiple Encodierung aber bedarf des ‚Tuenden-Lernens‘, also des Handelns<sup>18</sup>. Es leuchtet ein, dass eine Definition des Terminus „Umsatzsteuer“ Minuten später wieder entfallen ist. Die schmerzliche Erfahrung, von seinem mühsam erarbeiteten Umsatz eine Steuer zahlen zu müssen, wird kaum ein Schüler so schnell vergessen.

Mit diesen Erkenntnissen korrespondiert auch der wissenschaftliche Beitrag der modernen *Motivationsstheorie*. Sie hat herausgearbeitet, dass es nicht nur einen engen Zusammenhang von Abrufbarkeit

<sup>12</sup> Vgl. Meyer (1987), 366.

<sup>13</sup> An verschiedenen Orten, hier Jank/Meyer (1994), 354.

<sup>14</sup> Aus der Fülle der Literatur vgl. exemplarisch Aebli (1980/1981), Gudjons (1994), Gudjons (1997), Huwendiek (1998) und Jank/Meyer (1994), Kösel (1993).

<sup>15</sup> Vgl. Gudjons (1997).

<sup>16</sup> Vgl. Gudjons (1997), 9.

<sup>17</sup> Gudjons (1997), 7.

<sup>18</sup> Vgl. Gudjons (1997), 7.

und Gehirnstruktur, sondern auch ein Zusammenspiel von Kognition und Emotion gibt. Personal und emotional wichtige Informationen werden besser memoriert, weil das Limbische System in der Großhirnrinde Denkprozesse ständig emotional ‚einfärbt‘. Da es eine klare Korrelation von Sinnhaftigkeit bzw. subjektiver Bedeutung und Motivation gibt, lernen und memorieren Menschen leichter, wenn sie Spaß an einer Sache haben<sup>19</sup>. Für Pädagogen ist dies eine Binsenweisheit: Unterricht ist dann spannend und interessant, wenn den Schülern die Lebensrelevanz eines Themas vermittelt werden kann. Das zeigt sich auch bei „Schule als Staat“: Durch die aktive, engagierte Leitung und Verwaltung eines eigenen Kleinunternehmens lernt ein Schüler mehr und längerfristig die Grundregeln der Betriebswirtschaftslehre als in jedem theoretischen Wirtschaftsunterricht.

Schließlich gilt es, einen Blick vom Individuum und seinen kognitiven Möglichkeiten auf die gesellschaftlichen Faktoren zu richten. Die Veränderung der *Sozialisationsbedingungen* in unserer postmodernen „Risikogesellschaft“ (U. Beck) liefert ein weiteres Argument für die Förderung handlungsorientierter Unterrichtsformen. Gerade die pädagogischen Postulate der modernen Schultheorie können im Rahmen eines handlungsorientierten Schulprojektes konzentriert eingeholt werden. So zeigt sich die Lebensnähe des Unterrichts in der Einübung von Demokratie und Arbeitsleben, die Öffnung der Schule in der Kooperation mit Fachleuten aus den Medien, der Wirtschaft und der Politik, die Demokratisierung des Lernens in der freien Wahl von Tätigkeiten, Aufgaben und Methoden. Folglich bieten sich gerade im handlungsorientierten Lernen zahlreiche Möglichkeiten, die Visionen einer Schule der Zukunft als „Lebenshilfe-“ (P. Struck) und „Erfahrungsschule“ (H. v. Hentig) zumindest für einen beschränkten Zeitraum Wirklichkeit werden zu lassen.

## 5. Die Erfahrungsschule wird Wirklichkeit

Das schulumfangreiche Großprojekt „Schule als Staat“ bietet also die Möglichkeit, moderne didaktische Ansätze wie Planspiel und Handlungsorientierung mit einem faszinierenden Versuch des Demokratielernens zu verbinden. Die Anstrengungen und aufwändigen Vorbereitungen können sich durchaus lohnen, gilt es doch gerade in Zeiten der Politikverdrossenheit und Institutionenmüdigkeit nach neuen Wegen zu suchen, den jungen Menschen den Wert unseres politischen Systems klarzumachen und sie in die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie einzuführen. Dass „Schule als Staat“ mit der Forderung nach eigen-

ständiger Erwerbstätigkeit auch auf einer wirtschaftspädagogischen Lernzielebene Einblicke in wichtige volks- und betriebswirtschaftliche Grundregeln und Abläufe ermöglicht, kommt zudem einer häufigen Forderung aus der Wirtschaftswelt entgegen, die Schüler müssten in der Schule von heute mehr Wissen im Bereich von Wirtschaft und Finanzen erwerben. Sceptiker, die bei der Lektüre solcher Sätze sofort ideologiekritische Vorbehalte ins Feld führen wollen, können sich schließlich damit trösten, dass ein solches Schulprojekt auch auf der menschlichen Ebene Schüler und Lehrer enger zusammenrücken lassen kann.

## Literatur:

- Aebli, Hans (1980/1981), Denken. Das Ordnen des Tuns. 2 Bde., Stuttgart 1980/1981.
- Bastian, Johannes/Gudjons, Herbert (Hg.) (1986), Das Projektbuch. Theorie – Praxisbeispiele – Erfahrungen, Hamburg 1986.
- Detjen, Joachim (1998), Handlungsorientierung – Praktische Anwendung im Politikunterricht, in: Breit, Gotthard/Schiele/Siegfried, Handlungsorientierung im Politikunterricht, Bonn 1998, 226-257.
- Frey, Karl (1998), Die Projektmethode. Der Weg zum bleibenden Tun, Weinheim/Basel <sup>8</sup>1998.
- Gudjons, Herbert (1994), Handlungsorientiert lehren und lernen, Bad Heilbrunn <sup>4</sup>1994.
- Gudjons, Herbert (1997), Handlungsorientierter Unterricht. Begriffskürzel mit Theoriedefizit?, in: Pädagogik 1/1997, 6-10.
- Hänsel, Dagmar (1997), Handbuch Projektunterricht, Weinheim/Basel 1997.
- Huwendiek, Volker (1998), Didaktisches Denken und Unterrichtsplanung, in: Bovet, Gislinde/Huwendiek, Volker, Leitfaden Schulpraxis. Pädagogik und Psychologie für den Lehrerberuf, Berlin 1998, 74-120.
- Jank, Werner/Meyer, Hilbert (1994), Didaktische Modelle, Berlin <sup>3</sup>1994.
- Kösel, Edmund (1995), Die Modellierung von Lernwelten. Ein Handbuch zur Subjektiven Didaktik, <sup>2</sup>1995.
- Meyer, Hilbert (1987), Unterrichtsmethoden. Bd. II: Praxisband, Berlin 1987.
- Meyer, Hilbert (1997), Schulpädagogik. Bd. II: Für Fortgeschrittene, Berlin 1997.
- Oberschulamts Stuttgart (Hg.) (1998), Handlungsorientierter Unterricht als fächerübergreifende Projektarbeit. „Schule als Staat“ – Ein Großprojekt am Gymnasium Neckartenzlingen, Stuttgart 1998.
- Wolters, Angelika (1998), Projekt- und Fächerübergreifender Unterricht, in: Bovet, Gislinde/Huwendiek, Volker, Leitfaden Schulpraxis. Pädagogik und Psychologie für den Lehrerberuf, Berlin 1998, 121-158.

<sup>19</sup> Vgl. Gudjons (1997), 7-8.

*Martin Wedel*

## **Handlungsorientiert Demokratie lernen? - Das Projekt „Schule als Staat“ aus politik- didaktischer Sicht**

*Martin Wedel, StR, ist Lehrer für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Französisch am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium in Heilbronn. Er unterrichtet auch das Seminarfach und ist Ausbildungslehrer.*

Handlungsorientierung<sup>1</sup> ist nicht nur in der allgemeinen Pädagogik, sondern auch in der Didaktik der politischen Bildung derzeit *en vogue*. Insbesondere vor dem Hintergrund einer allgemein diagnostizierten Politik- und Politikerverdrossenheit, die sich leicht zu einer generellen Demokratieverdrossenheit ausweiten könnte, erhoffen sich nicht wenige Politikbildner von diesem didaktischen Prinzip wesentliche Impulse sowohl für ihren eigenen Unterricht wie auch darüber hinaus für eine größere Partizipation im gesellschaftlichen, sozialen und politischen Bereich. Handlungsorientierung soll nach diesem Verständnis einen wichtigen Beitrag zum Erlernen elementarer Spielregeln der Demokratie und des gesellschaftlichen Miteinanders leisten. Dies umso mehr, als Erfolge in der politischen Bildungsarbeit selten konkret und anschaulich gemacht, umgekehrt aber negative Befunde, wie beispielsweise das Anwachsen von Rechtsradikalismus, leicht als Versagen der politischen Bildung qualifiziert werden können.

Wie Handlungsorientierung im Allgemeinen, so wird auch der handlungsorientierte Ansatz in der Politikdidaktik<sup>2</sup> kontrovers beurteilt. „Während Befürworter sich politisches Lernen nur handlungsorientiert vorstellen können, äußern skeptische Stimmen die Sorge, daß handlungsorientierter Politikunterricht blindem Aktionismus Vorschub leistet. Angemahnt wird, daß das Politische ausgeblendet wird und das Tun die Reflexion in den Hintergrund drängt.“<sup>3</sup> Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, ob und inwiefern das Projekt „Schule als Staat“ einen Beitrag zum De-

mokratielernen bieten kann. Oder mit anderen Worten: Kann Handlungsorientierung ein Konzept sein, welches das Leitbild des „mündigen Bürgers“ in der politischen Bildung fördert? Dafür ist zunächst ein Blick auf die (Global)ziele politischer Bildung bzw. des Politikunterrichts nötig.

### **1. Ziele politischer Bildung**

Jede Demokratie lebt vom politischen Engagement und der Bereitschaft ihrer Bürger, aktiv am politischen Leben und am politischen Willensbildungsprozess teilzunehmen. Eine lebendige Demokratie setzt einen „Aktivbürger“ voraus, der sich informiert, mitdenkt und mitentscheidet.<sup>4</sup> Erst die Partizipation der Bürger am politischen Prozess gibt der Demokratie ihre Legitimität.

Nach dem Darmstädter Appell von 1995 ist „die Befähigung von Schülerinnen und Schülern zur Wahrnehmung ihrer Bürgerrolle“<sup>5</sup> eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung. Nach diesem Verständnis soll der politisch kompetente und interessierte, sich für das Gemeinwesen verantwortlich fühlende „mündige Bürger“<sup>6</sup>, in der Lage sein, auf der Grundlage notwendigen Basiswissens politische Vorgänge selbstständig zu untersuchen und zu beurteilen. Über diese Denkleistungen hinaus soll er dazu befähigt werden, politische Aktivitäten (Beteiligung an Wahlen und Volksabstimmungen), aber auch demokratisches Verhalten (Akzeptanz abweichender Meinungen, Achtung und Schutz der Grund- und Menschenrechte, Eintreten für Gewaltlosigkeit) umzusetzen.

Diese Zieldimension des „mündigen Bürgers“ deckt sich mit dem schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrag des Landes Baden-Württemberg, wonach „jeder junge Mensch ohne Rücksicht auf

<sup>1</sup> Aus der Fülle der Definitionen wird hier, wie im Beitrag von Clauß Peter Sajak, auf die Definition von Hilbert Meyer zurückgegriffen: "Handlungsorientierter Unterricht ist ein ganzheitlicher und schüleraktiver Unterricht, in dem die zwischen dem Lehrer und den Schülern vereinbarten Handlungsprodukte die Unterrichtsprozesse leiten, so daß Kopf- und Handarbeit der Schüler in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander gebracht werden können." Jank/Meyer (1994), 354.

<sup>2</sup> An einschlägiger Fachliteratur sei u.a. verwiesen auf: Breit/Schiele (1998), Grammes (1997), Klippert (1991), Reinhardt (1997).

<sup>3</sup> Schiele (1998), VII.

<sup>4</sup> Zur Rolle des Bürgers in der Demokratie vgl. Ackermann (1998).

<sup>5</sup> Darmstädter Appell (1995), 140.

<sup>6</sup> Natürlich handelt es sich beim Begriff des „mündigen Bürgers“ um einen Formelkompromiss, der unterschiedlich interpretiert werden kann.

Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung hat und daß er zur Wahrung von Verantwortung, Rechten und Pflichten in Staat und Gesellschaft sowie in der ihn umgebenden Gemeinschaft vorbereitet werden muß.“<sup>7</sup>

Integration in Staat und Gesellschaft heißt demnach auch Kennenlernen der Rechte und Pflichten des Staatsbürgers. Dies wird explizit formuliert im Bildungsauftrag des Faches Gemeinschaftskunde. Hier heißt es:

„Das Fach ... hat die Aufgabe, den Schülerinnen und Schülern auf der Grundlage solider Kenntnisse, Einsichten in politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und rechtliche Zusammenhänge zu vermitteln ... und sie zu selbständig denkenden, rational urteilenden und verantwortlich handelnden Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern zu erziehen, die die Regeln für ein rationales Austragen politischer Konflikte kennen und achten. Sie sollen die Grundwerte und Rechtsnormen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstehen und anerkennen.“<sup>8</sup>

Als Globalziel für die politische Bildung kann mithin der „mündige Bürger“ gelten, der die Fähigkeit zur eigenen, unangepassten Analyse, zum unabhängigen Urteil und zum selbstständigen Handeln besitzt, und sich somit vom „Passivbürger“ unterscheidet, dessen Rolle sich im Zuschauen erschöpft. Denn politische Unabhängigkeit und Handlungskompetenz, aber auch die Identifikation mit der Demokratie sind zentrale Forderungen, die eine offene, pluralistische Gesellschaft von ihren Bürgerinnen und Bürgern erwartet. „Ohne eine bestimmte Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern mit dieser Bereitschaft und mit diesen Fähigkeiten ist der Bestand des demokratischen Verfassungsstaates gefährdet.“<sup>9</sup>

Inwiefern kann nun der handlungsorientierte Politikunterricht die für den Bestand des demokratischen Verfassungsstaates wichtige politische Handlungskompetenz fördern? Dies soll im Weiteren beleuchtet werden.

## 2. Handlungsorientierung und politische Handlungskompetenz

Es ist hier nicht der Ort, über die allgemeinen anthropologischen sowie lern- und motivationspsychologischen Gründe des handlungsorientierten

Unterrichts zu sprechen. Diese hat Gudjons<sup>10</sup> modellhaft herausgearbeitet. Hier soll es um die politikdidaktischen Aspekte gehen.

Das Konzept der Handlungsorientierung im Politikunterricht geht davon aus, dass für die Schüler Politik über „die rein intellektuelle Aneignung von Sach- und Fachwissen“<sup>11</sup> hinausgeht und sie selbst aktiv werden und sowohl durch das Handeln wie auch während des Handelns lernen. Wie eingangs angedeutet, gilt es zu unterscheiden zwischen Handlungsorientierung im engeren Sinne als *methodischem* Lehr- und Lernkonzept und Handlungsorientierung in einem weiteren Sinne als allgemeine - *didaktische* - Zielsetzung politischer Bildung.

Handlungsorientierung als Lehr- und Lernkonzept setzt insbesondere auf die Selbstständigkeit und Selbsttätigkeit der Schüler und rückt schüleraktivierende Methoden in den Vordergrund des Unterrichts. Nach Klippert<sup>12</sup> sind hier drei Formen des Handelns zu unterscheiden:

Durch *reales Handeln* (Erkundigungen, Praktika, Expertenbefragungen, Fall- und Sozialstudien etc.) wird das schulische Lernen aufgelöst und durch aktive Politik ersetzt. Die Schüler haben Gelegenheit, „die politische Realität ansatzweise aktiv zu erforschen ... und/oder demokratische Prozesse konkret zu erleben und mitzugestalten.“<sup>13</sup> Sinn und Nutzen dieses realen Handelns werden allerdings kontrovers beurteilt. Während einerseits Selbstständigkeit, -tätigkeit und Motivation der Schüler besonders hoch seien, so sei andererseits eine Verlegung unterrichtlicher Arbeit in die politische Praxis problematisch, da die Jugendlichen „eine unzureichende Vorstellung, um nicht zu sagen, ein verfälschtes Bild von Politik“<sup>14</sup> bekämen. Sie würden, so Breit, die Akteure als Personen und nicht die dahinter stehenden Institutionen und deren Aufgaben sehen.

*Simulatives Handeln*, das heißt „die modellhafte Simulation politischer Planungs-, Entscheidungs-, Interaktions- und Konfliktregelungsprozesse im Unterricht“<sup>15</sup>, ist die häufigste Variante von handlungsorientiertem Politikunterricht. Die verwendeten Methoden (Rollen- und Planspiel, Debatten, Hearing, Talkshow, Tribunal, Zukunftswerkstatt etc.) zielen auf die spielerische bzw. simulative Lösung politischer Konflikte und Probleme und sollen den Schülern Einblicke in politische Strategien und Prozesse vermitteln. So lässt sich beispielsweise im Simulationsspiel exemplarisch die Bedeutung des Kompromisses als zentrale Kategorie der Politik erfahrbar machen. Die Gefahr be-

<sup>7</sup> Schulgesetz für Baden-Württemberg § 1.

<sup>8</sup> Bildungsplan für das Gymnasium in Baden-Württemberg (1994), 21.

<sup>9</sup> Breit (1998), 104.

<sup>10</sup> Vgl. Gudjons (1997).

<sup>11</sup> Ackermann u.a. (1994), 148.

<sup>12</sup> vgl. Klippert (1991)

<sup>13</sup> Klippert (1991), 12.

<sup>14</sup> Breit (1998), 106.

<sup>15</sup> Klippert (1991), 12.

steht allerdings, dass die für den Schüler notwendige Reduzierung der komplexen Strukturen zu einer Vereinfachung oder gar einer unzulässigen Verfälschung politischer Prozesse führen kann.

Beim *produktiven Gestalten* (Erstellen von Tabellen, Schaubildern, Flugblättern, Wandzeitungen, Collagen, Reportagen, Hörspielen, Referaten, Ausstellungen etc.) fertigen die Schüler ein Handlungsprodukt. Mit diesem sollen sie allerdings weniger ihre Gestaltungsfähigkeit unter Beweis stellen, als vielmehr ihr Politikverständnis. Beim produktiven Gestalten üben sich die Schüler in Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung - drei für die politische Bildung elementare Zielmaximen.

Handlungsorientierung als über den Unterricht hinaus gehende allgemeine Zielsetzung politischer Bildung zielt auf die Vermittlung von Handlungskompetenz im demokratisch verfassten Gemeinwesen. In diesem Sinne programmatisch ist die didaktische Trias vom Sehen - Beurteilen - Handeln wie sie Gagel/Hilligen/Buch<sup>16</sup> formulierten. Übergeordnete didaktische Leitidee ist die „Mündigkeit des Bürgers“.

Mündigkeit und Demokratiefähigkeit könnten jedoch von Schülern nur dort gelernt werden, wo entsprechende Freiheitsgrade und Herausforderungen vorhanden seien. Dies sei in einem konventionellen Politikunterricht mit seinem „überwiegend direktiv-belehrenden Zuschnitt“<sup>17</sup> nicht gegeben. „Mündigkeit ist weder abstrakt noch kontemplativ, noch dadurch zu erlernen, daß der Lehrer die Schüler belehrt, die Sachverhalte für sie ordnet und ihre Urteile prädeterminiert. Notwendig ist vielmehr ein entsprechendes (Probe-)handeln der Schüler, das zum politischen Denken, Argumentieren, Urteilen, Planen und Entscheiden herausfordert, das Partizipations- und Verantwortungsspielräume erfahrbar macht, das politische Kreativität und Problemlösungskompetenz entfalten hilft.“<sup>18</sup> Wenn man mit Schulz<sup>19</sup> konform geht und Mündigkeit vor allem als Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung sieht, so ist sicherlich Handlungsorientierung eine Möglichkeit, die Mündigkeit des Schülers zu fördern und insofern einen Beitrag zum Kardinalziel des Demokratielernens zu leisten.

### 3. „Schule als Staat“ und Demokratie lernen

Misst man das Projekt „Schule als Staat“ an allgemeinen pädagogischen Maßstäben, so wird es

ohne Zweifel den Erfordernissen des Prinzips der Handlungsorientierung gerecht. Insbesondere der didaktische Grundsatz der Selbsttätigkeit und Selbstständigkeit sowie das Kriterium der Ganzheitlichkeit scheinen *par excellence* verwirklicht. Auch aus politikdidaktischer Sicht wird sich die Frage, ob das Projekt den Erfordernissen der Handlungsorientierung entspricht, bejahen lassen. Denn die - wenn auch in der Simulation - vollzogenen Handlungen weisen große Analogien zu wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der realen Welt auf. So betrachtet, kann das Projekt durchaus dazu beitragen, Schüler auf ihre Rolle als Wirtschafts- und Staatsbürger vorzubereiten und ihnen Wege und Möglichkeiten der Partizipation am politischen Geschehen aufzuzeigen. Damit wäre dem Postulat der politischen Bildung nach dem „mündigen Bürger“ Rechnung getragen.

Einige Beispiele mögen das Lernpotenzial des Projektes verdeutlichen: Besondere Lernchancen bietet die Vorgabe, eine gemeinsame Verfassung für den zu gründenden Staat auszuarbeiten. Hierbei lernen die beteiligten Schüler nicht nur elementare Bausteine und Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie kennen, sie können darüber hinaus auch die Konsequenzen ihrer Entscheidungen anhand der konkreten Umsetzung im Projekt erfahren und sie kritisch überprüfen: Eine Möglichkeit, die sich im Unterrichtsalltag nicht bietet.

Auch die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen verlangt von den Schülern sowohl die entsprechenden Kenntnisse über Wahlsystem und Auszählungsmodus wie auch ein großes Maß an Organisations- und Teamfähigkeit. Gleichzeitig werden alle Schüler - auch bereits die der Unterstufe - an eine essenzielle Partizipationsmöglichkeit, das Wählen, herangeführt. Untersuchungen in den USA im Rahmen ähnlicher Demokratielernprojekte haben gezeigt, dass das frühe Einüben von Demokratie zu einem verstärkten politischen Interesse führt und die Häufigkeit der Lektüre politischer Zeitungen verdoppelt. Vor allem würden die Schüler die Politik in die Familien tragen, was dazu führe, dass die Eltern eine zweite Chance zur politischen Sozialisation bekämen.<sup>20</sup>

Ein weiteres Beispiel ist das Engagement in politischen Parteien. Bei den meisten Jugendlichen spielen Parteien bzw. deren Jugendorganisationen als Forum politischer Partizipation eine nur marginale Rolle.<sup>21</sup> Mit der Notwendigkeit, im Rahmen dieses Projektes Parteien zu gründen und sich als Kandidat bei Wahlen zur Verfügung zu stellen, kann sicherlich ein Stück Parteienverdrossenheit aufgebrochen und abgebaut werden.

<sup>16</sup> Vgl. Gagel/Hilligen/Buch (1984).

<sup>17</sup> Klippert (1991), 24.

<sup>18</sup> Klippert (1991), 24.

<sup>19</sup> Vgl. Schulz (1990).

<sup>20</sup> Vgl. Der Spiegel 45/2000, 208.

<sup>21</sup> Vgl. die Auswertung der Umfrage in diesem Band.

Gleichwohl muss einschränkend gesagt werden, dass aufgrund des Simulationscharakters des Projektes und der notwendigen inhaltlichen Reduktion eine hundertprozentige Übertragung der im Projekt praktizierten Handlungsweisen auf die reale Welt nicht möglich ist, eine solche aber auch nicht intendiert wird. Hierin liegt sicherlich ein Defizit des Projektes wie generell simulativen Handelns. Die Gefahr, dass eine vom Erfahrungshorizont des Schülers allzu stark abweichende simulierte Welt die Rezeption erschwert oder gar die Akzeptanz mindert, ist nicht ganz auszuschließen. Würden beispielsweise im Bereich der Wirtschaft zu große Abweichungen von dem in der Bundesrepublik praktizierten Modell der „Sozialen Marktwirtschaft“ festgelegt, so könnte dies zu Widerständen bei Schülern wie Eltern führen.

Dennoch ermöglicht die Simulation Erfahrungen, die die Schüler in der realen Welt nicht machen können. Hinzu kommt eben jene Simulations- und Planspielen eigene Möglichkeit des Probedhandelns, wie sie Klippert als konstitutiv für die Herausbildung von Mündigkeit und Demokratiefähigkeit ansieht. Darüber hinaus können sekundäre Lerneffekte wie Planungs-, Entscheidungs-, Kommunikations- und Problemlösungsfähigkeit vermittelt werden.

Die Erfahrungen mit diesem Projekt zeigen, dass sich diese positiven Lerneffekte allerdings nur auf eine Minderheit von engagierten Schülern beschränken. In sehr hohem Maße erleben die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe, die Vertreter in Parlament und Regierung politische Prozesse und demokratische Strukturen und lernen Grundprinzipien einer parlamentarischen Demokratie hautnah kennen. Weniger Einsichten in politische, als vielmehr wirtschaftliche Prozesse werden dagegen die Unternehmer für sich verbuchen können. Bei einer Vielzahl von Arbeitnehmern wird man aber konzedieren müssen, dass sie sich im Rahmen dieser Simulation politische Prozesse allenfalls am Rande und wirtschaftliche Zusammenhänge nur oberflächlich erschließen können. Bei dieser Gruppe mag sicherlich der Vorwurf zutreffen, dass das Tun die Reflexion über das Tun überlagert, dass die Aktion die Kognition in den Hintergrund drängt. Insofern ist aber die Simulation von der Realität gar nicht so weit entfernt.

Wenn nun bei einem solchen Projekt wenige viel und viele wenig über Demokratie „lernen“<sup>22</sup>, so bleibt doch der Trost, dass bei solchen Unternehmungen niemals alle Schüler gleichermaßen erreicht werden können. Wenn sich aus dem Kreis der im Projekt engagierten Schüler auch die späteren „Aktivbürger“ unserer Gesellschaft rekrutieren, so ist der Aufwand sicherlich nicht umsonst.

Oder mit anderen Worten: Wenn dieses Projekt den „Lebensraum Schule“ zum Lernfeld für Demokratie werden lässt und nur ein wenig dazu beiträgt, Politikaphobie zu überwinden und Demokratieabstinenz aufzubrechen, so kann man ihm nur viele Nachahmer wünschen.

## Literatur:

- Ackermann, Paul (1998), Zur Bürgerrolle in der Demokratie, in: Breit, Gotthard / Schiele, Siegfried (Hg.), Handlungsorientierung im Politikunterricht, Bonn 1998.
- Ackermann, Paul/Breit, Gotthard/Cremer, Will/Reiß, Giselinde (1994), Politikdidaktik kurzgefasst. Planungsfragen für den Politikunterricht, Bonn 1994.
- Breit, Gotthard/Schiele, Siegfried (Hg.) (1998), Handlungsorientierung im Politikunterricht, Bonn 1998.
- Breit, Gotthard (1998), Handlungsorientierung im Politikunterricht, in: ders./Schiele, Siegfried (Hg.), Handlungsorientierung im Politikunterricht, Bonn 1998.
- Darmstädter Appell - Aufruf zur Reform der „politischen Bildung“ in der Schule (1995), in: Politische Bildung, 4/1995, S. 139-143.
- Gagel, W./Hilligen, W./Buch, U. (1984), Sehen - Beurteilen - Handeln. Ein Arbeitsbuch für den politischen Unterricht in der Sekundarstufe 1, Frankfurt/M. 1984.
- Grammes, Tilmann (1997), Handlungsorientierung im Politikunterricht. (Schriftenreihe der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung), Hannover 21997.
- Gudjons, Herbert (1997), Handlungsorientierter Unterricht. Begriffskürzel mit Theoriedefizit?, in: Pädagogik 1/1997, S. 6-10.
- Jank, Werner/Meyer, Hilbert (1994), Didaktische Modelle, Frankfurt 41994.
- Klippert, Heinz, (1991), Handlungsorientierter Politikunterricht. Anregungen für ein verändertes Lehr-/Lernverständnis, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Methoden in der politischen Bildung - Handlungsorientierung, Bonn 1991.
- Reinhardt, Sibylle (1997), Handlungsorientierung, in: Sander, Wolfgang (Hg.), Handbuch politische Bildung, Schwalbach/Ts. 1997, S. 105-114.
- Schiele, Siegfried (1998), Vorwort, in: Breit, Gotthard/ders. (Hg.), Handlungsorientierung im Politikunterricht, Bonn 1998.
- Schulz, Wolfgang. (1990), Selbständigkeit - Selbstbestimmung - Selbstverantwortung, in: Pädagogik, 6/1990, S. 34ff.

<sup>22</sup> Vgl. die Auswertung der Umfrage in diesem Band.

*Martina Geiger*

## Grundsätzliche Überlegungen zum Projekt

*Martina Geiger, StR'in, unterrichtet am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn die Fächer Deutsch, Französisch und Gemeinschaftskunde. Als Verbindungslehrerin betreut sie seit 1998 die Schülermitverantwortung.*

### 1. Einführung

Wenn sich eine Schule dazu entschlossen hat, das Projekt „Schule als Staat“ durchzuführen, müssen zunächst einige grundsätzliche Fragen entschieden und auf den Weg gebracht werden. Zunächst gilt es, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche Strukturen man dem zu gründenden Staat verleihen möchte: Um welche Art von Staat soll es sich handeln, welche Art von Wirtschaftssystem, welche politischen und rechtlichen Grundlinien will man diesem Staat geben etc.?

Dabei kann es möglicherweise nicht ausbleiben, dass sich an dieser Stelle bereits heftige Diskussionen über das Projekt ergeben. So steht etwa zur Debatte, ob man im Kleinen ein einigermaßen getreues Abbild der uns umgebenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen schafft, oder ob man die Freiheiten, die der Simulationscharakter des Planspiels bietet, auch ausschöpfen will und völlig andere Staatsmodelle verwirklicht. Man könnte sich überlegen, ob „Schule als Staat“ sich unbedingt am Vorbild westlicher Demokratien orientieren und sich die staatliche Gewalt durch Wahlen, eine Verfassung usw. legitimieren muss. Vielleicht wären ja auch ganz andere staatliche und gesellschaftliche Strukturen vorstellbar und erprobungswürdig.

Weiterhin ist zu überlegen, inwiefern man die Kehrseiten der uns umgebenden Wirklichkeit, wie etwa Arbeitslosigkeit, Armut und Reichtum, Kriminalität usw., im Planspiel zulassen will. Sollte man möglicherweise einen utopischen Idealstaat erschaffen, in dem beispielsweise finanzieller Ruin oder Arbeitslosigkeit für die Staatsbürger keine Gefahren darstellen?

Auch die Entscheidung über das Wirtschaftssystem wirft grundsätzliche Fragen auf. Ist es pädagogisch sinnvoll, ein „kapitalistisches“ System der Freien Marktwirtschaft einzurichten und damit den Aspekt des Gelderwerbs und des Erwirtschaftens von Gewinnen für den Einzelnen wie auch für die Betriebe in den Vordergrund zu stellen? Oder ist es wünschenswert, ein Wirtschaftssystem einzurichten, das eine gerechte und gleiche Gewinnverteilung auf alle Staatsbürger anstrebt, dabei

aber möglicherweise beim Einzelnen das Gefühl hinterlässt, dass sich entweder die eigene Anstrengung nicht lohnt oder dass man gar nichts zu arbeiten braucht und trotzdem eine Belohnung erhält?

All diese Überlegungen sind letztendlich vor dem Hintergrund der Zielsetzung politischer Bildung anzustellen. Wenn das Planspiel dazu beitragen soll, elementare Spielregeln unserer Demokratie und des gesellschaftlichen Miteinanders zu erlernen und die Schüler zu „mündigen Bürgern“ zu erziehen, dann sollte die simulierte Staatswelt deutliche Analogien zu wirtschaftlichen und politischen Aktivitäten der realen Welt aufweisen und nicht allzu sehr vom Erfahrungshorizont der Schüler abweichen.<sup>1</sup>

Neben den Fragen nach den staatlichen Strukturen ist es wichtig, sich über die Vorgehensweise bei der Planung und Durchführung des Projektes zu verständigen: „Schule als Staat“ ist ein dynamisches Projekt, in dem zahlreiche Personen, Gruppen, Interessen und Zielsetzungen sich gegenseitig antreiben, entwickeln und verändern. Tradierte Rollenbilder und Hierarchien verändern sich, Entscheidungsprozesse laufen anders als gewohnt ab. Gleichzeitig sprengt das Projekt durch seine Größe und Dauer den Rahmen üblicher Projekte, wie man sie etwa von schulischen Projekttagen kennt.

Es seien hier nur kurz einige der neuralgischen Punkte angedeutet:

- Arbeiten Schüler und Lehrer gemeinsam am Projekt?
- Von wem sollen die Initiativen ausgehen?
- Wer trifft letztendlich die Entscheidungen?
- Wie reagiert man auf Fehlentwicklungen?<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf die Überlegungen von Martin Wedel in den „Didaktischen Grundlagen“ in dieser Dokumentation.

<sup>2</sup> Hierzu nur ein kurzes Beispiel aus unserer Erfahrung im Staat Elevelia: Bei den Parlamentswahlen gewann nicht etwa die Partei, deren Kandidaten sich von Anfang an in der SMV und im Vorbereitungsteam engagiert hatten und deren Wahlsieg erhofft wurde, sondern die Partei, die den aufwändigsten Wahlkampf geführt hatte (Musik, bedruckte T-Shirts, Wahlgeschenke etc.), aber bis dahin noch keinerlei Einblick in den Planungsstand des Projektes hatte. Es galt also, einerseits bei den „treuen“ Mitarbeitern des Projektes Frust über die Wahlniederlage zu bekämpfen und andererseits die neue Regierung so schnell

- Wie kann man unwillige Schüler oder Lehrer in das Projekt integrieren?
- Welche Rolle spielen die Eltern?
- Inwieweit kann und soll die Schulleitung steuernd oder korrigierend eingreifen?

## 2. Kommentar zu den Materialien

Nachfolgend findet sich Material, das dazu beitragen kann, die Anfangsphase von „Schule als Staat“ zu erleichtern und dieses Mammutprojekt überschaubarer zu machen. Es handelt sich dabei zunächst um einige Tipps (M 1 – M 2), die die wesentlichen Entscheidungen sowie Arbeitsschritte zu Projektbeginn stichwortartig aufnehmen und somit als eine Art „Checkliste“ verwendet werden können. Dazu noch eine kurze Anmerkung aus unserer eigenen Erfahrung. Die politischen Verfahren (wie etwa Wahl und Regierungsbildung), aber auch die Diskussion über die wirtschaftlichen und finanziellen Bereiche des Staates (Festsetzung des Steuersystems, Berechnung der Staatsausgaben etc.) sind äußerst komplizierte Angelegenheiten. Es ist deshalb wirklich ratsam, dass die Schüler dabei nicht „alleine“ gelassen werden, ohne dass Lehrer oder Eltern jedoch zu den eigentlichen Motoren des Projektes werden. Gleichzeitig empfiehlt es sich, Kollegen aus verschiedenen Fachbereichen (z.B. Mathematik, Gemeinschaftskunde etc.) einzubinden.

In der realen Welt basieren Staaten in der Regel auf einer (schriftlichen) Verfassung. So ist denn die Erarbeitung einer Verfassung notwendigerweise der erste Arbeitsschritt, mit dem sich das Vorbereitungsteam zu beschäftigen hat. Dabei werden die grundlegenden Strukturen des Staates festgelegt und Grundsatzdiskussionen, wie sie schon oben erwähnt wurden, ausgetragen. Der beigelegte Verfassungsvorschlag (M 3) beruht auf einer Vorlage des Gymnasiums Neckartenzlingen<sup>3</sup>, der mehrfach überarbeitet und auf die Bedürfnisse unserer Schule zugeschnitten wurde. Die Verfassung wurde sowohl vom Vorbereitungsteam als auch später vom Parlament per Abstimmung legitimiert und hat sich in der Durchführung des Projektes bewährt.

Von grundlegender Bedeutung ist auch, dem Projekt eine Zeitschiene zu geben (M 4). „Schule als Staat“ ist in seiner Organisation so aufwändig, dass ein ganzes Schuljahr dafür eingeplant werden sollte. Dieses großzügige Zeitpolster führt einerseits zu einer Entzerrung der Arbeitsschritte, was für die beteiligten Schüler und Lehrer, die glei-

chermaßen durch Korrekturen, Klassenarbeiten, Studienfahrten o.ä. belastet sind, die Mitwirkung am Projekt erleichtert. Andererseits ermöglicht dieser Zeitplan eine kontinuierliche Präsenz des Projektes im Schulalltag und schafft somit das Bewusstsein, dass hier gemeinsam auf etwas Großes hingearbeitet wird. Manche Schulen werden sich vielleicht überlegen, das Projekt nicht am Schuljahresende in der allgemeinen Ferienvorfreude oder „Abschlusspartystimmung“ durchzuführen, sondern eher zu Beginn oder in der Mitte eines Schuljahres, damit dem Projekt die nötige Ernsthaftigkeit der Beteiligten gewiss ist und ihm auch eine kritische Reflexionsphase folgen kann. In diesem Fall müsste der Zeitplan entsprechend umgearbeitet werden, keinesfalls jedoch sollte man die Vorbereitungsphase verkürzen.

Die vorgeschlagene Aufteilung der Verantwortlichen in verschiedene Arbeitsgruppen (M 5) hat sich sehr bewährt. Das Projekt ist zu komplex, als dass einzelne Lehrer oder Schüler es in seiner Gesamtheit organisieren könnten. Vielmehr wird arbeitsteilig vorgegangen; die Gruppen treffen sich in regelmäßigen Abständen und arbeiten in ihrem Bereich selbstständig. Entscheidend dabei ist, ob und wie der Informationsfluss zwischen den Arbeitsgruppen funktioniert. Hier sind etwa regelmäßige Sitzungen eines Gesamtarbeitskreises, Protokolle der einzelnen Arbeitstreffen usw. denkbar.

Der Erfolg des Projektes „Schule als Staat“ hängt stark davon ab, ob das „Staatsvolk“ den zu gründenden Staat, seine Verfassung mit ihren Ausprägungen akzeptiert und inwieweit es ihn unterstützt. Dies stellt insbesondere auch die Frage danach, wie den jüngeren Schülern das Projekt verständlich gemacht werden kann und wie man sie sinnvoll integriert. M 6 zeigt einen Versuch, den Schülern mit einfachen Worten das Projekt begreiflich zu machen. Spätestens hier wird jedoch auch klar, dass das Vorbereitungsteam bei der Organisation (Initiativen, Motivation) wie auch bei der Durchführung (Auf- und Abbau, Beschaffung von Material) des Projekts auf die Hilfe aller (Klassen-) Lehrer und der Eltern angewiesen ist.

Nachdem die Staatsstrukturen durch eine Verfassung festgelegt sind, gliedert sich die Arbeit am Projekt in die drei großen Bereiche: Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / Kultur.

Diese werden in den nachfolgenden Kapiteln ausführlich beschrieben.

einzuarbeiten, dass sie das Projekt weiter verantwortlich vorantreiben konnte.

<sup>3</sup> Vgl. hierzu: Oberschulamt Stuttgart (Hg.) (1998), Handlungsorientierter Unterricht als fächerübergreifende Projektarbeit. „Schule als Staat“ – Ein Großprojekt am Gymnasium Neckartenzlingen, Stuttgart 1998, Anlage 1.

### 3. Materialübersicht

- M 1** Grundsatzentscheidungen über die Art und Weise der Zusammenarbeit  
**M 2** Liste der beteiligten Personengruppen  
**M 3** Verfassungsvorschlag  
**M 4** Zeitplan  
**M 5** Vorschlag zur Einrichtung von Arbeitsgruppen  
**M 6** Was ich schon immer über „Schule als Staat“ wissen wollte...

### 4. Materialien

#### M 1

##### *Grundsatzentscheidungen*

- „Basisdemokratischen“ (schülerorientierten) Ansatz zulassen oder „Lenkung“ (lehrerzentriert)?
- Vermeintlichen Fehlentwicklungen freien Lauf lassen oder in entsprechende Bahnen lenken?
- Von wem sollen die Initiativen ausgehen (Schüler oder Lehrer)?
- Welche politischen, wirtschaftlichen, sozialen Strukturen soll der Staat erhalten?

#### M 2

##### *Beteiligte Personengruppen*

- Kontinuierlich informieren bzw. Zustimmung einholen: SMV-Vollversammlung, Lehrerkonferenz und Schulleitung, Elternbeirat, Schulkonferenz;
- Verantwortung und Arbeit möglichst früh auf verschiedene Schultern verteilen;
- Schüler und Lehrer einbeziehen;
- Um Unterstützung durch Eltern bitten;
- Kontakt zu potenziellen Sponsoren und Förderern in Eltern- und Schulumfeld aufnehmen;
- Den Hausmeister früh in das Projekt integrieren und informieren.

M 3

**Vorschlag für eine Verfassung zum Projekt „Schule als Staat“**

**I. Grundrechte**

- Jeder Mensch hat in unserem Staat das Recht, in Würde, Frieden und Freiheit zu leben.
- Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.
- Die Regierung und Gerichte sind für die Gewährleistung des inneren Friedens verantwortlich.
- Alle Personen aus Schülerschaft und Lehrerschaft sind gleichberechtigt. Sie sind alle vor dem Gesetz gleich.
- Es soll vor allem darauf geachtet werden, dass keine Gruppe bevorzugt oder benachteiligt wird. Gegenseitiger Respekt und gegenseitige Toleranz sind grundlegende Voraussetzungen für ein reibungsloses Zusammenleben in unserem Staat.

Der Staat garantiert jedem seiner Bürger:

- das Recht auf körperliche Unversehrtheit;
- das Recht auf eine eigene Meinung und diese öffentlich kundzutun;
- das Recht auf Presse- und Informationsfreiheit. Zensur findet nicht statt;
- das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit;
- das Recht eine Partei zu gründen. Näheres regeln Gesetze;
- das Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit;
- das Recht auf freie Berufswahl. Einschränkungen regelt das Wirtschaftsministerium.

**II. Die Pflichten eines Bürgers**

- Das öffentliche Leben unserer Staatsgemeinschaft spielt sich während der offiziellen Öffnungszeiten ab. Für die einzelnen Bürger besteht eine Anwesenheitspflicht von 6 Stunden, in denen sie 4 Stunden ihrer Arbeit nachgehen müssen. Abweichungen davon regeln einzelne Gesetze (z.B. Bereich Kultur).
- Staatsangehörige sind verpflichtet, ihren Ausweis bei Betreten des Staates vorzuweisen. Für ausländische Besucher besteht die Pflicht ein Visum zu beantragen. Dieses Visum beinhaltet einen Pflichtumtausch von Geld. Eingetauschte Devisen werden nicht zurückerstattet. Darüber hinaus muss sich jeder Bürger nach Aufforderung durch die Ordnungskräfte ausweisen können. Personen des öffentlichen Lebens müssen ihre Amtsinsignien stets sichtbar tragen.
- Den Beschlüssen des Parlaments ist Folge zu leisten.
- Ziel jedes Unternehmens ist es, wirtschaftlich zu arbeiten und den Betriebsangehörigen einen möglichst hohen Lohn zu ermöglichen und die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.
- Eine Umsatzsteuer für jedes Unternehmen (ca. 20 – 25%) wird vom Staat festgesetzt. Darüber hinausgehende Steuererhöhungen oder –senkungen beschließt das Parlament im Einvernehmen mit dem Wirtschafts- und Finanzministerium.

**III. Die Parteien**

- Ihre innere Ordnung und ihre politische Zielsetzung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen.
- Eine Partei muss aus mindestens 8 Mitgliedern bestehen; Unter-, Mittel- und Oberstufe müssen vertreten sein.
- Jede Partei muss mindestens 5 ihrer Mitglieder zur Parlamentswahl stellen, wobei auch hier Unter-, Mittel- und Oberstufe vertreten sein müssen. Der / Die Spitzenkandidat/in hat gleichzeitig den Parteivorsitz inne. Aus jeder gewählten Partei muss sich eine Person zur Präsidentschaftswahl stellen.
- Jede Partei muss ein öffentlich zugängliches Parteiprogramm vorweisen.

**IV. Das Wahlsystem**

- Jeder Bürger, jede Bürgerin hat eine Stimme für eine Partei zu vergeben.
- Bei der Vergabe der Parlamentssitze gilt das Verhältniswahlrecht, d.h. die Parlamentssitze werden nach dem prozentualen Anteil der Parteien bei der Wahl verteilt.
- Gewinnt eine Partei bei der Wahl mehr Sitze, als sie Listenplätze hat, muss sie zusätzliche Kandidaten werben, die für diese Partei ins Parlament einziehen. Diese müssen vom Parlament anerkannt werden.
- Die stärkste Partei wird mit der Regierungsbildung beauftragt. Ihr/e Spitzenkandidat/in leitet die Koalitionsverhandlungen. Scheitern diese Verhandlungen innerhalb von 8 Schultagen, erhalten die anderen im Parlament vertretenen Parteien den Auftrag, eine Mehrheit für eine Regierungsbildung zu suchen. Erhält eine Partei mehr als 50% der Sitze, kann sie alleine die Regierung bilden.
- Mit der Wahl des Parlaments findet gleichzeitig auch die Präsidentschaftswahl statt.
- Staatsangehörige haben je eine Stimme für eine Präsidentin oder einen Präsidenten. Dieses Staatsoberhaupt wird mit relativer Mehrheit (= die meisten Stimmen) gewählt. Den stellvertretenden Präsidentschaftssitz erhält die Person, die die zweitmeisten Stimmen auf sich vereint.

**V. Das Parlament**

- Das Parlament ist die Vertretung des Volkes. Es hat die Aufgabe, Gesetze zu beschließen und die Regierung zu kontrollieren. Diese Kontrolle übt es vor allem durch die Bewilligung des Haushaltsplanes aus. Der Haushaltsplan gibt vor, wie viel Geld die Regierung durch Steuern und Abgaben einnimmt und wie viel Geld sie ausgeben darf. Der Staatshaushalt muss in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Der Haushaltsentwurf wird von der Finanzgruppe des Vorbereitungsteams im Einvernehmen mit dem Finanzminister eingebracht.
- Die Parlamentsabgeordneten werden von den Bürger/innen gewählt und von den Parteien zur Wahl aufgestellt.
- Das Parlament umfasst 32 Sitze.
- Ein/e Parlamentspräsident/in wird vom Parlament vorgeschlagen und mit relativer Mehrheit (= den meisten Stimmen) gewählt. Er / Sie leitet die Sitzungen und verhält sich gegenüber den Parteien neutral. Stellvertretend amtiert, wer die zweithöchste Stimmenzahl auf sich vereint.

- Das Schriftführeramt wird vom Parlament durch Wahl vergeben und kann auch von Parteilosen bekleidet werden.
- Das Parlament muss so schnell wie möglich nach der Wahl zusammentreten. Den ersten Sitzungstermin legt die Vorbereitungsgruppe fest.
- Das Parlament selbst bestimmt Schluss und Wiederbeginn der Sitzungen. Der Parlamentspräsident / die Parlamentspräsidentin kann das Parlament früher einberufen und ist hierzu verpflichtet, wenn ein Drittel der Mitglieder des Parlamentes dies verlangt. Während der Projekttag tritt es täglich zu bestimmten Uhrzeiten zusammen.
- Jedes Parlamentsmitglied ist bei den Sitzungen zur Anwesenheit verpflichtet, ansonsten droht eine Geldbuße, die vom Parlament mit einfacher Mehrheit festgelegt werden kann. Das Parlament kann die Anwesenheit jedes Mitgliedes der Regierung verlangen.
- Alle Parlamentssitzungen sind öffentlich.

#### **VI. Das Staatsoberhaupt (Präsident/Präsidentin)**

- Der Präsident bzw. die Präsidentin hat repräsentative Funktion: Er / Sie empfängt Staatsbesuch, gibt Interviews und hält Reden über den Zustand des Staates und vertritt den Staat nach außen.
- Das Staatsoberhaupt darf weder der Regierung noch dem Parlament angehören und darf kein anderes besoldetes Amt übernehmen (Neutralität).
- Das Staatsoberhaupt wird mit relativer Mehrheit (= die meisten Stimmen) direkt vom Volk gewählt. Es wird vertreten von dem, der die zweithöchste Stimmenzahl auf sich vereint.

#### **VII. Die Regierung**

- Die Regierung ist die Leitung des Staates. Sie besteht aus Regierungschef/in und Minister/innen. Diese dürfen kein weiteres bezahltes Amt ausüben.
- Erhält eine Partei bei den Parlamentswahlen mehr als 50% der Mandate, kann sie allein die Regierung bilden, andernfalls müssen sich mehrere Parteien zu einer Koalition zusammenschließen.
- Ein(e) Regierungschef/in wird baldmöglichst nach den Parlamentswahlen vom Parlament mit relativer Mehrheit gewählt und vom Präsidenten/in ernannt.
- Jede/r Staatsbürger/in kann sich um ein Ministeramt bewerben. Er/Sie wird vom Regierungschef dem Parlament vorgeschlagen und von diesem gewählt. Steht nur eine Person zur Wahl zur Verfügung, muss sie mindestens 50% der Stimmen erreichen, bei mehreren gilt die relative Mehrheit.
- Jeder Minister erhält einen Lehrer als Staatssekretär. Die Entscheidungen der Minister werden im Einvernehmen mit den Staatssekretären getroffen.
- Falls jemand sein Ministeramt nicht zufriedenstellend ausübt, kann das Parlament mit einer 2/3-Mehrheit das Misstrauen aussprechen und die Person aus dem Amt entlassen. Unmittelbar darauf muss jemand anderes als Nachfolger gewählt werden.
- Die Regierung hat folgende Aufgaben:  
Der Regierungschef/die Regierungschefin gibt am Anfang der Regierungszeit vor dem Parlament das Regierungsprogramm bekannt. Er/ Sie trägt die Verantwortung für die innen- und außenpolitische Entwicklung des Staates.
- Zur Unterstützung werden folgende Ministerien eingerichtet:  
Außenministerium, Innenministerium, Arbeitsministerium, Wirtschaftsministerium, Finanzministerium, Umweltministerium, Kulturministerium und Sportministerium. Diese werden in ihrer Arbeit durch die jeweiligen Arbeitsgruppen des Vorbereitungsteams unterstützt.

#### **VIII. Gesetzgebung**

- Ein Gesetzentwurf kann von der Regierung oder von den Mitgliedern des Parlaments oder von der Vorbereitungsgruppe in Absprache mit den jeweiligen Ministerien eingebracht werden. Das Parlament berät darüber und kann den Gesetzentwurf mit einfacher Mehrheit verabschieden.
- Der Haushalt darf nur vom Finanzministerium im Einvernehmen mit der Finanzvorbereitungsgruppe vorgelegt werden.

#### **IX. Rechtsprechung**

- Das Gericht besteht aus vier Richtern, je einer aus der Unter-, Mittel- und Oberstufe und aus dem Lehrerkollegium.
- Der Staatspräsident/Die Staatspräsidentin schlägt ausreichend viele Kandidaten vor. Das Parlament wählt die Kandidaten in vier verschiedenen Wahlgängen und bestätigt die Richter mit einfacher Mehrheit.
- Das Richteramt ist hauptberuflich und wird nach den Richtlinien der Besoldung für Staatsbeamte vergütet.
- Jeder Mensch im Staat hat das Recht, andere Personen, auch Parlaments- und Regierungsmitglieder wegen einer Straftat anzuzeigen.
- Es gibt kein Strafgesetzbuch. Die Richter stellen einen Rechtskatalog auf und entscheiden nach eigenem Ermessen im Einklang mit der Verfassung.

#### **X. Notstandsgesetz**

Die Vorbereitungsgruppe gibt mit dem Zusammentritt des Parlaments Kompetenzen an Parlament und Regierung ab. Sie arbeitet jedoch weiterhin an der Organisation des Projektes mit und behält sich in Notfällen das Recht vor, Parlament und Regierung bei der Organisation des Staates zu unterstützen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Durchführung des Projektes zu ergreifen.

## M 4

### ***Der Zeitplan des Projektes – Vom ersten Arbeitstreffen bis zum Präsentationsbeginn***

#### **November bis Dezember**

- Zustimmung durch SMV-Vollversammlung, Gesamtlehrerkonferenz, Schulkonferenz
- Wettbewerb für Staatsnamen, Hymne, Flagge & Geld ausschreiben
- erste Informationen an Schüler, Eltern usw.
- Verfassung erarbeiten
- Arbeitsgruppen einteilen
- Festlegung des Umtauschkurses (Vorschlag 1:1)
- Banken wegen Sponsoring des Geldes ansprechen
- Auswertung der Wettbewerbe zu Flagge, Geld und Staatsnamen

#### **Januar**

- Auswertung des Wettbewerbes der Hymne
- Bekanntgabe von Staatsnamen, Flagge, Währung, erste Präsentation der Hymne
- Beginn der Parteigründungen

#### **Februar**

- Bekanntgabe der Parteiprogramme
- Kandidaten für Wahl aufstellen
- Vorbereitung der Wahlen

#### **März**

- Wahlkampf
- Parlaments- und Präsidentschaftswahlen
- erste Hinweise zur Betriebsgründung
- Geldpräsentation bei den Banken, Druck des Geldes
- Gestaltung von Pass und Visum, Druck, evtl. Laminierung
- Anregung zu kulturellen Beiträgen

#### **April**

- Geld einsammeln und Konto anlegen
- Betriebsgründungen
- Hygienebedingungen überdenken, Strom- und Wasserverbrauch kalkulieren
- Regierungsbildung, Aufteilung der Ministerien

#### **Mai**

- Parlamentssitzung
- Aushang der angemeldeten Betriebe und Anzahl der Arbeitsplätze

#### **Juni**

- ausführliche Elterninfo
- Arbeitssuche
- Einteilung der Arbeitsplätze und Betriebsstandorte
- Stromversorgung sicherstellen
- Staatshaushalt berechnen

#### **Juli**

- Beamteneinweisungen und Beratungsstunden für Betriebsgründer
- Formulare anfertigen
- Kredite für Betriebe berechnen/Kreditauszahlung an Betriebsleiter
- Kultur- und Sportprogramm festschreiben
- Staatsgeld austeilen
- Eröffnungszeremonie, Staatsakt usw. planen

## M 5

*Arbeitsgruppen*

- Parteien / Wahlen
- Betriebe / Finanzen
- Kultur / Sport
- Öffentlichkeitsarbeit
- Dokumentation / Homepage
- Außenhandel / Zoll

- ⇒ regelmäßige Treffen, Protokolle für alle;
- ⇒ zentrale Dokumentationsstelle (verantwortlicher Schüler);
- ⇒ monatliches Treffen des Gesamtarbeitskreises.



Staatsakt in Elevia:

Die Mitglieder der Regierung singen die Staatshymne.



## M 6

### *Was ich schon immer über „Schule als Staat“ wissen wollte – Die 20 häufigsten Fragen*

## Allgemeines

#### **1. Muss ich an dem Projekt "Schule als Staat" teilnehmen?**

Ja, die Teilnahme ist verpflichtend. Wenn wir das Projekt nicht durchführen würden, wäre an diesen Tagen normaler Unterricht. Das würde dir sicher auch nicht besser gefallen.

#### **2. Warum muss ich für das Projekt an einem Samstag in die Schule kommen?**

Eure Eltern sollen auch die Gelegenheit haben, unseren Staat zu besuchen, und die meisten Eltern haben eben samstags Zeit. Als Ausgleich für den Samstag findet am Montag kein Unterricht statt, sondern es wird ein allgemeines Aufräumen und der Geldrücktausch durchgeführt.

#### **3. Muss ich arbeiten oder kann ich Arbeitsloser sein?**

Jeder Bürger hat die Pflicht, jeden Tag 4 Stunden zu arbeiten. Das scheint viel zu sein, ist aber notwendig, damit die Betriebe während des Projektes wirtschaftlich arbeiten und Gewinne erzielen können.

#### **4. Wie will man denn kontrollieren, ob jeder Lehrer und Schüler auch wirklich arbeitet?**

Ein staatlicher Wirtschaftskontrolldienst wird 2x täglich die Betriebe kontrollieren und die Anwesenheit der Mitarbeiter überprüfen.

#### **5. Von jedem Staatsbürger sollen 20 DM kasziert werden. Ist das nicht zu viel?**

Von den eingesammelten 20 DM erhält bei Projektbeginn jeder den Gegenwert von 18 DM in unserer Staatswährung zurück. Also werden nur 2 DM als eine Art Startgebühr für das Projekt einbehalten.

#### **6. Muss ich Steuern zahlen?**

Bürger müssen keine Steuern zahlen, nur die Betriebe werden besteuert.

#### **7. Kann ich am Ende mein Geld wieder in DM zurücktauschen?**

Ja, am Ende des Projektes kann das verbliebene Geld der einzelnen Bürger und der Betriebe (nach Abzug der Steuern) in DM zurückgetauscht werden.

#### **8. Was passiert, wenn ich mich nicht an die Verfassung halte?**

Unabhängig von der Verfassung gilt auch während des Projektes die Schulordnung weiter. Verstöße gegen Verfassung und Schulordnung werden vom Staat, bei entsprechender Schwere der Tat auch von der Schulleitung bestraft.

#### **9. Wird es Polizei und andere staatliche Kontrollen geben?**

Ja, es wird eine Polizei und eine Gerichtsbarkeit geben, die über die Einhaltung der Gesetze wachen.



## Betriebe

#### **10. Was muss ich beachten, wenn ich einen Betrieb gründen will?**

Jeder Betriebsgründer trägt ein Risiko, er kann mit seinem Betrieb Gewinne, aber auch Verluste machen. Das solltest du wissen! Über das genaue Verfahren der Betriebsgründung informiert dich die Gruppe "Betriebsgründung / Finanzen".

#### **11. Welche Betriebe haben überhaupt Gewinnchancen?**

Viele denken bei Betriebsgründung natürlich zunächst an Essensbetriebe (Pizzeria, Café, Saftbar etc). Aber hier wird die Konkurrenz ganz schön groß sein, außerdem können die Besucher ja nicht den ganzen Tag nur essen und trinken. Deshalb haben auch andere Betriebe, wie z.B. Kultur- oder Dienstleistungsbetriebe (Blumenladen, Auto-waschbetrieb, Friseur, Theater usw.) sehr gute Gewinnchancen.

**12. Warum werden die Betriebe besteuert?**

Auf den Staat kommen einige Kosten zu (z.B. Material- und Stromkosten), außerdem müssen die Staatsbeamten bezahlt werden. Dafür braucht der Staat Steuern.

**13. Was passiert, wenn ein Betrieb Verluste macht?**

Jeder Betrieb hat grundsätzlich das Risiko, Verluste zu machen. Um dieses Risiko ein wenig kalkulieren zu können, macht jeder Betriebsleiter für seinen Betrieb einen Wirtschaftsplan und bespricht ihn in einer Beratungssprechstunde. Sollte dennoch ein Unternehmen bankrott gehen oder Verluste machen, wird am Ende des Projektes entschieden, ob der Staat für die Schulden aufkommt.

**14. Wie gründe ich einen Betrieb?**

Folgende Schritte sind notwendig:

- setze dich mit der Gruppe "Betriebsgründung / Finanzen" in Verbindung
- besuche unbedingt das Seminar zur Betriebsgründung
- dort oder bei der SMV erhältst du ein Formular "Betriebsanmeldung", auf dem alle weiteren Informationen stehen
- besuche die Beratungssprechstunde für Betriebsgründer.

**15. Wie kann ich überhaupt Arbeit finden?**

Es gibt verschiedene Möglichkeiten:

- du gründest einen Betrieb
- du lässt dich in einem Betrieb anstellen
- du wirst Staatsbeamter (Polizei, Zoll, Ministerien usw.)

Es wird auch ein Arbeitsamt geben, das diejenigen, die keine Arbeit finden, vermittelt.

## Politik

**16. Zur Zeit wird für Parteigründungen geworben. Wozu sollte ich eine Partei gründen oder Parteimitglied werden? Das ist doch unnötige Arbeit.**

Nur wer Mitglied in einer Partei ist und bei der Wahl kandidiert, kann ins Parlament gewählt werden. Im Parlament werden alle wichtigen Entscheidungen im Staat getroffen. Wer also bei dem Projekt etwas mitbestimmen will, sollte versuchen, Parlamentsabgeordneter zu werden.

**17. Was muss ich bei einer Parteigründung beachten?**

Parteien müssen die Staatsverfassung und die Schulordnung achten. Parteien, die in ihren Zielen gegen die Verfassung arbeiten oder den Erfolg des Projekts gefährden, werden nicht zur Wahl zugelassen.

**18. Warum sollte ich Parlamentsabgeordneter werden? In einem Betrieb kann ich doch viel mehr verdienen.**

Nur die Minister, der Regierungschef und der Staatspräsident arbeiten hauptberuflich. Die Arbeit als Abgeordneter und die Arbeit in einem Betrieb schließen sich nicht aus. Du kannst beides machen und verdienst dabei sogar doppelt.

## Kultur

**19. Unser Klassenlehrer hat uns gefragt, ob wir bei dem Projekt etwas aufführen wollen, z.B. einen Tanz oder einen Sketch. Wozu?**

Je mehr kulturelles Angebot in unserem Staat geboten wird, desto interessanter und abwechslungsreicher wird er. Kultur macht den Staat auch attraktiver für die Besucher von außerhalb.

**20. Kann man auch hauptberuflich im Bereich Kultur arbeiten, z.B. als Maler oder Theaterschauspieler?**

Ja, das ist möglich. In diesem Fall werden die 4 Stunden Arbeitszeit pro Person und Tag etwas lockerer gehandhabt.

**Weitere Fragen? Wendet euch an die SMV!**



*Martin Wedel*

## Der Bereich Politik

*Martin Wedel, StR, ist Lehrer für Gemeinschaftskunde, Geschichte und Französisch am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn. Er unterrichtet auch das Seminarfach und ist Ausbildungslehrer.*

### 1. Einführung

Ist der Verfassungsgebungsprozess abgeschlossen und damit der Rahmen für das zu schaffende Staatswesen gesetzt, so kann nun dessen konkrete inhaltliche Ausgestaltung erfolgen. Die eigentliche *politische* Arbeit kann beginnen.

In diesem Bereich bieten sich große Chancen, die gesamte Schulöffentlichkeit auf die „gemeinsame Sache“ aufmerksam zu machen und sie in das Projekt miteinzubeziehen. Hier werden für Schüler und Lehrer gleichermaßen Partizipations- und Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, die sie auch im „realen Leben“ befähigen können, sich aktiv in der Gesellschaft und am politischen Leben zu beteiligen. Ob bei der Gründung von Parteien, bei der Organisation und Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, bei der Mitarbeit in Parlament und Regierung - auf vielen Feldern ist politisches Engagement bei der Vorbereitung des neu zu schaffenden Staates möglich und notwendig.

Dies gilt es der gesamten Schülerschaft zu vermitteln, um sie für die politische Alltagsarbeit zu interessieren und zu einem aktiven Mitwirken zu ermuntern. Gerade hier liegt aber auch ein Kernproblem der Vorbereitungsphase des Projektes: Wie kann es gelingen, eine breite und zumeist träge Masse von Schülern - die Lehrerschaft sei hier nicht ausgenommen - für eine Tätigkeit zu motivieren, die sehr viel Idealismus, Eigeninitiative, Zeit und Frustrationsbereitschaft verlangt, gleichzeitig aber eine vergleichsweise geringe materielle Entlohnung bereit hält und darüber hinaus mit einem negativen Image im „wirklichen Leben“ zu kämpfen hat? Einige Hilfestellungen seien hier gegeben.

### 2. Kommentar zu den Materialien

Bereits kurze Zeit nach der Ausarbeitung der Verfassung - spätestens mit Beginn des zweiten Schulhalbjahres - sollte die Arbeitsgruppe Parteien/Wahlen (M 1) die Schüler über die Möglichkeit und insbesondere über die Notwendigkeit und

Bedeutung der Parteiengründung informiert werden. Dies kann mit Merk- und Informationsblättern (M 2, M 3) geschehen oder durch Informationsveranstaltungen im Schulhaus. Wichtig ist den Schülern bewusst zu machen, dass sie nur als Vertreter einer Partei ins Parlament gewählt werden und nur als Abgeordnete oder Mitglied der Regierung die Geschicke des Staates lenken können.

Für das Gelingen des Projektes ist es von großer Bedeutung, dass die zu gründenden Parteien verfassungskonform sind, demokratischen Grundsätzen entsprechen und in ihrer Zielsetzung (Partei-programm) die Grundintention des Projektes stützen. Daher muss sich das Vorbereitungsteam vorbehalten, Parteien, die diesen Auflagen nicht entsprechen, nicht zu den Wahlen zuzulassen.<sup>1</sup>

Der politische Höhepunkt in der Vorbereitungsphase des Projektes sind die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Sie sollten im Frühjahr stattfinden und entsprechend ihrer Bedeutung mit der nötigen Sorgfalt vorbereitet und auch medienwirksam inszeniert werden. Aus Gründen der Praktikabilität können beide Wahlen zusammen abgehalten werden.

Wie bei der Gründung der Parteien ist es besonders wichtig, die Schüler über die Wahlmodalitäten und die Bedeutung der Wahlen aufzuklären. Ein besonderes Desiderat ist die Information der Schüler der Unter- und unteren Mittelstufe. Neben kurzen Wahlinfos (M 4) können auch kleinere Informationsveranstaltungen organisiert werden; Gemeinschaftskundelehrer bzw. geeignete Schüler könnten die Klassen in Kenntnis setzen.

Im Vorfeld der Wahlen sollte ein zeitlich begrenzter (2 - 3 Wochen) Wahlkampf stattfinden, der sich an vorher festgelegten Spielregeln orientiert. Entscheidend ist, dass er eine breite Öffentlichkeit bekommt und die Bedeutung der Wahlen ins Bewusstsein der Schüler rückt. Hierzu bieten sich Wahlveranstaltungen an, bei denen beispielsweise die Spitzenkandidaten der Parteien ihre

<sup>1</sup> Beim Projekt am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium wurde eine Partei, die sich für die freie Ausgabe von Alkohol in der Schule einsetzte, nicht zugelassen, da sie damit das in der Verfassung verankerte Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit sowie die Schulordnung missachtete.

Positionen darlegen und den Fragen der versammelten Schülerschaft Rede und Antwort stehen. Die Organisation und Moderation dieser Veranstaltungen könnte von Schülern übernommen werden. Darüber hinaus sind der Kreativität bei der Gestaltung von Wahlplakaten (M 5), Info-Blättern und sonstigen werbewirksamen Maßnahmen der Parteien keine Grenzen gesetzt.<sup>2</sup>

Großes organisatorisches Geschick verlangt die Durchführung der Wahlen. Zwei konträre Prämissen sind in Einklang zu bringen. Zum einen sollte der Unterricht an diesem Tag so wenig wie möglich tangiert werden, zum anderen sollten alle Schüler und Lehrer - bei großen Schulen immerhin 800 bis 1000 Wahlberechtigte - die Gelegenheit zur Wahl bekommen. Eine enge Absprache mit der Schulleitung und eine rechtzeitige Information des Kollegiums ist daher unerlässlich. Eine praktikable Lösung ist die klassen- bzw. kursweise Durchführung der Wahl nach einem exakt erstellten Zeitplan (ca. 20 Minuten pro Klasse) in mehreren Wahllokalen mit zahlreichen Wahlhelfern. Auch wenn selbstverständlich keine Wahlpflicht herrscht, so garantiert dieses Verfahren doch eine relativ hohe Wahlbeteiligung.

Besonderes Augenmerk kann bei der Durchführung der Wahlen auf die Beteiligung von Schülern gelegt werden. Aufgaben, wie die Erstellung des Stimmzettels (M 6), die Erstellung einer Wahlprognose eventuell unter Anleitung eines Informatiklehrers sowie die Auszählung der Stimmen (nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren bei den Parlamentswahlen) und die Dokumentation des Wahlergebnisses (M 7) können von Schülerseite übernommen werden.

Nach den Wahlen als dem bisherigen politischen Höhepunkt in der Vorbereitungsphase des Projektes steht man nun vor der Schwierigkeit, das einmal geweckte Interesse für die weitere Arbeit des Parlaments und der Regierung aufrechtzuerhalten. Die konstituierende Sitzung des Parlaments sollte daher in nicht zu großer zeitlicher Distanz zu den Wahlen stattfinden. Als Termin bietet sich der Monat Mai an. Bei dieser Sitzung stehen vor allem Fragen organisatorischer Natur auf der Tagesordnung (M 8). Ein ganz wesentlicher Punkt ist die Verabschiedung der von der Vorbereitungsgruppe ausgearbeiteten Verfassung durch das Parlament, so dass diese - wenn auch nachträglich - ihre demokratische Legitimation erhält. Für den weiteren Verlauf der parlamentarischen Arbeit ist die Verabschiedung einer von der Vorbereitungsgruppe ausgearbeiteten Geschäftsordnung des Parlamentes (M 9) von Bedeutung. Neben den Wahlen des

Parlamentspräsidenten und Schriftführers steht die Wahl des Regierungschefs und damit der Auftrag zur Regierungsbildung im Vordergrund der ersten Parlamentssitzung.

Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die neugewählte Regierung tritt die Vorbereitungsgruppe des Projektes noch weiter in den Hintergrund und überträgt viele ihrer Kompetenzen der Regierung. Wie im „Notstandsartikel“ der Verfassung verankert „arbeitet [sie] jedoch weiterhin an der Organisation des Projektes mit und behält sich in Notfällen das Recht vor, Parlament und Regierung bei der Organisation des Staates zu unterstützen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen zur Durchführung des Projektes zu ergreifen.“ Dieser Sicherungsmechanismus ist notwendig, um den Erfolg des Projektes zu garantieren und „unliebsame Überraschungen“ zu verhindern, da keineswegs gewährleistet ist, dass sich die im Vorfeld engagierenden und das Projekt vorantreibenden Schüler auch in der Regierung wiederfinden.

Einer effizienten Parlaments- und Regierungsarbeit fällt für den weiteren Verlauf des Projektes eine ganz entscheidende Rolle zu. In der Vorbereitungsphase und während der Durchführung des Projektes sollten daher die Parlamentssitzungen einen festen Platz im Terminkalender bekommen und entsprechend öffentlich gemacht werden. Die Gefahr besteht, dass die vermeintlich wenig attraktiven Sitzungen insbesondere in der Vorbereitungsphase des Projektes weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Hier müsste durch gezielte Hinweise die Schülerschaft besonders angesprochen werden. Außerdem ist darauf zu achten, dass sich während der Sitzungen eine an der Geschäftsordnung des Parlamentes orientierte Diskussionskultur entwickelt. Dem Parlamentspräsidenten kommt hierbei eine wichtige Rolle zu. Er oder sie sollte von Beginn an auf die Einhaltung der Spielregeln achten. Eine dem hohen Hause würdige Kleiderordnung der Abgeordneten könnte darüber hinaus die Bedeutung des Parlamentes noch unterstreichen.

Je nach Verlauf des Projektes können die Sitzungen des Parlaments eine ganz besondere Eigendynamik entfalten und sich zu äußerst kontrovers geführten Diskussionen entwickeln. Themen könnten sein: Der vom Finanzminister vorgelegte Haushaltsplan, die Höhe der Unternehmenssteuern, die Gehälter des Staatspräsidenten und der Regierungsmitglieder sowie die Beamtengehälter, die Umtausch- und Visagebühren etc.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Wie die Erfahrungen zeigen, sind die von den Schülern formulierten Positionen und Ziele eher diffus, meist auf das Projekt und das Schulleben allgemein bezogen. Es handelt sich nicht um eigentliche politische Wahlziele.

---

<sup>3</sup> Im Staate „Elevia“ schlug beispielsweise die Regierung aufgrund finanzieller Engpässe vor, die Beamtengehälter zu kürzen. Daraufhin traten die Zollbeamten in Streik und verlangten eine Beibehaltung der Höhe ihrer Gehälter. In der hitzigen

Die Regierungsmannschaft des neu gewählten Regierungschefs benötigt - wie im wirklichen politischen Leben - bis zum reibungslosen Funktionieren eine gewisse Einarbeitungszeit, insbesondere dann, wenn die Regierungsmitglieder vor ihrer Wahl nicht mit der Organisation des Projektes und seiner Intention befasst waren. Insofern hängt die Effizienz der Regierungsarbeit maßgeblich vom Regierungschef und den von ihm vorgeschlagenen Ministern ab. Große Unterschiede in der Qualität der Ausübung des Amtes müssen daher mit einkalkuliert werden.

Wie in der Verfassung verankert wird jedem Minister ein Staatssekretär in der Person eines Lehrers oder einer Lehrerin beigeordnet. Dabei entscheiden die Minister selbst, welche Lehrperson sie für ihr Ministerium ansprechen. Gleichzeitig wird jedem Ministerium ein definierter Aufgabenbereich übertragen, den es eigenverantwortlich auszufüllen gilt (M 10).<sup>4</sup>

Wie oben erwähnt, ist mit einer sehr unterschiedlichen Qualität in der Amtsführung der Minister zu rechnen, sodass die Staatssekretäre nicht selten stark unterstützend tätig sein müssen. Gleichwohl gelingt es zahlreichen Schülern in ihr Amt hineinzuwachsen und zu unerwarteter Größe und Qualität zu gelangen.

- Dem *Regierungschef* obliegt die gesamte Koordination der Regierungstätigkeit sowie die Vermittlung zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen und Bereichen des Projektes. Darüber hinaus fällt ihm während der Durchführung des Projektes zusammen mit dem Staatspräsidenten auch eine repräsentative Aufgabe zu.
- Das *Außenministerium* ist für die Abwicklung der Zollformalitäten, den Geldwechsel und insbesondere für die Visa- und Passausgabe zuständig, eine Aufgabe, die großes organisatorisches Geschick und einen Sinn für Logistik verlangt.
- Das *Innenministerium* hat die Aufsicht über die Polizei und kooperiert mit der Rechtsprechung.
- Das *Arbeitsministerium* hat die Aufgabe, im Vorfeld des Projektes alle Betriebe und die verfügbaren Arbeitsplätze zu erfassen, die Zuteilung jedes Schülers auf die Betriebe zu übernehmen sowie während des Projektes die Mitarbeiterlisten zu kontrollieren und sich im

Stile eines Arbeitsamtes um die Vermittlung von Arbeitslosen zu kümmern.

- Im *Finanzministerium* wird bereits vor der Durchführung des Projektes der Staatshaushalt erstellt. Während der Projekttag hat es die Aufgabe, die Währung sowie die Staatseinnahmen und -ausgaben zu überwachen. Außerdem ist es für die Steuerverwaltung zuständig.
- Dem *Wirtschaftsministerium* ist der Wirtschaftskontrolldienst unterstellt. Seine Aufgabe ist es, die Anwesenheit der Mitarbeiter in den Betrieben sowie in regelmäßigen Abständen die Betriebe auf Sauberkeit und die ordnungsgemäße Lagerung der Lebensmittel zu kontrollieren. Der Wirtschaftskontrolldienst kann bei Verstößen Geldbußen verhängen oder gar die Schließung des Betriebes anordnen. Er verschafft sich einen Überblick über die Einnahmen der Betriebe und legt so die Grundlage für die Besteuerung bzw. Subventionierung. Eine enge Koordination und Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium ist daher notwendig.
- Die wesentliche Aufgabe des *Umweltministeriums* ist in Abstimmung mit dem Wirtschaftskontrolldienst die Kontrolle der Betriebe auf ihre hygienischen Bedingungen sowie die Müllentsorgung.
- *Kultur- und Sportministerium* sind für die Koordination der Kultur- und Sportereignisse zuständig. Veranstaltungen dieser Art können von staatlicher Seite subventioniert werden, um ein attraktives Programm während der Projekttag zu gestalten.
- Der *Staatspräsident* hat vor allem repräsentative Aufgaben und widmet sich zusammen mit seinem persönlichen Pressereferenten vornehmlich der publikumswirksamen Öffentlichkeitsarbeit.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass die sich im Bereich der Politik bietenden Partizipationschancen von einer großen Zahl von Schülern genutzt werden müssten und dass insbesondere während der Durchführung des Projektes der politische Aspekt genügend Beachtung finden und nicht vom wirtschaftlich-kommerziellen gänzlich überlagert werden sollte.

geführten Parlamentsdebatte wurde dann eine Kompromisslösung gefunden. Es wurden nur die Bezüge des Regierungschefs und seiner Minister gekürzt. Der Streik der Zollbeamten war gleichzeitig auch Anlass für eine Verfassungsklage, in der es um die grundsätzliche Frage ging, ob Beamte ein Streikrecht haben sollen.

<sup>4</sup> Die Zuordnung der einzelnen Aufgabenbereiche kann je nach Schule differieren. M 9 zeigt eine Möglichkeit, wie sie am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium durchgeführt wurde.

### 3. Materialübersicht

- M 1    Checkliste für die Arbeitsgruppe Parteien / Wahlen
- M 2    Merkblatt für die Information zur Parteiengründung
- M 3    Wie gründe ich eine Partei?
- M 4    Wahlinfo
- M 5    Wahlplakate
- M 6    Stimmzettel
- M 7    Wahlergebnisse
- M 8    Tagesordnung: Konstituierende Sitzung des Parlaments
- M 9    Geschäftsordnung des Parlaments
- M 10  Aufgabenbereiche der Regierung

### 4. Materialien

#### M 1

##### ***Gruppe Parteien / Wahlen***

- ⇒ Bürgern deutlich machen, warum Parteien wichtig sind (ohne Parteien keine Regierung => kein Staat);
- ⇒ Die Schüler, die sich bereits bei SAS engagieren, sollen Parteien gründen => Kontinuität nach der Wahl in der Regierungsarbeit;
- ⇒ Nicht darauf vertrauen, dass gute Arbeit des Vorbereitungsteams bei der Wahl für sich spricht!
- ⇒ Merke: Wer den aufwändigsten und lautesten Wahlkampf betreibt, erhält viele Stimmen!
- ⇒ Wahlkampf zeitlich begrenzen, Plakatierung regeln, Wahlforum organisieren;
- ⇒ Rechtzeitig über das Wahlsystem aufklären!
- ⇒ Organisation und Durchführung der Wahl während der Unterrichtszeit, klassenweise (Zeitplan erstellen, Absprache mit der Schulleitung);
- ⇒ Wie kann das gewählte Parlament ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken (geeignete Räumlichkeiten finden, Tagungszeiten öffentlich bekannt machen)?
- ⇒ Während der Durchführung des Projektes politische Aspekte verdeutlichen und entsprechende Rahmenbedingungen für politische Partizipation schaffen (Wirtschafts- und Staatsleben verbinden)!

## M 2

### ***Merkblatt für die Information zur Parteiengründung***

- Zettel mit Bedingungen zur Parteiengründung austeilen.

#### Warum soll ich eine Partei gründen oder in einer mitarbeiten?

Nicht nur die freie Wirtschaft ist bei unserem Projekt ein interessanter Bereich, sondern auch die Politik ---> die Mitarbeit in einer Partei kann interessant sein.

Nur als **Mitglied einer Partei** kann man ins **Parlament** kommen.

#### Durch einen Sitz im Parlament:

- Leistet man einen aktiven Beitrag zu unserem Projekt.
- Hat man die Möglichkeit, die Regierung zu wählen.
- Hat man die Möglichkeit mitzuzentscheiden.

#### Die Aufgaben des Parlaments:

- Es erlässt Gesetze.
- Es löst Probleme, die im Rahmen unseres Projektes auftreten.
- Es entscheidet über den Haushalt (was mit dem Geld unseres Staats unternommen wird).
- Es wählt die Regierung.

---> **Alle grundlegenden Entscheidungen werden vom Parlament getroffen.**

---

#### Bedingungen für die Parteigründung:

- Das Parteiprogramm muss der Verfassung entsprechen.
- Radikale Parteien werden nicht zugelassen.
- Jede Partei muss demokratisch organisiert sein und ihren Zielen treu bleiben.

Formulare zur Gründung einer Partei sind am Infostand oder beim Klassensprecher erhältlich.

Die Gründung einer Partei ist nur bis zum ..... möglich.

Bei weiteren Fragen oder Problemen wendet Euch an den Infostand.

### M 3

#### *Wie gründe ich eine Partei?*

1. Um eine Partei zu gründen, benötigt man mindestens **8 Gleichgesinnte**. Jede Stufe (**Unter-, Mittel-, Oberstufe**) muss vertreten sein.
2. Jede gegründete Partei muss sich bis zum ..... mit **Parteiename, Mitgliederliste** und **Ansprechpartner** am Infostand anmelden.
3. Jede Partei muss bis zum ..... ein **Parteiprogramm** verfassen, dessen Inhalt nicht gegen die Verfassung verstößt. Ab ..... müssen die Parteiprogramme öffentlich zugänglich sein, z.B. durch Plakate, öffentliche Parteisitzungen oder Flugblätter.
4. Jede Partei muss mindestens **5** ihrer Mitglieder **zur Parlamentswahl** stellen, wobei auch hier jede Stufe vertreten sein muss. Außerdem muss sie **1 Kandidat** für die **Präsidentschaftswahl** stellen. Die Parlaments- und Präsidentschaftskandidaten müssen bis zum ..... angegeben werden.
5. Wenn eine Partei gegründet wurde, soll der **Parteiename**, das **Parteiprogramm** und der Name eines **Ansprechpartners** ausgehängt werden, damit sich andere informieren bzw. eventuell Parteimitglied werden können. Falls Eure/Deine Partei trotzdem nicht genügend Mitglieder haben sollte, bitten wir Euch/Dich, einfach selbst Leute anzusprechen.

### M 4

#### *Wahlinfo*

1. Jeder Bürger und jede Bürgerin hat **zwei Stimmen**. Eine für die **Partei**, die er/sie ins Parlament wählen möchte (linke Spalte), und eine zweite Stimme für den jeweiligen **Präsidentschaftskandidaten bzw. -kandidatin** seiner/ihrer Wahl (rechte Spalte).
2. Man darf also **ein Feld der linken Spalte** und **ein Feld der rechten Spalte** ausfüllen.
3. Alle nicht eindeutig und korrekt ausgefüllten Wahlformulare, d. h. mit mehr als einem Kreuz pro Spalte werden automatisch ungültig und nicht berücksichtigt.

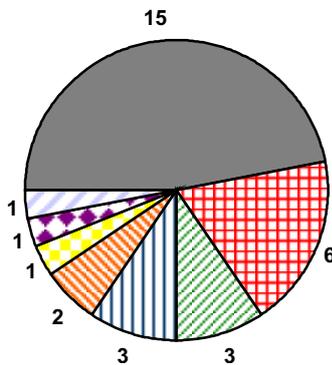
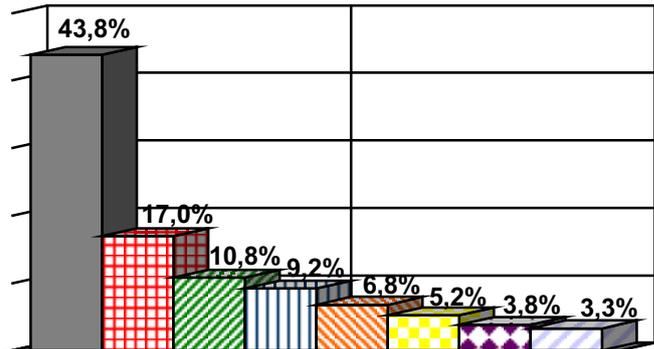


## **M 6**

M 7

*Wahlergebnisse*

**Parlamentswahl:**



***Prozentuale Stimmverteilung und Sitzverteilung***

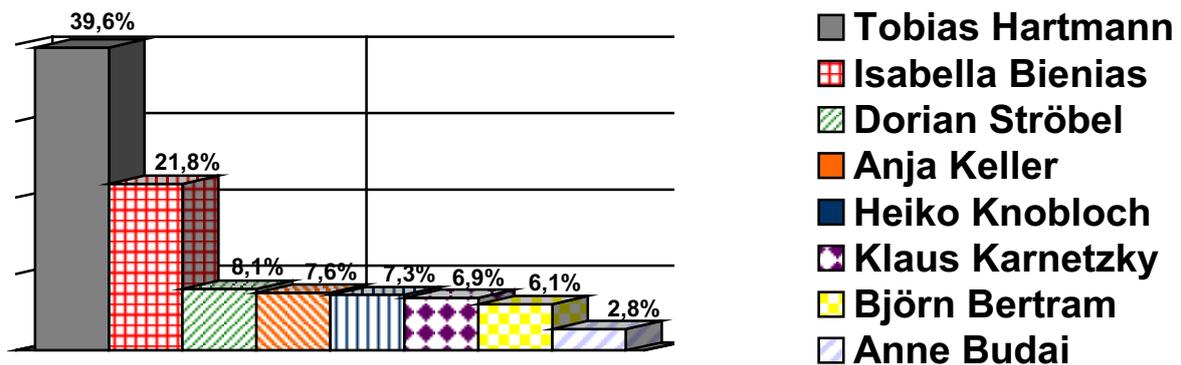
***Stimmverteilung (Absolute Stimmen)***

Die Fö	(Die Föderation)	:	413
MfG	(Multi-funktionelle Gruppe)	:	160
PC-Elevia	(Progress Cooperation Elevia)	:	102
APP	(Attraktiv und Preiswert Partei)	:	87
KPE	(Klo Partei Elevias)	:	64
ERVP	(Elevianische R-Volkspartei)	:	49
PFUT	(Partei für Umwelt und Tiere)	:	36
DSUPI	(Demokratische Soziale Umweltpartei)	:	31

ungültige Stimmzettel: 5

Wahlbeteiligung: 95%

## Präsidentschaftswahl:



## *Prozentuale Stimmverteilung*

### *Stimmverteilung (Absolute Stimmen)*

Tobias Hartmann	: 358	Heiko Knobloch	: 66
Isabella Bienias	: 197	Klaus Karnetzky	: 62
Dorian Ströbel	: 73	Björn Bertram	: 55
Anja Keller	: 69	Anne Budai	: 25
ungültige Stimmzettel:	5	Wahlbeteiligung:	95%

Grafische Gestaltung der Wahlergebnisse: Malte Ahrens

**M 8**

# Freie Republik Elevia

**Konstituierende Sitzung des Parlaments von Elevia  
am 15. Mai 2000, 14.00 Uhr**

## **Tagesordnung**

- 1) Eröffnung der Sitzung durch den Alterspräsidenten des Parlaments
- 2) Feststellung der Anwesenheit der Abgeordneten
- 3) Verabschiedung der Verfassung
- 4) Verabschiedung der Geschäftsordnung des Parlaments
- 5) Wahl des Parlamentspräsidenten und seines Stellvertreters
- 6) Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters
- 7) Vereidigung des Staatspräsidenten
- 8) Wahl des Regierungschefs, Auftrag zur Regierungsbildung
- 9) Vereidigung des Kabinetts
- 10) Hymne

Einblicke in die Arbeit des Parlaments von Elevia.

## M 9

### *Geschäftsordnung des Parlaments von Elenia*

#### **§ 1 Aufgabe des Parlaments**

Das Parlament ist die Vertretung des Volkes. Es hat die Aufgabe, Gesetze zu beschließen und die Regierung zu kontrollieren.

#### **§ 2 Rechte und Pflichten der Parlamentarier**

Jedes Mitglied des Parlaments folgt bei Reden, Handlungen, Abstimmungen und Wahlen seiner Überzeugung und seinem Gewissen. Die Mitglieder des Parlaments sind verpflichtet, an den Arbeiten des Parlaments konstruktiv teilzunehmen. Es besteht Anwesenheitspflicht.

#### **§ 3 Sitzungen**

Die Sitzungen des Parlaments werden vom Parlamentspräsidenten einberufen. Er eröffnet, leitet und schließt die Sitzungen. Vor Schluss einer Sitzung gibt er den Termin der nächsten Sitzung bekannt. Die Sitzungen des Parlaments sind öffentlich.

#### **§ 4 Worterteilung**

Ein Mitglied des Parlaments darf nur sprechen, wenn ihm der Präsident das Wort erteilt hat. Grundsätzlich gilt der Respekt vor der Meinung des Anderen. Unmutsbekundungen und abfällige Äußerungen sind nicht gestattet. Will der Präsident sich selbst als Redner an der Aussprache beteiligen, so hat er während dieser Zeit den Vorsitz abzugeben.

Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen, die kurz und präzise sein müssen, dürfen erst gestellt werden, wenn der Redner sie auf eine entsprechende Frage des Präsidenten zulässt. Im Anschluss an einen Debattenbeitrag kann der Parlamentspräsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung von höchstens drei Minuten erteilen; der Redner darf hierauf noch einmal antworten.

#### **§ 5 Reihenfolge der Redner**

Der Präsident bestimmt in Abstimmung mit dem Schriftführer die Reihenfolge der Redner. Dabei soll ihn die Sorge für die sachgemäße Erledigung und zweckmäßige Gestaltung der Beratung, die Rücksicht auf verschiedene Parteirichtungen, auf Rede und Gegenrede und auf die Stärke der Fraktionen leiten. Der erste Redner in der Aussprache zu Vorlagen soll nicht der Fraktion des Antragstellers angehören.

#### **§ 6 Rede**

Die Redner sprechen grundsätzlich in freiem Vortrag. Sie können hierbei Aufzeichnungen benutzen. Sie sprechen von dem dafür bestimmten Rednerpult aus.

#### **§ 7 Redezeit**

Gestaltung und Dauer der Aussprache über einen Verhandlungsgegenstand werden vom Präsidenten und dem Schriftführer festgelegt. Kommt keine Festlegung zustande, darf der einzelne Redner nicht länger als fünf Minuten ununterbrochen sprechen. Spricht ein Mitglied der Regierung länger als fünf Minuten, kann die Fraktion, die eine abweichende Meinung vortragen lassen will, für einen ihrer Redner eine entsprechende Redezeit verlangen.

Überschreitet ein Mitglied des Parlaments seine Redezeit, so soll ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort entziehen.

### **§ 8 Ordnungsmaßnahmen**

Sitzungsteilnehmer, die nicht Mitglied des Parlaments sind, sowie Zuhörer unterstehen der Ordnungsgewalt des Präsidenten.

Der Präsident kann den Redner, der vom Verhandlungsgegenstand abweicht, zur Sache verweisen. Er kann Mitglieder des Parlaments, wenn sie die Ordnung verletzen, ermahnen. Wegen grober Verletzung der Ordnung kann der Präsident ein Mitglied des Parlaments für die Dauer der Sitzungen des Saales verweisen.

### **§ 9 Vorlagen**

Vorlagen werden gedruckt und in der Regel einen Tag vor einer Parlamentssitzung dem Präsidenten sowie allen im Parlament vertretenen Fraktionen zugestellt. Werden während des eigentlichen Projektzeitraumes Vorlagen im Verlauf einer Sitzung eingebracht, kann der Präsident auf Wunsch der Fraktionen die Sitzung vor Verabschiedung der Vorlage unterbrechen, um den Fraktionen eine Beratung zu ermöglichen.

**Heilbronn, den 15. Mai 2000**

**M 10**

***Aufgabenbereiche der Regierung***

Ministerium	Minister/in und Staatssekretär/in	Beamtenzahl	Aufgabenbereich
Regierungschef		-	Koordination der Regierungstätigkeit, Vermittlung zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen und Bereichen des Projektes
Außenministerium		15 Beamte 8 Securities	Zoll und Geldwechsel an den Staatsgrenzen, Visa- und Passausgabe, Securitydienst der Wechselstuben
Innenministerium		20 Polizisten 4 Richter	Polizei, Richtlinien der Rechtsprechung und Gericht
Arbeitsministerium		8 Beamte	Zuteilung jedes Schülers auf die Betriebe, Kontrolle der Mitarbeiterlisten, Arbeitsvermittlung
Finanzministerium		10 Beamte	Erstellung des Staatshaushaltes, abendliche Abrechnung, Überwachung der Währung und der Staatsausgaben, Steuererrechnung und -einzug
Wirtschaftsministerium		20 Beamte	Wirtschaftskontrolldienst, Kontrolle der Betriebe, Richtlinien des Wirtschaftslebens
Umweltministerium		20 Beamte	Umweltkontrolldienst bei den Betrieben (Hygiene, Müll), Geschirrmobil (Staatsbetrieb), Müllentsorgung, Energieverbrauch
Kulturministerium		4 Beamte Infozentrale 8 Techniker	Koordination von Kulturereignissen, Erstellung des Programms, Bezahlung der Künstler, technische Betreuung der Darbietungen (Licht, Ton), Infozentrale
Sportministerium		4 Beamte	Koordination aller Sportereignisse, Verteilung der Sporthalle, Ausrichtung von Turnieren - Streetballturnier des Jugendgemeinderats
Staatspräsident		6 Beamte Infozentrale	Öffentlichkeitsarbeit, Verbindung zu Radio, TV, Staatsgästen, Erstellung des Programmhefts, Dokumentation

*Martina Geiger*

## Der Bereich Wirtschaft

*Martina Geiger, StR'in, unterrichtet am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn die Fächer Deutsch, Französisch und Gemeinschaftskunde. Als Verbindungslehrerin betreut sie seit 1998 die Schülermitverantwortung.*

### 1. Einführung

Der große Bereich der Wirtschaft und Finanzen gehört zu den komplexesten des Projekts „Schule als Staat“, weil hier eine Vielzahl von einzelnen Planungssträngen (Betriebsgründungen, Kalkulation des Energieverbrauchs, Vermittlung von Arbeitsstellen, Einholen der Steuern u.a.) zusammenlaufen und weil hier auch die großen Unwägbarkeiten des Projektes liegen. Wie bewerkstelligt man, dass der Haushalt in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen bleibt, sodass der Staat am Ende nicht verschuldet ist? Wie hoch soll man demnach die Steuern ansetzen? Mit wie vielen Einnahmen durch Besucher und Steuern kann man rechnen?

Eine florierende Wirtschaft gehört neben dem Bereich der Politik und den kulturellen Aktivitäten zu den Kernpunkten des Staatslebens. Die Staatsbürger arbeiten zum Großteil in Betrieben; sie verkaufen Produkte oder Dienstleistungen auf dem Markt. Mit den erwirtschafteten Gewinnen bezahlen die Betriebsleiter ihre Mitarbeiter und Steuern an den Staat, der mit diesen Einnahmen wirtschaften muss. Dazu sind bei den Schülern wie bei den betreuenden Lehrern eine Vielzahl an Qualifikationen nötig: Kalkulation, Buchführung, Kontrolle der Betriebe, Logistik der Arbeitsvermittlung.

Wengleich das Motiv des Geldverdienens nicht im Vordergrund der Konzeption von „Schule als Staat“ steht, so wird doch für viele Schüler ihr Engagement im Projekt dadurch motiviert. Die eigene Anstrengung in einem Betrieb, das unternehmerische Risiko eines Betriebsleiters oder das mühevollere Einstudieren eines kulturellen Beitrags sollen sich auch in finanzieller Hinsicht lohnen. Dem gegenüber steht das Gemeinschaftserlebnis, die Spielidee, die Utopie, einen Staat zu gestalten und zu erleben. Zwischen diesen beiden Ansprüchen einen Ausgleich zu finden, erfordert vom Vorbereitungsteam viel Fingerspitzengefühl und Diplomatie. Es gilt einerseits, die arbeitswilligen „Unternehmer“ durch zu hohe Steuern oder Gewinnabgaben nicht zu frustrieren, andererseits sollen die Skeptiker und Kritiker des „kapitalisti-

schen“ Treibens nicht vor den Kopf gestoßen werden, indem dem wirtschaftlichen Ertrag allzu große Bedeutung zugemessen wird. Die Vorbereitungsgruppe sollte sich dieser Fragestellung schon im Voraus annehmen und eine für alle tragbare Lösung ausarbeiten. Möglich wäre etwa, dass ein Teil des Staatsgewinns einem guten Zweck gespendet wird, oder dass man etwas anschafft, was allen in der Schule zugute kommt.

### 2. Kommentar zu den Materialien

Die in diesem Kapitel zusammengestellten Materialien sollen helfen, den Bereich der Wirtschaft und Finanzen im Staat zu organisieren. Sie folgen der zeitlichen Chronologie des Projektes und zeigen die wesentlichen Aufgabenbereiche der Arbeitsgruppen *Betriebe / Finanzen* sowie *Außenhandel / Zoll / Währung*, die eng kooperieren.

Entsprechend stellen die Materialien M 1 – M 2 Checklisten für diese beiden Arbeitsgruppen dar und nennen deren Aufgaben im Verlauf des Projekts. Zu einzelnen der dort angesprochenen Stichpunkte hier einige Bemerkungen aus unserer Erfahrung mit „Schule als Staat“: Einige Monate vor Staatseröffnung wurden von jedem Staatsbürger 20 DM eingesammelt und auf ein Konto einbezahlt. Von diesem Betrag behielt der Staat jeweils 2 DM zurück, um einen Teil des Staatshaushaltes zu finanzieren. Dieser Beitrag erschien erträglich und konnte auch vor den Eltern gerechtfertigt werden. Den Rest erhielten die Staatsbürger in der Staatswährung *Ellyt* kurz vor Projektbeginn in einer Stückelung von 10 EL, 5 EL, 2 EL, 1 EL zurück. Mit diesen umgerechnet 18 DM konnte jeder während der 3 Tage des Projektes auskommen, auch wenn man kein weiteres Geld verdiente. Am Ende des Projektes konnten alle Staatsbürger ihre Ellyten wieder in DM zurücktauschen.

Die gesamte Menge des gedruckten Geldes wurde auf etwa 50.000 DM kalkuliert, wobei kleinere Geldnoten in entsprechend höherer Stückzahl gedruckt wurden. Diese hohe Summe zeigt, dass es dabei zu bedenken gilt: Man sollte unbedingt sicherstellen, dass die Staatswährung fälschungssicher ist! Eine Inflation durch eine größere Menge an Falschgeld hätte fatale Folgen für den Staats-

haushalt und für den Rücktausch in DM. Weiterhin sollten diejenigen Schüler, die die Hauptkasse verwalten (Reserven der Staatswährung und Deckung durch DM) absolut vertrauenswürdig sein! (vgl. hierzu M 9)

Die Materialien M 3 und M 4 zeigen die Kernpunkte der Betriebsorganisation: Betriebsgründung und Information über die Geschäftsordnung der Betriebe (darüber hinaus ist die Zuteilung der Betriebe auf Standorte im Schulgelände sowie die Sicherstellung der Stromversorgung für die Unternehmen zu organisieren). Zunächst einmal wurde festgelegt, dass jeder Betrieb für seine Investitionen selbst verantwortlich ist, d.h. dass kein zentrales Warenlager im Staat eingerichtet werden sollte, bei dem die Betriebe ihre Rohstoffe einkaufen könnten.<sup>1</sup>

Gleichwohl brauchen die Betriebsgründer, insbesondere was die Kalkulation der Ausgaben und Einnahmen anbelangt, Unterstützung seitens des Vorbereitungsteams (z.B. in Form von Sprechstunden durch versierte Kollegen mit betriebswirtschaftlichen Kenntnissen). Aber selbst dann ist nicht auszuschließen, dass sich die Betriebsleiter beim Einkauf der Waren oder bei der Berechnung der Preise und Gehälter verkalkulieren.<sup>2</sup>

Die große Schwierigkeit bei der Organisation des Wirtschaftslebens besteht darin, genügend Betriebsgründungen zu initiieren, damit die Gesamtheit der Staatsbürger eine Arbeitsstelle finden kann. Hier spielen verschiedene Gesichtspunkte eine Rolle: Zum einen sollte die Konkurrenz der Restaurationsbetriebe nicht zu groß werden, da sonst keine Gewinne mehr möglich sind, andererseits gilt es zu vermeiden, dass allzu viele Kinos, Spielecenter o.ä. entstehen, da diese kaum Aussicht auf Gewinne haben (vgl. M 8). Schließlich ist es aber auch nicht sinnvoll, alle Arbeitslosen beim Staat zu beschäftigen, da sonst der Staatsapparat und damit auch die Ausgaben des Staatshaushalts unnötig aufgebläht werden (vgl. M 11). Trotz all dieser Überlegungen wird es nicht ausbleiben, dass bei Projektbeginn noch Staatsbürger ohne Arbeit sind. Dem Arbeitsministerium obliegt es, neben der computergestützten Erfassung der Schüler und ihrer Aufteilung auf die Betriebe, diese Arbeitslosen so schnell wie möglich zu vermitteln. Wer sich schon einmal mit der Organisation von Projekttagen befasst hat, weiß, dass bei den zuständigen Mitarbeitern im Ministerium entsprechend viel Fingerspitzengefühl verlangt ist, damit alle Seiten mit dem Ergebnis leben können (M 5).

<sup>1</sup> Dieses Modell wurde an verschiedenen anderen Schulen im Rahmen des Projektes „Schule als Staat“ getestet und scheiterte zumeist, weil die Organisatoren mit den Bestellungen und der Ausgabe der Waren überfordert waren.

<sup>2</sup> Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Schülerberichte aus den Betrieben, die sich im Teil „Nachlese und kritische Reflexion des Projektes“ befinden.

Ist der Staat einmal eröffnet und haben die Wirtschaftsunternehmen ihre Arbeit aufgenommen (M 6), beginnt der zweite große ökonomische Bereich wirksam zu werden: das Steuersystem.

Das Modell der Steuerbelastung, der Steuererklärungen und des Steuereinzugs muss einfach und effektiv zugleich sein. Aus diesem Grund haben wir darauf verzichtet, jeden einzelnen Bürger zu besteuern, nur die Betriebe sollten Steuern zahlen. Dabei bieten sich leicht verständliche Steuerformulare an (M 7), auf denen die Betriebe mit Strichlisten ihre Umsätze errechnen können. Die als M 8 beigefügte Übersicht über die Betriebe zeigt, welche Betriebe wirtschaftlich erfolgreich waren, wie viel jeweils umgesetzt wurde und wie hoch für die jeweiligen Betriebe die Steuerbelastungen waren. Diese wurden von Mitarbeitern des Finanzministeriums jeweils abends berechnet und am nächsten Morgen (bzw. am letzten Abend des Projekts) bei den Betriebsleitern eingezogen.

Das Steuersystem im Staat Elevia war eine Umsatzsteuer, die im Vorfeld auf 25% festgelegt und später vom Parlament auf 20% gesenkt wurde.

Dem liegen im Wesentlichen zwei Überlegungen zugrunde: Die Prämisse lautet, dass der Staatshaushalt auf alle Fälle ausgeglichen sein muss,

- daher sind die Steuern zunächst einmal hoch anzusetzen. Eine spätere Steuersenkung (wie in der Tat auch geschehen) ist dabei nicht ausgeschlossen;
- daher muss verhindert werden, dass die Betriebe an der Steuer vorbeiarbeiten. Eine Gewinnsteuer würde die Gefahr bergen, dass die Betriebsleiter vor der Steuer zu hohe Löhne ausbezahlen und dadurch zu wenig versteuern (da nur die Betriebe, nicht aber der einzelne Bürger besteuert werden soll). Also ist eine Umsatzsteuer sinnvoll.

Dieses System der Umsatzsteuer, so einfach und einleuchtend es klingt, birgt in der Praxis auch Gefahren: Betriebe mit sehr wenig Umsatz oder mit sehr hohen Investitionskosten werden steuerlich benachteiligt. Denn die Steuer kann nicht berücksichtigen, ob ein Betrieb seine Investitionen gering hält (z.B. Kuchenspenden durch die Eltern) oder ob tatsächlich hohe Investitionen getätigt werden müssen (z.B. Anschaffung von T-Shirts für einen Copy-Shop). Die beigefügte Regierungserklärung (M 10) stellt einen Versuch dar, auf diese Problematik flexibel zu reagieren.

Der Staatshaushalt von Elevia (M 11) zeigt, dass am Ende alle Ängste bezüglich einer Staatsverschuldung unbegründet waren. Der Staatsgewinn belief sich auf etwa 2.500 DM, die je zur Hälfte einem guten Zweck gespendet wurden bzw. Anschaffungen für die Schulgemeinschaft dienten.

### 3. Materialübersicht

- M 1 Checkliste für die Gruppe Betriebe / Finanzen
- M 2 Checkliste für die Gruppe Außenhandel / Zoll
- M 3 Antrag auf Zulassung eines Betriebs
- M 4 Geschäftsordnung für Betriebe
- M 5 Arbeitsvermittlung
- M 6 Impressionen vom Wirtschaftsleben in Elenia – Aus den Betrieben
- M 7 Steuerformular
- M 8 Übersicht über Betriebe, Einnahmen, Steuerbelastungen
- M 9 Geldnoten
- M 10 Regierungserklärung zur wirtschaftlichen Lage im Staat Elenia
- M 11 Staatshaushalt

### 4. Materialien

#### M 1

#### *Gruppe Betriebe / Finanzen*

- ⇒ Konto anlegen/"Startgeld" rechtzeitig einsammeln und evtl. gewinnbringend anlegen!
- ⇒ Auswahl der Betriebe organisieren (nicht zu viele gleiche/ ähnliche Betriebe zulassen, v.a. Kinos / Playstation);
- ⇒ Umfassende Information der Betriebsgründer, v.a. Unterstufe, evtl. Sprechstunden einführen;
- ⇒ Auswahl zwischen Umsatz- und Gewinnsteuer; Steuer hoch ansetzen, um Staatsverschuldung zu vermeiden!
- ⇒ Unbedingt Mathematiker einbeziehen (Finanz-, Haushaltsplan)!
- ⇒ Zuteilungsliste der Schüler/Klassen auf Betriebe frühzeitig als Computerprogramm installieren!
- ⇒ Geld fälschungssicher machen!
- ⇒ Zahl der Staatsbeamten festlegen, Beamtengehälter nicht zu hoch ansetzen (maximal 1DM/Stunde)!
- ⇒ Kein zentrales Warenlager einrichten!

#### M 2

#### *Gruppe Außenhandel / Zoll / Währung*

- ⇒ Frühzeitig Ausweise / Visa drucken und evtl. laminieren!
- ⇒ Stückelung der Geldmenge überlegen (wegen Visagebühren / Geldumtausch)! Kleine Geldnoten in größerer Anzahl bereitstellen!
- ⇒ Gesamtgeldmenge: etwa 40.000 – 60.000 DM
- ⇒ Verschiedene Wechselstuben und -schalter einrichten!
- ⇒ Zentrale Hauptkasse im Finanzministerium mit zuverlässigen Mitarbeitern besetzen!

M 3

**Antrag auf Zulassung eines Betriebes**

Der Wirtschafts- und Finanzausschuss entscheidet über die endgültige Einrichtung des Betriebes.

<b>Name des Betriebes</b>					
<b>Name des ersten Betriebsleiters/in</b>	Nachname		Vorname		Klasse
<b>Name des zweiten Betriebsleiters/in</b>	Nachname		Vorname		Klasse
<b>Beschreibung des Betriebes</b>					
<b>Anzahl der Mitarbeiter</b>	Gesamtzahl der Mitarbeiter (einschließlich Betriebsleiter)		Anzahl bereits eingestellter Mitarbeiter		Anzahl noch fehlender Mitarbeiter
<b>Entlohnung der Mitarbeiter</b>	Betriebsleiter/Std.	Angestellter /Stunde	Gesamtanzahl der Stunden der Betriebsleiter		Gesamtanzahl der Stunden der Angestellten
<b>Finanzierung</b>	Eigenkapital	Geldspenden	Sachspenden	Darlehn wird beantragt?	Falls ja, Höhe
<b>Produktpreis</b> (falls mehrere Produkte bzw. Dienstleistungen verkauft werden, bitte in gesonderte Aufstellung auf der Rückseite angeben)	Verkaufspreis		Herstellungskosten		Gewinn pro Produkt
<b>Umsatzmenge des Produktes/ der Dienstleistung</b>	Probedurchlauf (Donnerstag)		1. Öffnungstag (Freitag)		2. Öffnungstag (Samstag)
<b>Löhne für alle Mitarbeiter</b>	Probedurchlauf (Donnerstag)		1. Öffnungstag (Freitag)		2. Öffnungstag (Samstag)
<b>Gesamtkalkulation</b>	Geschätzte Verkaufseinnahmen	Gesamte Herstellungskosten	Auszuzahlende Löhne	Sonstige Kosten	Gewinn
<b>Raumart</b>	Klassenzimmer	Sporthalle	Pausenhof		Sonstiges
<b>Benötigte Sonder-einrichtungen</b>	Wasseranschluss	Elektroanschluss	Sonstiges		

Kennntnisnahme der Eltern der Betriebsleiter, sofern derjenige/diejenige bis 1.4.2000 das 18. Lebensjahr noch nicht erreicht hat.

1. ....  
Datum, Unterschrift

2. ....  
Datum, Unterschrift

**M 4*****Geschäftsordnung für Betriebe*****1. Definition**

- Betriebe sind selbständige wirtschaftliche Einheiten, die produzieren oder Dienstleistungen erbringen.

**2. Aufbau und Organisation**

- Ein Betrieb besteht aus einem Betriebsleiter, seinem Stellvertreter und den Mitarbeitern. Die Belegschaft eines Betriebs kann aus allen Klassenstufen kommen.
- Der Betriebsleiter und sein Stellvertreter gründen den Betrieb und sind beide für ihn voll verantwortlich. Sie vertreten den Betrieb gegenüber der Staatsbank, den Ministerien und den anderen Staatsorganen, den Kontroll- und Ordnungsdiensten, den Bürgern des Staates und unseren Gästen.
- Der Betriebsleiter und sein Stellvertreter stellen ihre Belegschaft selbst zusammen. Falls sie zusätzliche Mitarbeiter benötigen, werden diese ihnen vom Arbeitsministerium zugeteilt. Sie informieren ihre Mitarbeiter über ihre Aufgaben und Pflichten. Sie teilen die Arbeitszeit ein (2 Schichten à 4 Stunden pro Tag) und sorgen dafür, dass ihre Angestellten ihre Arbeitszeit pünktlich einhalten. (Die Einhaltung der Arbeitszeiten und die Anwesenheit der Mitarbeiter wird außerdem von einem Wirtschaftskontrolldienst überprüft).
- Der Betriebsleiter und sein Stellvertreter sind auch für Sicherheit und Sauberkeit auf dem Betriebsgelände verantwortlich. Sie überwachen die Entsorgung des Mülls von ihrem Betriebsgelände (spätestens nach jeder Schicht).
- Nach jedem Arbeitstag zahlen die beiden Betriebsleiter den Mitarbeitern das Gehalt aus, legen beim Finanzministerium eine vollständige Abrechnung vor und bezahlen ihre Steuern. Die Art der Steuern und die Höhe der Steuersätze werden noch bekannt gegeben.

**3. Öffnungszeiten und Verkauf**

- Die Öffnungszeiten der Betriebe richten sich nach den „Öffnungszeiten“ unseres Staates.
- Die Waren und Betriebsmittel werden von den Betriebsleitern und ihren Mitarbeitern auf eigene Kosten (als Betriebsmittel) selbst besorgt. Kredite, die für den Einkauf eventuell nötig sind, werden auf schriftlichen Antrag hin von der Staatsbank gewährt und müssen aus dem Umsatz des Betriebes rechtzeitig vor Ende des Projektes zurückgezahlt werden. Ob ein Kredit wegen mangelhaften Umsatzes erlassen werden kann, entscheidet das Finanzministerium nach Beendigung des Projektes.
- Die Waren und Dienstleistungen werden von den Kunden der Betriebe ausschließlich in der Staatswährung bezahlt. Beschädigte Waren und Waren in unhygienischem Zustand dürfen nicht verkauft werden. Verstöße werden durch das Umweltministerium und den Umweltkontrolldienst geahndet.

**4. Entlohnung der Mitarbeiter**

- Der Betriebsleiter und sein Stellvertreter vereinbaren mit den Mitarbeitern Tageslöhne, die in der Staatswährung ausgezahlt werden. Es wird erwartet, dass sie ihren eigenen Tageslohn nicht wesentlich höher ansetzen als den ihrer Mitarbeiter.

**5. Betriebsgewinn**

- Nach Abzug von Unkosten, Löhnen und Steuern kann ein Gewinn entstehen, der allen Mitarbeitern des Betriebs zu gleichen Teilen zusteht. Der Gewinn kann erst nach der Gesamtabrechnung des Projektes in DM rückgetauscht werden.

**6. Betriebsgründung**

- Die Gründung von Betrieben muss förmlich beantragt werden. Dazu gibt es ein bei der SMV und dem Vorbereitungsteam erhältliches Antragsformular.
- Die Betriebsleiter müssen ein Konzept für die Arbeit ihres Betriebs und eine Kalkulation erstellen sowie diese Betriebsordnung anerkennen.
- Das Vorbereitungsteam entscheidet darüber, ob ein Betrieb seine Arbeit aufnehmen kann.
- Einen Betrieb während des Projektes zu führen macht Spaß und lohnt sich – hoffentlich! Aber es bedeutet auch Verantwortung, Disziplin bei der Arbeit, Kreativität und Risiko, denn nicht überall ist Gewinn garantiert.

**M 5**

*Arbeitsvermittlung*

**Freie Republik Elevia**

Arbeitsminister Philipp Leiß



---

**- Formular zur Arbeitsvermittlung -**

Herr / Frau \_\_\_\_\_ wird

dem Betrieb

der staatlichen Einrichtung

---

als Arbeitskraft zugewiesen.

Die Entlohnung beträgt im Falle der Zuweisung zu einer staatlichen Einrichtung  
1 Ellyt pro Stunde, andernfalls erfolgt sie gemäß der betrieblich festgelegten  
Stundensätze.

---

Philipp Leiß, Arbeitsminister

Ich bestätige, dass oben genannte Person bei mir tätig ist.

---

Betriebs- / Einrichtungsleiter

## **M 6**

### ***Impressionen vom Wirtschaftsleben in Elexia – Aus den Betrieben***

**An der Staatsgrenze – Im Friseursalon – Andenkenshop – Kulturcafé**



## M 8

*Übersicht über Betriebe, Einnahmen und Steuerbelastungen*

Name des Betriebs	Klasse	Einnahmen 1. Tag	Einnahmen 2. Tag	Einnahmen 3. Tag	Einnahmen gesamt	Steuern
"Lecker-Schmecker-Laden"	5c	94,5	151	227	472,5	106
Casino (Spiele-Center)	5c	20,5	61	74,5	156	35
Dosenwerfen "Megamarkt"	5e	41	174	149	364	83
Flohmarkt	"	85	147	78	310	73,5
Waffelstand "Zum heißen Eisen"	6a	45	284	92	421	99,5
Andenkenshop	"	49	284	366,5	699,5	137
Eiscafé "Sunshine"	"	36	154	298	488	107
J & H's Gebrauchtwaren	6b	20,5	99	153	273	63
Café "Bon Flair"	"	60,5	186	270,5	517	116
Cocktailbar "Paradise"	"	26	106	192	324	70,5
Schnittblumen "Flower Power"	6c	140	429	724	1293	286,5
Café "Zum Elly"	"	85,5	256,5	432,5	774,5	172
Schönheitssalon: "Beautiful woman"	6d	49,5	107	169,5	326	46
Copy-World	6d	52	210	308,5	570,5	127
Fast Food Restaurant "Mc Jo"	7a	202	337,5	315	854,5	198
Getränkabar "Earthquake"	"	55,5	209,5	182	447	102,5
Café-Restaurant "Clementine"	"	53	208	208	469	107
Auto-Reinigung "Clean & Clear"	"	63	162	227	452	103
Süßigkeiten "Sweets"	7b	37,5	110,5	145,5	293,5	56,5
Früchte-Cocktail-Bar: "Happy Hour"	"	77	168,5	215	460,5	104,5
Restaurant "Burger Queen"	7d	188,5	251,5	232	672	156
Eiscafé "Mama Mia"	"	22,5	152	164	338,5	76,5
Game Center	"	30,5	68,5	81	180	41
Play-Station "Playzone"	8a	12	29,5	35,5	77	17
Sandwich-Bar	8b	54	91	99	244	55,5
US-Waren "American Shop"	"	111,5	169,5	240,5	521,5	117
Kultur-Café mit Schachspiel	"	45	175,5	183	403,5	90,5
"Kino-World"	"	0	18	10	28	6,5
"Cine Art"	8c	29	101,5	2	132,5	16
Vom Dreirad aufs Einrad	"	0	0	0	0	0
Theater "The new generation"	8d	0	68	245	313	66
Spiele-Center "Player's Paradise"	9a	27	106	0	133	26,5
Bar "Havanna-Club"	9b	92	315,5	865	1272,5	274,5
Russisches Kultur-Café	"	67,5	286,5	467	821	164,5
Esswaren "Lollipop"	"	224,5	463	734	1221	268
Lotto-Spiel "Lucky -balls"	9c	8	82	68	158	34
Spielkasino "Media Center"	"	17	14	20	51	8
Kino "Movie Palace"	"	0	7	25	32	5
Torwand-Schießen "The Wall"	10a	19	26	10	55	8,5
Massagen "Wellness-Center"	"	12	22	26	60	13,5
Kino "Chillout"	10b	4	4	6	14	3

Pizzeria "Bella Elevia"	"	324,5	1003	1576	2903,5	647
Kultur-Café "Kult"	"	54,5	191	233	478,5	107,5
Tanzschule "House of Dance"	10d	7,5	65	136	208,5	45
Eisstand "Eiszeit"	"	41,5	150,5	148,5	340,5	77,5
Play-Station "Lan-Party"	"	31	40	30	101	24
Silberschmuck, Kosmetika „Faked“	11a	54	124,5	525,5	704	149,5
Waffeln/Crêpes "Sweet Dreams"	"	54	531	570	1155	214
"Hairstudio"	"	24	170	165	359	81,5
Foto-Hurry	11c	10	56	139	205	44,5
Discothek	11d	39	132	109	280	64,5
Musikunterricht "Musiclines"	12	13	15	25	53	12
"Hawaii-Bistro"	"	145	183	411,5	739,5	164
Jamaikanisches Café "Afrodite"	"	45,5	100,5	125,5	271,5	61,5
Café "Sahnehäubchen"	"	23	57,5	12	92,5	22
Radio-Café "Radio-Bar"	"	0	105	160,5	265,5	52
Kino "Galaxis"	"	4	34,5	25	63,5	14,5

## M 9

### *Geldnoten*

## M 10

**Regierungserklärung zur Wirtschaftslage im Staat Elevia****Freie Republik Elevia**

Regierungschef Philip Hauber

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Elevia,  
geschätzte Gäste!

Ich möchte den heutigen Tag zum Anlass nehmen, eine Erklärung zur Lage des Staates Elevia und zur Arbeit meiner Regierung abzugeben.

Wir stehen gut da! Dank der flexiblen Arbeit im Arbeitsministerium ist es uns gelungen, die Beschäftigungsquote in unserem Staat von 75 % auf über 99% zu erhöhen d.h. wir haben in Elevia Vollbeschäftigung. Um nur 1 Beispiel für die kreative und effektive Arbeit im gleichnamigen Ministerium zu nennen: Arbeitslose Eisverkäufer wurden zu zupackenden Kinderwagen-Treppen-Trägern umgeschult.

Auch freue ich mich, dass infolge des regen Zustroms von Besuchern aus dem Ausland das Steuereinkommen in unserem Staat und die Erträge der Betriebe stark gesteigert werden konnten.

Im Hinblick auf das Steuersystem möchte ich noch folgende Aspekte erklärend hervorheben. Unser Staat funktioniert nach folgenden 3 Grundsätzen:

- Der Staatshaushalt muss in den Einnahmen und den Ausgaben mindestens ausgeglichen sein. Elevia darf keine Staatsschulden aufnehmen, damit nach Staatsschluss keine Folgekosten auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen.
- Der Staat muss gewährleisten, dass kein Bürger und kein Betrieb von Elevia nach Staatsschluss ohne eigenes Verschulden wirtschaftliche Verluste erleidet. Der Staat muss stark sein und Gewinne erwirtschaften, damit der Starke für den Schwachen eintreten kann.
- Jeder (Betrieb) muss nach seiner Wirtschaftskraft besteuert werden und unser Steuersystem muss so einfach verständlich sein, dass auch unsere jüngeren Bürger damit umgehen können.

**Dazu brauchen wir unsere Steuereinnahmen!**

Um diesen Grundsätzen gerecht zu werden und aufgrund der Erfahrungen, die andere Schulstaaten auf diesem Gebiet machen konnten, haben wir uns dazu entschieden, nicht den Gewinn sondern den Umsatz der Betriebe zu besteuern. Dieses Steuersystem wurde immer wieder seit Anfang des Jahres auf Betriebsleiterversammlungen publik gemacht.

Der bisherige Verlauf unseres Staates hat uns aber auch gezeigt, dass dieses Steuersystem bestimmte Betriebe begünstigt, andere jedoch stärker belastet. Dazu gehören Betriebe mit geringem Umsatz sowie Betriebe mit hohen Investitions- und Materialkosten. Dieses Ungleichgewicht soll durch eine flexible Besteuerung im Einzelfall ausgeglichen werden. Dies bedeutet: sorgfältig begründete Anträge auf Steuerermäßigung oder -erlass können ab sofort beim Finanzministerium in schriftlicher Form abgegeben werden. Nach Prüfung der Unterlagen entscheidet das Ministerium über eine Steuerminderung.

Darüber hinaus setzt sich meine Regierung zum Ziel die Staatsausgaben, insbesondere die Personalausgaben, sowie die Steuerbelastung für die Wirtschaftsbetriebe zu senken. Dazu wird in der nächsten Parlamentsitzung, die im Anschluss an diese Regierungserklärung stattfindet, ein Gesetzentwurf von meiner Regierung eingebracht. Dieser hat zum Inhalt:

- Senkung der Beamtengehälter von 2 EL auf 1EL;
- Senkung der einheitlichen Umsatzsteuer von 25% auf 20%;
- Prämien für einzelne Betriebe, die besonders originelle Geschäftsideen haben oder sich besonders für das Gemeinwohl einsetzen.

Dieses MEHR in den Taschen der überwiegenden Mehrheit der Staatsbürger dient dem Wohl aller!!!

Philip Hauber, Regierungschef von Elevia

**M 11**

**Staatshaushalt**

**I. Einnahmen**

<b>Startkapital pro Schüler / Lehrer</b>	2 DM x 840	<b>1.680,00 DM</b>
<b>Visagebühren für ausländische Besucher</b>	2 DM x 1000	<b>2.000,00 DM</b>
<b>Sponsorengelder</b>	zugesagt: 1200 DM	<b>1.200,00 DM</b>
<b>Verkauf des Programmhefts</b>	1 DM x 500	<b>500,00 DM</b>
<b>Steuern</b>	1. Tag: 914,00 DM 2. Tag: 2.368,50 DM 3. Tag: 2.047,50 DM	<b>5.330,00 DM</b>
<b>Gesamt:</b>		<b>10.710,00 DM</b>

**II. Ausgaben**

<b>Beamtengehälter:</b>		
- Außenministerium	2 EL/Std x 22 Pers. x 3 Tage	<b>528,00 DM</b>
- Innenministerium	2 EL/Std x 24 Pers. x 3 Tage	<b>576,00 DM</b>
- Arbeitsministerium	2 EL/Std x 08 Pers. x 3 Tage	<b>192,00 DM</b>
- Finanzministerium	2 EL/Std x 14 Pers. x 3 Tage	<b>336,00 DM</b>
- Wirtschaftsministerium	2 EL/Std x 20 Pers. x 3 Tage	<b>480,00 DM</b>
- Kulturministerium	2 EL/Std x 12 Pers. x 3 Tage	<b>288,00 DM</b>
- Sportministerium	2 EL/Std x 06 Pers. x 3 Tage	<b>144,00 DM</b>
- Umweltministerium	2 EL/Std x 84 Pers. x 3 Tage	<b>2.016,00 DM</b>
- Staatspräsident	2 EL/Std x 06 Pers. x 3 Tage	<b>144,00 DM</b>
- Infozentrale	2 EL/Std x 09 Pers. x 3 Tage	<b>216,00 DM</b>
<b>Richtergehälter:</b>	15 EL/Tag x 3 Pers. x 3 Tage	<b>135,00 DM</b>
<b>Ministergehälter:</b>	15 EL/Tag x 8 Pers. x 3 Tage	<b>360,00 DM</b>
<b>Regierungschef:</b>	15 EL/Tag x 1 Pers. x 3 Tage	<b>45,00 DM</b>
<b>Staatspräsident:</b>	15 EL/Tag x 8 Pers. x 3 Tage	<b>45,00 DM</b>
<b>Parlamentspräsident:</b>	15 EL/Tag x 8 Pers. x 3 Tage	<b>45,00 DM</b>
<b>Abgeordnetendiäten:</b>	2 EL / Sitz. x 32 Pers. x 3 Tage	<b>384,00 DM</b>
<b>Kulturretat:</b>	½ EL / > ½ h Aufführung / Pers. 1 EL / < ½ h Aufführung / Pers.	<b>400,00 DM</b>
<b>Geschirrmobil:</b>	Miete: 480,00 DM Geschirr: 250,00 DM	<b>730,00 DM</b>
<b>DRK:</b>	40 DM x 2 Pers. x 2 Tage	<b>160,00 DM</b>
<b>Stromkosten:</b>		<b>500,00 DM</b>
<b>Sonstiges:</b>		
- Geschenke	200,00 DM	
- Staatsessen	40,00 DM	
- Staatsbesuch	10,00 DM	
- Doku / Film	48,00 DM	
- Versicherung	100,00 DM	<b>398,00 DM</b>
<b>Gesamt:</b>		<b>8.130,00 DM</b>

*Clauß Peter Sajak*

## Der Bereich Kultur und Gesellschaft

*Dr. Clauß Peter Sajak, StR, ist Lehrer für Katholische Religionslehre, Deutsch und Philosophie am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn. Er unterrichtet auch das neu eingerichtete Seminarfach und betreut als Verbindungslehrer die Schülermitverantwortung.*

### 1. Einführung

#### Kultur und Gesellschaft

Auch wenn eine demokratische Verfassung, das Zusammenspiel von Parlament und Regierung sowie eine florierende Wirtschaft die unabdingbaren Voraussetzungen für einen funktionierenden Staat sind, so wird die Lebensqualität in diesem maßgeblich über die kulturellen Angebote und Möglichkeiten definiert. Das ist im „Schulstaat“ nicht anders als in der Wirklichkeit. Von den Projekttagen werden die meisten Bürger die Theateraufführungen, Kinobesuche, Konzerte, Sportveranstaltungen und Ausstellungen im Gedächtnis behalten. Das Leben im Staat wird entsprechend nach der Fülle wie auch nach der Qualität der Freizeitangebote gemessen werden. Entsprechend ist es wichtig, neben der zu erwartenden Vielzahl an Cafés, Bars und Restaurants auch kulturelle oder sportliche Angebote bieten zu können. Schließlich lebt der Mensch nicht nur „vom Brot allein“.

Neben diesem spielimmanenten Aspekt erfüllt das Kulturleben im Schulstaat eine zweite wichtige Funktion. Kulturelle Aktivitäten sind eine unverzichtbare Option für die Lehrer und Schüler, die dem wirtschaftlichen Treiben in den Unternehmen eher skeptisch gegenüberstehen. Gerade die im musischen und sportlichen Bereich begabten Bürger können durch die Gestaltung eines umfangreichen kulturellen Programms ihre Kreativität mit Engagement einbringen, ohne sich als Unternehmer oder Angestellte dem von ihnen kritisch bewerteten „kapitalistischen“ System andienen zu müssen.

Um den Künstlern ein Auskommen zu sichern, das ihnen zur Lebensgrundlage im Staat dienen kann, ist in unserem Fall für alle Künstler eine staatliche Alimentierung eingeführt worden. Allerdings wurden diese „Bezüge“ nicht täglich (wie bei den egyptischen Beamten), sondern nur in Verbindung mit durchgeführten Aufführungen ausbezahlt. Sportler finanzierten sich allein durch die Turniereinnahmen.

Ein dritter Aspekt ist die repräsentative Funktion der Kultur. Das Gelingen der Staatspräsentation an den Besuchertagen ist fundamental von einem vitalen Kulturleben abhängig. Das beginnt mit Chor und Orchester, die den Staatsakt mitgestalten, und reicht bis zu Kino-, Theater- und Sportprogramm, das die Besucher wahrnehmen wollen.

#### Recht

Zum Bereich der Kultur haben wir auch den Bereich der Rechtsprechung gezählt. Zum einen ist die Ausgestaltung eines rechtsstaatlichen Justizsystems eine bedeutende Leistung im Sinne einer politischen Kultur, zum anderen erfreuten sich die öffentlichen Sitzungen des Gerichtes in unserem Schulprojekt einer solch großen Beliebtheit, dass man sie durchaus als kulturelles Angebot verstehen kann.

#### Öffentlichkeitsarbeit

Für Kultur und Gesellschaft ist auf einer Metaebene auch die Gruppe Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Diese Arbeitsgruppe zeichnet für die Information der Schulöffentlichkeit (Schülerschaft, Lehrerkollegium, Schulleitung und Elternvertreter) wie auch für den Kontakt zur außerschulischen Öffentlichkeit (Lokalzeitung, Rundfunk, TV, Bürgermeisteramt, Stadtrat, Oberschulamt, Kultusministerium) verantwortlich. Auch die Akquise von finanzkräftigen Sponsoren aus der lokalen Wirtschaft sowie die Gestaltung eines Programms für die Tage der offenen Tür gehört zu den Aufgaben dieser Gruppe. Entsprechend liegt sowohl ein großer Teil der finanziellen Verantwortung wie auch der Schlüssel für die Wahrnehmung und Akzeptanz des Projektes in Schulöffentlichkeit wie Kommune in den Händen dieser Schüler und Lehrer.

### 2. Kommentar zu den Materialien

Die folgenden Materialien sollen helfen, das kulturelle Leben im Staat zu organisieren. Auch für den Bereich der Kultur gelten verschiedene Tipps und Tricks. Das bedeutet zu allererst, dass bereits in der frühen Planungsphase des Projektes eine Arbeitsgruppe „Kultur“ eingerichtet werden sollte, in

der ein betreuender Lehrer mit einer Gruppe engagierter Schüler eine langfristige Planung des Kultur- und Sportprogramms (und eventuell des Rechtssystems) angeht. Parallel dazu muss die Gruppe Öffentlichkeitsarbeit versuchen, die Schulgemeinde durch überzeugende Information und Präsentation von dem Projekt zu überzeugen. In einer späteren Phase, wenn das Projekt läuft, wird vor allem die Zusammenarbeit mit den örtlichen Medien und Politikern zu den Aufgaben dieser Gruppe gehören (M 1 – M 2).

Die Aufstellung der weiteren Materialien orientiert sich an der bisher verwendeten Gliederung: Am Anfang stehen die Materialien für die Einrichtung und Arbeit einer Kulturarbeitsgruppe (M 3 – M 6), dann folgt die Rechtsordnung für den juristischen Bereich (M 7), Materialien für den Staatsakt (M 8 – 10) und schließlich die wichtigsten Hilfsmittel der Gruppe Öffentlichkeitsarbeit (M 11 – 13).

Die Protokolle zu den Arbeitsgruppen „Kultur“ und „Öffentlichkeitsarbeit“ (M 3 und M 12) sollen beispielhaft zeigen, welche Themen und Aufgaben die Vorbereitungsgruppen zu leisten haben und in welcher Form diese Treffen zur Information aller festgehalten werden sollten. Es ist sinnvoll, einen Schriftführer für das Gesamtprojekt auszuwählen, bei dem alle Arbeitsgruppenprotokolle eingereicht werden und der diese vervielfältigt, sammelt und an Verantwortliche (betreuende Lehrer, Verbindungslehrer, Schulleitung) weiterleitet.

Drei Monate vor Beginn der Projektstage werden in allen Klassen Anmeldebögen für kulturelle Veranstaltungen ausgegeben, auf denen Schüler ihre geplanten Veranstaltungen anmelden sollen (M 4; vgl. auch M 14). Die Bögen sollten rechtzeitig (hier: 6 Wochen) vor den Projekttagen eingesammelt und von der Kulturgruppe ausgewertet werden. Als Ergebnis kann die Kulturgruppe dann einen Kulturkalender für die Projektstage vorlegen, in dem sie die verschiedenen Veranstaltungen koordiniert (M 5).

Eine große Bereicherung für das kulturelle wie gesellschaftliche Leben des Staates ist das regelmäßige Erscheinen einer Tageszeitung (M 6). Diese wird wie alle anderen Betriebe als Unternehmen geführt und finanziert sich aus Werbeeinnahmen und den Verkaufserlösen. Allerdings kann hier der Staat Subventionen vornehmen, schließlich geht es um ein Anliegen aller. So durfte im Rahmen unseres Projektes das Zeitungsteam die Kopierer der Schule kostenlos benutzen. Auch eine Senkung der Umsatzsteuer ist wie in der Realität möglich.

Die Rechtsprechung im Staat „Elevia“ wurde von einer vierköpfigen Kammer durchgeführt, dem je

ein Richter aus Unter-, Mittel- und Oberstufe sowie ein Vertreter des Kollegiums angehörten. Diese Gruppe wurde durch das Parlament nach Selbstvorschlag ausgewählt und bestätigt. Die Sammlung der „Allgemeinen Grundsätze der Rechtsprechung“, eine Art Verfahrensordnung, die von den Richtern im Vorfeld erarbeitet wurde (M 7), enthält die wichtigsten Grundprinzipien, auf deren Basis im Bereich der Judikative verhandelt und entschieden wurde.

Natürlich gehören zu einem Staatswesen auch identitätsstiftende Insignien und Symbole, wie etwa die Fahne (M 8), eine Nationalhymne (M 9), komponiert von einem Musikkollegen, und ein Staatspräsident als offizieller Repräsentant des Staates. Letzterer war besonders im Rahmen der Staatsakte, also der feierlichen Eröffnung des Staates, bei welcher der Schulschlüssel symbolisch aus den Händen der Schulleitung in die Hände des Präsidenten übergang, und bei der „Staatsschließung“ am letzten Tag gefordert: M 8 zeigt die Rede des Präsidenten anlässlich der Staatseröffnung.

Wie in den *Grundsätzlichen Überlegungen zum Projekt* erwähnt, ist das Gelingen der Projektstage auch von der Arbeit der Öffentlichkeitsgruppe abhängig. Wichtig ist hier, die Schulöffentlichkeit durch Werbeaktionen oder Rundschreiben (M 11) zu informieren. Das Plakat mit den „FAQs“ der Schulgemeinde, also den „Frequently Asked Questions“, wurde im Foyer, im Kopierraum und am Schwarzen Brett ausgehängt, sodass eine möglichst breite Schulöffentlichkeit erreicht werden konnte. Es findet sich in den *Grundsätzlichen Überlegungen* unter „Was ich schon immer über „Schule als Staat“ wissen wollte ...“ (M 6).

Zur Aufgabe dieser Gruppe gehörte auch Sponsorenakquise und der Kontakt mit interessierten Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. So hat die Kultusministerin einen Beitrag für das Programm verfasst, Bundestagsabgeordnete und Stadträte aller demokratischen Parteien konnten als Ehrengäste zum Staatsakt begrüßt werden. Verschiedene Banken und Dienstleister konnten als Sponsoren für die Tage der offenen Tür geworben werden. All dies setzt eine rege Korrespondenzfähigkeit voraus, als deren typisches Beispiel ein Anschreiben an Frau Dr. Schavan angefügt ist (M 13).

### 3. Materialübersicht

- M 1** Checkliste der Gruppe Öffentlichkeit / Dokumentation
- M 2** Checkliste der Gruppe Kultur
- M 3** Protokoll der Kultur-Arbeitsgruppe
- M 4** Anmeldebogen für Kulturveranstaltungen
- M 5** Endgültiges Kulturprogramm
- M 6** Ausgabe der „Elysia daily“
- M 7** Grundsätze der Rechtsprechung
- M 8** Flagge
- M 9** Hymne
- M 10** Rede des Präsidenten
- M 11** Info-Schreiben an das Kollegium
- M 12** Protokoll der Öffentlichkeitsarbeit-Gruppe
- M 13** Musterbrief an Förderer- und Sponsoren, hier: Die Kultusministerin
- M 14** Eindrücke vom kulturellen Leben im Staat Elevia

### 4. Materialien

#### M 1

#### *Gruppe Öffentlichkeit / Dokumentation*

- ⇒ Kompetente Mitarbeiter engagieren, die die Schülermasse über das Projekt umfassend informieren können!
- ⇒ Informationsfluss garantieren (Protokolle schreiben / weiterleiten)!
- ⇒ Sponsoren für Projekt und Programmheft suchen!
- ⇒ Rechtzeitige Einladung/Kontakt zu Ehrengästen (Bürgermeister, Stadträte, Landtags- und Bundestagsabgeordnete);
- ⇒ Programmheft erstellen und Kosten kalkulieren (Programmpreis mit dem Eintrittspreis für Besucher verrechnen!);
- ⇒ PR- Maßnahmen für das Projekt: Zeitungen und Rundfunk/Fernsehen einladen!
- ⇒ Internet-Homepage pflegen!
- ⇒ Mitarbeiter für die Dokumentation auswählen!
- ⇒ Überlegen, wie die Dokumentation gestaltet werden kann (Fotos, Video etc.)!
- ⇒ Ordner anlegen, in dem sämtliche Unterlagen gesammelt werden.

#### M 2

#### *Gruppe Kultur*

- ⇒ Den Bürgern deutlich machen, dass Kultur und Sport für die Attraktivität des Staates (v.a. für Besucher) wichtig sind => Schwerpunkt darf nicht allein auf Wirtschaftsbetrieben/Geldverdien liegen.
- ⇒ Lehrer motivieren, Kulturbeiträge mit Klassen einzustudieren!
- ⇒ Sportturniere (Olympiade, Fußballturnier o.ä.) organisieren!
- ⇒ Evtl. Subvention von Kulturbeiträgen (Gage an Künstler, z.B. 1 DM pro Aufführung);
- ⇒ Während der Durchführung des Projektes Kultur und Sport entsprechenden Stellenwert zumessen (Zeitplan, Räumlichkeiten, Kollisionen mit Parlamentssitzungen und Gerichtsverhandlungen) wenn möglich vermeiden)

## M 3

### *Protokoll der Kultur-Arbeitsgruppe*

#### Projekt Schule als Staat

#### *Gruppe Kultur/Sport*

#### Treffen vom: 20. 12. 1999

Anwesende Schüler und Lehrer: Bettina F., Anja B., Sonja B., Andrea F.-A.,  
Bettina M. , Patrick G., Pascal K., Anna B., Annette B., Pia B., Fr. S und Fr. R.  
Fehlende Personen: Philipp K.

1. Neubearbeitung des Lehrer- und Schülerbriefs, in dem zu kulturellem Engagement aufgefordert wird. (-> Andrea und Bettina)
2. Kulturbriefkasten muss gebastelt und gebaut werden (-> Pascal)
3. Kooperation mit Chor und Orchester muss aufgebaut werden (-> Bettina)
4. Nächstes Treffen: Donnerstag, 13. Januar 2000

Für das Protokoll: Pia B.

**M 4**

*Anmeldebogen für Kulturveranstaltungen*

**Freie Republik Elevia  
Ministerium für Kultur und Sport**

**Anmeldung einer kulturellen Veranstaltung in Elevia**

Teilnehmerzahl (gesamt):	
davon <b>keine</b> Bürger von Elevia:	
verantwortlicher Ansprechpartner:	
Klasse:	
Häufigkeit der Aufführung während des Projekts (Do – Fr – Sa)	
Häufigkeit der Aufführung pro Tag:	
Dauer der Aufführung:	
Zeitpunkt der Aufführung (Wunsch)	
Ort der Aufführung (Wunsch)	
Titel der Vorführung:	

Wir bitten um eurer Verständnis, dass ihr schon wieder ein Formular von uns bekommt, aber wir brauchen noch genauere Angaben von euch für unsere Planung und unsere Finanzkalkulation.

Danke für eure Mithilfe!!!

**Euer Sport- und Kulturteam**

Abgabetermin: 15.5.2000 – SMV-Briefkasten

**M 5**

**Endgültiges Kulturprogramm**

*Der Elevia-Kulturkalender*

**Donnerstag**

Uhrzeit	Titel / Art	Verantwortlich	Dauer	Ort
10.00	Hockeymanie	Daniel B., Kl. 10c	2 h	Betonplatz
11.00	Jazzdance	Fr. L., Kl. 11d	1 h	Bühne außen
12.00	The Canterville Ghost	Fr. E., Kl. 6	30 min	Aula

**Freitag**

Uhrzeit	Titel / Art	Verantwortlich	Dauer	Ort
10.00 – 12.00	Hockeymanie	Daniel B., Kl. 10c	2 h	Betonplatz
11.00 – 11.20	Der Kobold in der Mühle	Fr. S., Kl. 5e	20 min	Theaterraum
12.00 – 12.15	Gogol – Mogol	Fr. S., Kl. 9b	10 min	Bühne innen
12.30 – 12.45	English Sketches	Fr. H./Fr. F., 7c	10 min	214/215
13.00 – 15.00	Miss/Mr. Elevia-Wahl	Pia B.	2 h	Brunnen außen
	Jazz-Dance	Fr. L., 11d	30 min	Bühne außen
	Teletubbies	Urte D., 10c	20 min	Bühne außen
	Tanz-Aufführung	Anna H., 5e	15 min	Bühne außen
	Rumba-/Jive-Formation	Stephan B., Nadine R., 10c	10 min	Bühne außen
	Jazz for Fun	Hr. B.	20 min	Bühne außen
15.00 – 17.00	Hockeymania	Daniel B., 10c	2 h	Betonplatz
17.00 – 18.00	Come together	Fr. G., 8a	1 h	Bühne innen

**Samstag**

Uhrzeit	Titel / Art	Verantwortlich	Dauer	Ort
10.30 – 10.45	English Sketches	Fr. H./Fr. F.	10 min	214/215
11.00 – 11.20	Staatsakt: Eröffnung	Fr. H./Hr. W., Hr. H. Chor und beide Orchester	1 h	Hof
12.00 – 13.00	Basketball-Turnier	Tobias H., Kl. 12	2 h	Hartplatz
12.00 – 14.00	Hockeymania	Daniel B., 10c	2 h	Betonplatz
13.30 – 13.50	Der Kobold in der Mühle	Fr. S., Kl. 5.	20 min	001
14.00 - 14.15	English Sketches	Fr. H./Fr. F., 7c	15 min	001
14.15 – 15.15	Schultheater	Hr Dr. S./Anja L.	1 h	001
14.15 – 14.30	Balken über alles	Marielle S., Kl. 10c	15 min	Turnhalle
14.35 – 14.45	Teletubbies	Urte D., Kl. 10c	10 min	Turnhalle
14.45 – 14.50	Tanz	Anna H./Emilia S, 5e.	5 min	Turnhalle
14.55 – 15.00	Rumba-/Jiveformation	Stephan B, Nadine R., 10c	20 min	Turnhalle
15.30 – 16.00	The Canterville Ghost	Fr. E, Kl. 6	30 min	001
16.30 – 17.30	So schön war die Zeit	Hr. Dr. J., Heiko K., 12	1 h	001
17.00 – 18.00	Come together	Fr. G., Kl. 8a	1 h	Fußballplatz
18.00 – 18.30	Staatsakt „Staatsschließung“	Fr. H./Hr. W., Hr. H. Chor und beide Orchester	30 min	Hof

***Viel Vergnügen!***

**M 6**

*Ausgabe der „Eylsia daily“-Zeitung*



**M 7**

***Grundsätze der Rechtsprechung***

**M 8**

*Flagge des Staates Elevia*



**M 9**

*Hymne des Staates Elevia (Text und Melodie: Alexander Bertsch)*

**M 10*****Rede des Staatspräsidenten beim Staatsakt***

Sehr geehrte Gäste, liebe Elevationer,

seit nunmehr drei Tagen blüht und gedeiht unser Staat ELEVIA. Nach der anfänglichen Hektik und Aufregung bei Planung und Aufbau ist nun eine gewisse Routine eingekehrt, allerdings eine sehr geschäftige Routine. Wer am gestrigen Tag oder heute Morgen über die Außenanlage oder über die Flure unserer Schule geschlendert ist, der wird sicher von der Vielfalt auf unserem Jahrmarkt der Kreativität begeistert gewesen sein.

Was hat unser Staat nicht alles zu bieten:

Cafés und Bars, Restaurants und Waffelstände, Tanzschulen und Diskotheken.

Da gibt es amerikanisches Fast-Food-Essen, italienische Pizzerien und sogar ein russisches Café.

Überhaupt hat sich in den Grenzen unseres Staates eine Dienstleistungskultur etabliert, von der andere Staaten nur träumen können. Zu diesem Angebot gehört auch eine große Auswahl von kulturellen Veranstaltungen, so z. B. verschiedene Theateraufführungen, Konzerte, Tanzveranstaltungen, Lesungen und sogar eine Modenschau.

Besonders den Aktiven im Kulturbereich will ich an dieser Stelle ausdrücklich meinen Dank aussprechen. Gerade sie bemühen sich, die Sache der Kunst um ihrer selbst Willen zu betreiben.

Am heutigen Tag freue ich mich besonders über unsere vielen Gäste. Ich begrüße ganz herzlich unsere Eltern und Freunde sowie die Förderer, die zum einen einzelne Betriebe direkt unterstützt haben, zum anderen dem Staat insgesamt unter die Arme gegriffen haben. Hier sind vor allem die ZEAG, die Kreissparkasse Heilbronn, das Autohaus Assenheimer-Mulfinger und AUDI Neckarsulm zu erwähnen.

Des weiteren möchte ich unsere Ehrengäste begrüßen: den Bundestagsabgeordneten Dr. Thomas Strobl, die Landtagsabgeordneten aus Heilbronn und Umgebung, die Mitglieder des Heilbronner Stadtrats, aber auch die ehemaligen Lehrer und Schüler.

Ich hoffe, gerade Sie bekommen wenigstens einen kleinen Eindruck von der Fülle der demokratischen Prozesse, die in unserem Projekt ganz praktisch gelebt und umgesetzt werden. Wir haben ein äußerst effizient arbeitendes Parlament, eine unabhängige Rechtsprechung und eine Vielzahl von engagierten Gremien in der Exekutive, wie zum Beispiel den Zoll, die Polizei, den Wirtschafts- und Umweltkontrolldienst.

Ich denke, wir können an dieser Stelle bereits das Fazit ziehen, dass wir Bürgerinnen und Bürger von ELEVIA in diesen Tagen alle viel gelernt haben. Wir haben ganz neue wertvolle Erfahrungen aus den Bereichen der Politik und Wirtschaft gemacht. Erfahrungen, die so in einem rein theoretischen Unterricht nicht zu vermitteln gewesen wären. Deshalb glaube ich, dass unabhängig von wirtschaftlichen und finanziellen Gewinnen der Betriebe unser Staat ein voller Erfolg ist.

Allen, die durch ihr Engagement dazu beigetragen haben, sage ich herzlich Dank!

Es lebe ELEVIA !

**M 11**

*Infoschreiben an das Kollegium*

## M 12

### *Protokoll der Öffentlichkeitsarbeit-Gruppe*

#### Projekt Schule als Staat

##### *Gruppe Öffentlichkeitsarbeit*

###### Treffen vom: 14. Januar 2001

Anwesende Schüler u. Lehrer: Diana S., Jenny S., Christine M., Lina S. Viktoria L. Dr. S.

Fehlende Personen: Teresa G., Nicole M.

1. Rückblick: Stimmung in der Schule
2. Weitere Aufgaben:
  - a. „Verfassungshappening“ soll als Zusammenfassung im Mai veranstaltet werden.
  - b. Handzettel mit den wichtigsten Stichworten zur Verfassung wurden von Diana vorgestellt und einstimmig angenommen. Sie sollen im März verteilt werden.
  - c. Handzettel werden am 28. Januar 2000 über die Klassenlehrer ausgegeben.  
Tippen: Jenny, Kopieren: Diana
  - d. Briefkopf wird von Jenny erstellt
  - e. Mittwoch, 19. Januar 2000, große Pause: Happening. Filmdokumentation wird an Externe delegiert:  
Helga D. und Christian S.
3. Nächstes Treffen: Donnerstag, 27. Januar 2001, 13.05 Uhr

Für das Protokoll: Christine M

**M 13**

*Musterbrief an Förderer, hier Kultusministerin Dr. Schavan*

**M 14**

*Eindrücke vom kulturellen Leben in Elevia*

**Blechbläserquartett – Jazztanz – Modenschau**

*Hans-Ulrich Dollmann*

## **Ein Blick zurück: Wie ein Schulleiter „Schule als Staat“ erlebt hat**

*Hans-Ulrich Dollmann, OStD, ist seit 1988 Schulleiter des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums in Heilbronn. Während des Projektes „Schule als Staat“ übergab er die Hausmacht an den elevianischen Staatspräsidenten...*

Schuljahresende: Schul- und Sportfeste, Aktions- und Projektstage werden landesweit in den Schulen veranstaltet, um die letzten Tage vor den Ferien sinnvoll zu gestalten oder ein besonderes Erlebnis für die gesamte Schulgemeinde zu schaffen. Meistens steht der Spaß- und Unterhaltungswert dabei im Vordergrund, daran werden diese Veranstaltungen schließlich auch gemessen.

„Schule als Staat“ hat dabei von vornherein eine andere Dimension und Dignität. Demokratie und Staatsaufbau erleben, zeigt einen Anspruch auf Nachhaltigkeit, einen Lerneffekt für den Einzelnen und Auswirkungen auf das Gemeinwesen Schule. Die Frage lautet also ganz einfach: Was hat das Ganze denn gebracht ?

Um es gleich vorweg zu sagen: Es war wirklich eine ganz großartige Veranstaltung, die mit jedem Tag an Spannung und Lebendigkeit gewonnen hat, vielleicht auch deshalb, weil sich im Laufe der Zeit immer mehr Besucher einstellten, die den Staat zu einem richtigen Fest werden ließen.

Ganz besonders beeindruckend war dabei, dass die Schüler in vielen Bereichen eine große Selbstständigkeit an den Tag legten und die Hilfestellung von Seiten der Lehrer oft gar nicht so stark sichtbar wurde, obwohl auf diese in vielen Bereichen natürlich nicht verzichtet werden konnte. Viele Schüler haben, weil sie eben gefordert waren, Höchstleistungen gebracht und große Arbeitspenssen verrichtet. Von der oft so typischen Schülermentalität, dass man sich so schnell wie möglich aus dem Staube macht, wenn etwas in Arbeit ausartet, war vielerorts nichts mehr zu spüren. Die Arbeit, die getan werden musste, wurde eben erledigt.

Am meisten hat mich jedoch die Ernsthaftigkeit beeindruckt, mit der Staat „gespielt“ wurde. Das begann schon mit der Kleiderordnung, die sich die Offiziellen des Staates gegeben hatten. Kleider machen nicht Leute, aber sie vermögen doch die Würde eines Amtes zum Ausdruck zu bringen. Auch die Form, in der Parlamentssitzungen und Gerichtsverhandlungen abgehalten wurden, gab

diesen Veranstaltungen von vornherein den notwendigen ernsthaften Rahmen.

Erfreulich natürlich auch der Eifer, mit dem in den einzelnen Projekten zu Werke gegangen wurde. Die Schüler mussten sich hier schon als Glied in einer Kette wähen, in der sie ihre Rolle zu spielen hatten. Da ging es größtenteils nicht primär ums Geldverdienen, ein Kritikpunkt, der sich ja bis zum Schluss nicht ganz ausmerzen ließ. Aber hierin war das Projekt eben auch Spiegelbild der Wirklichkeit. Besonders erfolgreich waren die Gruppen oder Betriebe, die den ‚richtigen Riecher‘ hatten. Bei den einen zahlte sich das in klingender Münze aus, die anderen hatten den entsprechenden Zulauf und die ideelle Anerkennung.

Überhaupt war für viele der Einblick in die Funktionsweise von Wirtschaft sehr wertvoll. Um überleben zu können, musste etwas umgesetzt werden. Man nahm aber das Geld eben nicht nur ein, sondern hatte noch die Buchhaltung zu führen, Steuern zu entrichten und Gehälter auszuzahlen. Das war gerade für die Jüngeren eine sehr lehrreiche Erfahrung.

Besonders positiv war auch das enge Zusammenwirken von Schülern der verschiedensten Klassenstufen. Viele neue Schulbekanntschaften konnten dabei geschlossen werden, sicherlich auch als Grundlage für einen neuen Gemeinschaftsgeist, ein neues Wir-Gefühl, das nicht ohne Nachwirkung auf den kommenden Schulalltag bleiben wird.

Im Verlauf der Vorbereitungen wurde die Gruppe an Aktiven zwangsläufig immer größer. Am Ende konnten viele Schüler stolz sein, etwas Besonderes, Großartiges für die Schule auf die Beine gestellt zu haben und dies auch zu einem anerkannten Erfolg werden zu lassen. Hier ist auch Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl entstanden wie auch die Gewissheit, sich nicht nur in der Schule, sondern auch im praktischen Leben sinnvoll und erfolgreich einbringen zu können.

Deshalb hat sich diese große Anstrengung auch gelohnt: Die Aktiven haben etwas für das Leben

gelernt. Und welchen Stellenwert dies hatte, zeigt ihr Bestreben, eine entsprechende Bemerkung im Zeugnis dafür zu erhalten.

„Schule als Staat“ war ein langer Weg zu einem schließlich großen Ziel, das, aus dem Blickwinkel des Schulleiters betrachtet, gleichzeitig ein lohnendes gewesen ist.

*Norbert Giegling*

## **Beobachtungen eines SMV-Lehrers: Manöverkritik**

*Norbert Giegling, OStR, ist Lehrer für Deutsch und Sport und war langjähriger Verbindungslehrer am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn.*

Aus dem Blickwinkel eines langjährigen Verbindungslehrers (1980 bis 1982 und 1990 bis 2000) stellte das Großprojekt „Schule als Staat“ - im Vergleich zu bekannten Projektformen wie Jahresabschluss-, Sport-, Jubiläums-, Begrüßungsfesten, Turnieren, Katastrophen-Hilfssammlungen, Schulbällen, Schuldiscos, Weihnachts- und Kulturcafés an Schulleitung, Kollegium und Schülerschaft besondere Anforderungen.

### **Erfahrungen mit Demokratie an der Basis**

Außerunterrichtliche Aktivitäten verlangen die Erarbeitung inhaltlicher Aufgabenstellungen, Organisationsvermögen, Teamarbeit und Ausdauer. Das Projekt „Schule als Staat“ stellt darüber hinaus in hohem Maße Anforderungen an soziale Kompetenz, Kommunikationsfähigkeit, Geduld, Durchhaltevermögen, Frustrationstoleranz und Konfliktlösungsstrategien.

Im Rahmen des Projektes galt es, möglichst viele Entscheidungen basisdemokratisch von Schülergruppen entwickeln zu lassen: Entscheidungsprozesse wurden von Schüler initiiert, vorangetrieben, an andere Projektgruppen weitergereicht, dem Plenum vorgestellt, korrigiert und in einen optimierten Prozess eingearbeitet, abgeschlossen und dokumentiert.

Bei einem solchen Großprojekt wird Selbstständigkeit und Initiative von Schülern zum Programm erhoben, was dazu führte:

Schüler erleben den Organisationsalltag von Lehrern am eigenen Leib - Lehrer begleiten Schüler bei diesem Abenteuer in ihren selbstgewählten Umwegen, Abwegen, Irrwegen. Lehrer erleben in komprimiertester Form das Erfahrungsspektrum von jungen Menschen und finden sich in der Rolle wieder, Schüler in Sackgassen laufen lassen zu müssen, sie herausholen zu sollen und sie mit neuem Mut auf die weitere Suche nach Selbst- und Welterfahrung entlassen zu dürfen.

Repräsentative Beispiele für die auf allen Seiten erlebten Wechselbäder der Gefühle bieten

- die Regierungsarbeit in der Vorbereitungsphase, die über langwierige Debatten zu umsetzungsfähigen Lösungen führte: Die begleitenden Lehrer durften sich in Geduld und Langmut üben und sich immer wieder bewusst werden, dass schließlich der Weg das Ziel sei. Gleichzeitig galt es, das Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.
- das Missverhältnis zwischen Aufwand und politischem Ertrag der Vorbereitungsgruppe im Wahlkampf bzw. bei der Parlaments- und Regierungswahl: Eine hochmotivierte Schülergruppe engagierte sich bei der Ausarbeitung der Staatsverfassung, beim Wettbewerb um Staatshymne, Staatsname, Staatswährung, bei der Wahlvorbereitung, bei Unternehmensgründungen. Im Vertrauen auf die Überzeugungskraft ihrer bisher geleisteten Arbeit stellten sie sich den Wählerinnen und Wählern von Elexia zur Wahl und mussten die Erfahrung machen, dass der adressatenbezogene Wahlkampf, der den Wähler hofiert mit Pausenhofbeschallung, uniformierten Wahlkämpfern, Wahlgeschenken und Entertainment von Erfolg gekrönt war - während der vernunftbezogene Wahlkampf, der auf Inhalte und Programm setzte, nicht in entsprechenden Wahlergebnissen gewürdigt wurde.

Als Verbindungslehrer - mehr noch als Deutschlehrer - galt es auszuhalten, dass vermittelte und praktizierte Werte nicht den ihnen gebührenden Stellenwert fanden. Auf Inhalte und Überzeugungskraft konnten sich die Schüler nicht verlassen - die besseren Menschenfänger, die talentierteren Entertainer, die eloquenteren Lautsprecher machten das Rennen. Schüler haben sich auf Inhalte ihres Deutsch-, Gemeinschaftskunde-, Religions- und Ethikunterrichts verlassen und schmerzlich erkannt, „...was die Welt im Innersten zusammenhält“ (Goethe, Faust I).

## Wenn man unerbittlich kritisieren möchte ...

Ein Betrachter, der sich ausschließlich auf Kritik konzentriert, könnte festhalten:

- Auf Schüler- und Lehrerseite traten allgemeine Erschöpfungszustände auf.
- Die selbstregulierenden Kräfte, die während des Projektes sich z.B. als Kontrolldienst für Ordnung und Einhaltung selbstbestimmter Regeln (Sauberkeit, Lärmvermeidung) verantwortlich fühlten, können ihren Vorbildcharakter nicht unmittelbar auf das Leben nach den Projekttagen übertragen.
- Drei Tage lang wurden schulische Konflikte von einem Schulgerichtshof unter Schülervorsitz verhandelt und mit Autoritätsanspruch geklärt, außerunterrichtliches Leben von einem Schulparlament bestimmt und geregelt. Der direkte und unmittelbare Transfer in den Schulalltag - die Institutionalisierung dieser beiden „Staatsorgane“ - kann nicht geleistet werden, was bei dem aufgebrauchten Aufwand an Kraft und Zeit erwünscht sein könnte.
- Der basisdemokratischen Ausrichtung gemäß folgte eine stärkere Orientierung an realen gesellschaftlichen Verhältnissen: Lehrer wünschten sich mehr Kultur und Geist, Schüler begriffen, dass Geld mit Pizza zu machen ist: „Essen muss jeder - denken nicht!“
- Schüler erlebten sich als Gefangene des Wirtschaftslebens: Zeit für die rezeptive Teilhabe an Kultur und Politik gab es aufgrund von Wirtschaftszwängen und Profitstreben kaum.
- Eine unmittelbare Weltverbesserung fand nicht statt.

## Gedanken eines unverbesserten Optimisten ...

Ausgesprochen gelungen schien dagegen das Gerichtswesen im schulischen Zusammenleben:

- Die Bürger von Elevelia konnten in der Transparenz von Konfliktlösungen, in der unmittelbaren Nachvollziehbarkeit des Gerichtsverfahrens, im Aufgreifen realer Konflikte, die einer sofortigen Lösung bedurften, in der Verbindlichkeit des Verfahrens und des Monopols des Urteilrechtes die abstrakte Dimension von Gerechtigkeit sinnlich und konkret erleben. Von welchem Interesse diese Transparenz der Gerichtsbarkeit war, zeigte sich regelmäßig an den hohen „Zuschauerquoten“.
- Die Zeitnähe von „Vergehen“ und „Ahnung“, von Brechen der Regeln und Sanktionierung des Regelbruchs trug zu dieser Transparenz bei, stiftete Vertrauen in die Regelbar-

keit von Konflikten und verdeutlichte die Notwendigkeit, Regeln einzuhalten, da bei Nichtbeachtung die Sanktion auf dem Fuße folgte.

- Die Handlungskompetenz auf Seiten der Schüler, die Einordnung auch von Lehrern unter die Gerichtsbarkeit - ausgeübt von Schülern - bedeutete nicht nur die Umkehr der üblichen Rollenzuweisungen, sondern verpflichtete die Schüler zu Eigenverantwortung und Selbstbestimmung - immer auf der Ebene, sich dem Volk von Elevelia und der veröffentlichten Meinung in der „Elevelia daily“ stellen zu müssen.

Um diesen positiven Kreislauf zu verdeutlichen, zwei Beispiele:

- Ein Nahrungsmittelbetrieb wurde nach Anzeigen durch den Wirtschaftskontrolldienst symbolisch bestraft wegen fortgesetzt unzureichender Hygiene.
- Im Streit um ein Bühnenbild zwischen Kollegen wurde erfolgreich in einem Vergleich vermittelt, auf die Hierarchie Lehrer - Schüler wurde in der während der Durchführung des Projektes zugeteilten Rollendefinition nicht Rücksicht genommen. Lehrer hatten sich als „Delinquenten“ vor den kritischen Augen der Schüler als „Gesetzeshüter“ zu verantworten.

Das gesamte Projekt wurde prozessorientiert durchgeführt und ging damit über die reine Ergebnisorientierung hinaus: Der Weg war das Ziel! Aber selbstverständlich war auch das Ankommen das Ziel. Eine engagierte Schülerelite gewann einen großen, intensiven Erfahrungszuwachs in intellektueller, emotionaler und sozialer Hinsicht. Die Zusammenarbeit mit außerschulischen Institutionen und Unternehmen - örtliche Kreissparkasse, Industrie- und Handelskammer, Jugendgemeinderat Heilbronn - gab Schülern innerhalb ihrer Rollen die Bestätigung, ernst genommen zu werden und als gleichberechtigte Geschäftspartner Verantwortung tragen zu dürfen und zu können.

## Am Rande bemerkt

Innerhalb des Drei-Tage-Events konnten Staatsbürger und Staatsgäste in einer kulturellen „Randzone“ der Schule ein Alternativprojekt erleben, erfüllen, ertasten, erhören.

Unter der Leitung weniger Lehrer fanden sich Schüler zusammen, um einen Ruhepol, eine „Auszeit“, einen Meditationsort, eine Rückzugsmöglichkeit anzubieten. Phantasie Reisen, „Dada - Filme“, „Unsinn - Sinn - Tiefsinn - Gedichte“, Aphorismen, Installationen, Skulpturen, Malerei, Musik, Gespräche entführten den Besucher aus den Wirtschafts-, Konsum- und Politikzwängen in das zwecklose Reich der Träume und Poesie.

Ich bedauere als Verbindungslehrer, als Deutschlehrer, ich bedaure als Menschenfreund, dass dieser Bereich sozialer und emotionaler Kompetenz, diese sinnstiftende Facette menschlichen Lebens eine zu geringe Aufmerksamkeit erfahren hat.

## **Was bleibt?**

... das erhebende Gefühl auf allen Seiten, nach einem Jahr Teamarbeit ein großartiges Projekt verwirklicht zu haben;

... die Anerkennung der hohen Professionalität einer Schülerelite;

... die Frage, inwieweit gemeinsam Erlebtes den zukünftigen Schulalltag und Schulgeist bestimmt.

Aber auch:

... die Erkenntnis, dass Schüler, die sich erfolgreich für das Projekt engagiert haben und sich im Wissen um ihre Arbeit im folgenden Schuljahr als Schülersprecher zur Wahl stellten, nicht gewählt wurden. Herausragende Einzelleistungen wurden von der Schülervollversammlung nicht gewürdigt.

Auf Schüler- wie auf Lehrerseite mussten Rollen neu gefunden und abgegrenzt werden, auf dem Grat zwischen „Arbeit um des Projektes Willen“ und „Engagement um der Selbstdarstellung Willen“ durften alle balancieren.

Die anfänglichen Bedenken auf allen Seiten, sich mit dem Projekt zu übernehmen, wurden durch die Praxis, durch Willens- und Kraftanstrengung widerlegt. Schüler waren die Hauptakteure - wir Lehrer wussten, wenn etwas schief geht, wird dies auf uns zurückfallen.

Wir können aufatmen, der errungene Erfolg gehört allen.



*Katja Fiedler / Stefanie Kaiser / Lisette Keller*

## Schülerbeobachtungen: Das Projekt „Schule als Staat“

*Katja Fiedler, Stefanie Kaiser und Lisette Keller sind Schülerinnen des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums Heilbronn. Sie besuchten zum Zeitpunkt des Projekts die 10. Klasse.*

Vom 19. – 22. Juli 2000 verwandelte sich unsere Schule in den Staat „Elevia“. Die Idee für dieses Projekt hatte die SMV im Herbst 1999. Schon bald war das Grundgerüst des Staates fertiggestellt sowie Staatsflagge, Hymne und Namen des Geldes festgelegt. Die zur Wahl stehenden Parteien warben um die Gunst der Schüler.

Für alle die Schüler, die nicht schon vorher in Arbeitsgemeinschaften engagiert waren, begann das Projekt im März 2000 mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen und der Aufforderung Betriebe zu gründen. Von diesem Zeitpunkt an waren nicht alle, aber doch viele Schüler eifrig dabei ihre Gedanken und Ideen in den Staat mitzubringen. Das Ergebnis waren ca. 70 Betriebe, die von den Schülern selbst organisiert werden mussten. Dazu gehörten die Erstellung von Mitarbeiterlisten und die Kalkulation von Einnahmen und Ausgaben. Nachdem all diese Vorbereitungen getroffen waren, konnte das Projekt „Schule als Staat“ beginnen.

Der erste Tag diente zum Aufbau und zur Einrichtung der Betriebe. Die Schüler ließen ihrer Phantasie freien Lauf und gestalteten die sonst so langweilig wirkenden Klassenzimmer sowie das restliche Schulgebäude in wenigen Stunden zu einem ansehnlichen Staat um. Das Treppenhaus und die Gänge wurden mit zahlreichen Werbeplakaten der Betriebe tapeziert. Das große Engagement aller Beteiligten zeigte, wie viel uns allen daran lag, dass aus dem Staat „Elevia“ ein gelungenes Projekt wird.

Der zweite Tag war als Probedurchlauf gedacht. Er begann mit der feierlichen Eröffnung des Staates und der Schlüsselübergabe durch unseren Direktor Herrn Dollmann an den Staatspräsidenten Tobias Hartmann. Diese Geste demonstrierte das große Vertrauen, das Herr Dollmann gegenüber den für das Projekt verantwortlichen Schülern hatte. Danach nahmen die Betriebe ihre Arbeit auf und konnten schon bald ihre ersten Einnahmen verzeichnen. Des weiteren diente dieser Tag als Generalprobe für die Tanz- und Kulturveranstaltungen.

Viele Unternehmen mussten am Ende des Tages einsehen, dass es gar nicht so einfach war, einen Betrieb erfolgreich zu führen. Man nahm sich deshalb vor, an den folgenden Tagen einige Dinge besser zu machen, zumal am dritten und vierten Tag die Tore für die Besucher geöffnet wurden.

Jeder Besucher musste an den beiden Öffnungstagen 10 DM umtauschen, als Gegenleistung erhielt er ein „Einreisevisum“ sowie 8 Ellyten. Dieses Umtauschsystem führte allerdings zu so mancher Besucherbeschwerde. Doch an diesen beiden Tagen wurde den Gästen auch einiges geboten. So sorgten an den Vormittagen die vielen Sportturniere für Unterhaltung und an den Nachmittagen begeisterten die Tanz- und Theatervorführungen sowie eine Modenschau die Zuschauer. Außerdem bemühten sich die Besitzer zahlreicher gemütlicher Cafés und Restaurants um das leibliche Wohl der Besucher. Trotz der vielen Anwesenden kämpften einige Unternehmen ums Überleben. Ursache hierfür war die hohe Umsatzsteuer von 25%, falsche Kalkulationen und der Konkurrenzkampf unter den Betrieben. Dennoch gab es Unternehmen, vor allem im Gastronomiebereich, die große wirtschaftliche Erfolge erzielten. Auch die Beamten mussten sich nicht mit Existenzproblemen auseinandersetzen, weil sie ihr Gehalt vom Staat bekamen. Da aber die Regierung und das Parlament durch ihre ständigen Sitzungen flexibel und schnell auf die verschiedenen organisatorischen wie wirtschaftlichen Probleme reagieren konnten - so wurde zum Beispiel die hohe Einkommensteuer am dritten Tag gesenkt - konnten die beiden öffentlichen Tage durchaus zur Zufriedenheit der meisten Bürger von Elevia ablaufen.

Alles in allem können wir auf ein gelungenes Projekt zurückblicken, bei dem die Lehrer und wir Schüler uns näher gekommen sind. Auch hatten wir die Gelegenheit unsere Ideen und Gedanken zu verwirklichen und selbstständig mit anderen Schülern etwas auf die Beine zu stellen. Des Weiteren konnten wir Erfahrungen im Umgang mit Finanzen und deren Kalkulationen sammeln und erhielten einen Einblick ins Berufsleben.

Abschließend können wir sagen, dass uns das Projekt „Schule als Staat“ trotz der Arbeit viel Spaß bereitet hat und es ein toller Abschluss des Schuljahres 1999/2000 war.

# Pressestimmen



*Tobias Hartmann*

## Der Staatspräsident blickt zurück

*Tobias Hartmann war bis zu seinem Abitur im Sommer 2001 Schüler des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums Heilbronn. Er wurde im Rahmen der elevianischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 29. März 2000 zum Präsident des Staates Elevia gewählt.*

Blicke ich auf meine viermonatige Amtszeit als Präsident von Elevia zurück, so erinnere ich mich vor allem positiver Dinge. Es hat großen Spaß gemacht, mit Stufenkameraden wie auch mit jüngeren Mitschülern gemeinsam auf die Gestaltung und Präsentation unseres Staates hinzuarbeiten.

Voraussetzung war allerdings von Anfang an, sich ganz auf das Projekt „Schule als Staat“ einzulassen und sich persönlich von der Idee des Planspiels faszinieren zu lassen. Auch wenn der Arbeitsaufwand im Laufe der Wochen und Monate immer größer wurde, so stieg doch auch das Maß an Freude und Begeisterung, mit der sich vor allem in der Vorbereitungsgruppe Schüler wie Lehrer der Sache des Projektes widmeten. Dabei darf an dieser Stelle aber nicht vergessen werden, dass gerade ohne das ungeheuer zeitraubende Engagement dieser Experten-Gruppe – die Planung hat sich schließlich über ein ganzes Schuljahr hingezogen – die Präsentation am Ende des Schuljahrs niemals möglich gewesen wäre.

Die Aufgaben des Präsidentenamtes waren vielseitig: Neben den „klassischen“ Tätigkeiten, wie Staatsempfänge geben, Reden halten oder Sportturniere besuchen, waren es vor allem die vielen menschlichen Begegnungen im Alltag, die dem Amt die „Würze“ gaben. Auch die Zusammenarbeit mit lokalen Wirtschaftsunternehmen und die interessanten Diskussionen mit den „echten“ Politikern, die während der öffentlichen Tage meine Gäste waren, trugen zu meinen positiven Erfahrungen bei. So konnte ich z. B. einen örtlichen Auto-Händler einer schwäbischen Nobelmarke überreden, uns eine Limousine für Staatsbesuche zur Verfügung zu stellen.

Ich denke, alle, die mit mir in diesen Projekt engagiert waren, können mir zustimmen, wenn ich das Fazit ziehe, dass wir alle von den vielfältigen Erfahrungen dieser Tage profitiert haben. Gerade mit Blick auf die stressige Abiturzeit steht für mich fest, dass ich während unseres Projektes mehr und nachhaltiger für das Leben gelernt habe als während der Abiturvorbereitung.



Eröffnung des Staates Elevia:  
Der elevianische Staatspräsident Tobias Hartmann erhält von Schulleiter Hans-Ulrich Dollmann symbolisch den Schulschlüssel ausgehändigt.



*Klaus Karnetzky*

## **Elevia, ein Superstaat? – Reflexion eines Parlamentariers**

*Klaus Karnetzky ist Schüler am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn. Er besuchte zur Zeit des Projekts die 11. Klasse.*

Während dieses Projekts war ich Abgeordneter im Parlament und Beamter des Wirtschaftskontrolldienstes.

Am Anfang hatte ich allerdings keine große Lust an einem Projekt mitzuarbeiten, das mich dazu zwingen sollte, auch nachmittags immer in der Schule zu sein. Erst als die Fünftklässler, die ich als Pate betreute, auf die Idee kamen eine Partei zu gründen, wurde ich etwas aktiver. Wir gründeten die P.F.U.T. (Partei für Umwelt und Tiere) und ich wurde Präsidentschafts- und Spitzenkandidat unserer kleinen Ökopartei. Da aber unsere Wahlziele, zu denen hauptsächlich Umweltschutz gehörte, in einem Betonbunker von Schule bei den Wählern nicht all zu gut ankamen und wir als „Zwergpartei“ nur einen kleinen Wahlkampf mit einigen Plakaten und mehreren persönlichen Gesprächen führten, wurde nur ich von unserer Partei ins Parlament gewählt.

Motiviert durch diesen Einzug ins Parlament, begann mein Interesse an diesem Projekt nun kontinuierlich zu steigen. Die nächste Hürde war die Jobsuche. Dies war jedoch keine besonders hohe, da man nach sieben Jahren an einer Schule seine Mitschüler kennt. So wurde ich beim Wirtschaftsministerium im Wirtschaftskontrolldienst angestellt. Meine WKD-Tätigkeit außerhalb der parlamentarischen Sitzungstermine war nicht anstrengend, denn da muss man fast alle loben, die Betriebe waren sauber und hygienisch. Meine Arbeit im Parlament schließlich war im Gegensatz zu manchen Freiberuflern recht angenehm. Die Sitzungen dort waren in der Regel diszipliniert, es gab eigentlich auch kaum Differenzen zwischen der Opposition, der auch ich angehörte, und der Regierung.

Inhaltlich musste auf Grund der guten Vorbereitung nicht mehr viel getan werden. Wir verabschiedeten die Verfassung und sprachen sonst über jene Themen, die am jeweiligen Sitzungstag an-

standen, also zum Beispiel über den Staatsbesuch aus der Nachbarrepublik Trebla<sup>1</sup>.

Eine wirkliche aufgebrachte Stimmung herrschte nur, als es um die Kürzung der Abgeordneten- und Ministerdiäten ging. Das lag wohl daran, dass wir von Anfang an unsere Arbeit als gut bewerteten und uns im Vergleich zur freien Wirtschaft nicht allzu gut entlohnt sahen.

Die zweite interessante Debatte, nämlich die über die Frage, ob Beamte streiken dürfen, wurde von mir vor Gericht ausgefochten. Ich hatte dabei meinen persönlichen Höhepunkt während des Projekts, nämlich eben jene Klage gegen den Staat vor dem höchsten (und einzigen) Gericht. Es ging wie gesagt darum, ob Beamte streiken dürfen, wie etwa in Frankreich, oder ob es wie hierzulande verboten sein sollte. Den Anlass dazu gaben einige Zollbeamte, die wohl merkten, dass gute Firmen ein Vielfaches von ihrem Lohn verdienten und sie diese Parallelen zur Realität nicht all zu stark ausgeprägt sehen wollten. Das Gesetz hatte dies im Vorfeld nicht geklärt. Letztendlich wurde den Beamten das Streiken zwar nicht erlaubt, aber es war eine nette Erfahrung, die geballte Staatsmacht, bestehend aus Innenminister, Präsident und Rechtsbeiständen, zu sehen, wie sie doch zeitweise siegesungewiss war. Zudem endete dieser Streit in der Debatte um die Diäten. Es wurden übrigens nur die Ministerdiäten gekürzt.

Zum Schluss will ich jetzt noch eine kleine persönliche kritische Zusammenfassung abgeben:

- Ältere Schüler und Lehrer sollten jüngeren Respektspersonen auch den nötigen Respekt zollen und auch fair gegenüber den restlichen Jüngeren sein.
- Es gab meines Wissens nach nur einen Schüler, der während des ganzen Projekts arbeitslos war. Meiner Meinung nach ein Erfolg unserer Arbeitspolitik.
- Die Gerichtsverhandlungen waren der absolute Publikumsmagnet. Dies führte mir deut-

<sup>1</sup> Trebla: „Schule als Staat“-Projekt des Albert-Schweitzer Gymnasiums Neckarsulm.

lich vor Augen, dass der Rechtsstaat nicht nur etwas Langweiliges sein muss.

- Als Parlamentarier habe ich gelernt, dass Verantwortung mitzutragen nicht nur bedeutet, dass man direkte Verantwortung übernimmt, sondern auch etwas mitgestaltet.
- Außerdem war es das erste Mal, dass unter uns Schülern auf Disziplin Wert gelegt wurde. Für unentschuldigtes Fehlen bei Sitzungen gab es beispielsweise ein Bußgeld.
- Die Regeln, die wir uns durch die Verfassung gaben, wurden größtenteils eingehalten. Alles in allem hat das Projekt der Schülerschaft gezeigt, dass sie etwas erreichen kann, wenn sie nur will. Und solche Schwachpunkte wie kleinere Gesetzeslücken sehe ich nicht als weiter schlimm an. Dafür gab es schließlich das Parlament und die Gerichtsbarkeit.

„Schule als Staat“ ist ein Projekt, das man, obwohl es sehr arbeitsintensiv ist, nur weiterempfehlen kann. Elexia war ein Superstaat!

*Marieke Leist / Anne Scheu*

## **Blumenladen „Flower Power“ - Ein Unternehmen aus der Unterstufe**

*Marieke Leist und Anne Scheu sind Schülerinnen am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn. Während des Projektes besuchten sie die 6. Klasse. Als Betriebsleiterinnen waren sie für einen Blumenladen verantwortlich.*

Etwas Außergewöhnliches, Einmaliges und fast Unmögliches: das sollte unser Betrieb sein, deshalb entscheiden wir uns für einen Blumenladen. Wir waren von dem Projekt „Schule als Staat“ noch nicht ganz überzeugt. Wie sollte beispielsweise eine Gärtnerei in einem ganz normalen Schulhaus existieren? Uns erschien es unmöglich, fast unmöglich.

Ende Juli sollten die drei Projektstage stattfinden, doch wir begannen schon Anfang Mai, also fast drei Monate vor dem Ereignis, mit den Vorbereitungen. Wir pflanzten, kalkulierten und sammelten Ideen, wie wir die Pflanzen besorgen könnten. Wir gingen in eine Gärtnerei und erwarben uns dort Samen und Setzlinge, die wir bald darauf einpflanzten. In der Nachbarschaft fragten wir nach Pflanzen und Ablegern. Wir bastelten Dutzende von Grußkarten und Blumensteckern. Langsam, aber sicher waren wir auf dem Weg einen Betrieb zu gründen.

Mit Spenden von unseren Eltern und unseren eigenen Ersparnissen finanzierten wir die Pflanzen und Samen. Am Mittwoch, dem Aufbau- und Schmücktag, schmückten wir aufeinandergestellte Tische mit bunten Tüchern und stellten Lampen dahinter, so dass das Klassenzimmer zusammen mit den Pflanzen und Mineralien ein bisschen wie im Urwald wirkte. Am Mittwochabend kauften wir 20 rote Rosen für einen ermäßigten Preis. Die Rosen verwendeten wir für den Rosenservice (Bringdienst und gebastelte Karte), der schon am Donnerstagmorgen freudig von den Schülern und Lehrern genutzt wurde. Der Rosenservice kam so gut an, dass wir am Abend keine Rosen mehr übrig hatten.

Am Freitag, dem Besuchertag, hatten wir, die Betriebsleiter und unsere sieben Mitarbeiter, schon mehr zu tun. An der Kasse drängelten sich schon die Leute und obwohl wir die doppelte Menge an Rosen eingekauft hatten, war am Abend wieder der Rosenständer leer. Auch die anderen Schnittblumen waren ausverkauft.

Am Samstag hatten wir mit 45 Rosen vorgesorgt und weitere Schnittblumen gekauft. Da unser Pflanzenvorrat am Mittag fast aufgebraucht war (300 Pflanzen!), spendete uns ein Heilbronner Gartengroßhandel Blumen im Wert von 50 DM. Gegen Nachmittag neigte sich unser Rosenvorrat dem Ende zu. Deswegen eilten wir zum nächsten Blumengeschäft und kauften noch einmal 20 Rosen. In Kürze waren diese verkauft. Die Projektstage gingen langsam zu Ende und wir waren erschöpft. Obwohl wir jeden Tag Steuern zahlen mussten, erwirtschafteten wir doch am Ende die stolze Summe von 594 DM für uns.

Im Rückblick können wir sagen, dass uns die Arbeit im Blumenladen viel Freude bereitet hat, weil wir alles selbst auf die Beine gestellt haben und die Verantwortung dafür trugen, andererseits weil wir auch einen guten Lohn für unsere Arbeit bekamen.



*Pia Lorenz / Katja Rossi / Christine Steinbrecher*

## **Cha-Cha und Mambo gegen High-Tech-Food Ein Unternehmen aus der Mittelstufe**

*Pia Lorenz, Katja Rossi und Christine Steinbrecher sind Schülerinnen am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn. Sie besuchten zum Zeitpunkt des Projekts die 9. Klasse und gründeten gemeinsam eine Tanzschule.*

Im Rahmen des Projektes „Schule als Staat“ versuchten wir, 10 Schüler des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums, unsere Interessen mit der Eröffnung einer Tanzschule zu verwirklichen. Im Gegensatz zu den meisten gastronomischen Betrieben spezialisierten wir uns auf Dienstleistungen. Die Grundvoraussetzungen für eine Betriebsgründung arbeitete die SMV aus und teilte diese mit der Verfassung des Staates „Elevia“ zu Beginn des Schuljahres an alle Klassen aus. Für eine Tanzschule benötigten wir zwei Betriebsleiter sowie weitere Angestellte, die den Standardtanz beherrschten. Unsere Mitarbeiter wurden seit geraumer Zeit in derselben Heilbronner Tanzschule unterrichtet, sodass es für uns ein Leichtes war, ein perfekt abgestimmtes Team zu bilden. Um allem Zeitdruck aus dem Weg zu gehen, liefen die Vorbereitungen bereits im Herbst '99 auf Hochtouren. Einen passenden Namen zu finden war eine der ersten Schwierigkeiten. Nach längeren Überlegungen entschieden wir uns für den englischen und somit zeitgemäßen Titel „House of Dance“. Daraufhin entwarfen wir sogleich ein passendes Logo für die zukünftigen Werbekampagnen.

Aus unserem breiten Wissen an Standard- und Lateinamerikanischen Tänzen suchten wir die beliebtesten und am leichtesten zu unterrichtenden Tänze aus: Cha-Cha, Rumba, Jive, Disco-Fox, Mambo und langsamer Walzer. Zusätzlich wurde unser abwechslungsreiches Programm in mehrere Kategorien unterteilt, d.h. in Grund-, Bronze- und Silberkurse aufgespaltet. Weitere Informationen zur Buchführung, Projektdauer, Arbeitstage, Stundenlohn und Ausarbeitung wurden in mehreren Betriebssitzungen vermittelt. Aufgrund dieser Erläuterungen erarbeiteten wir einen viertägigen Stundenplan, der sich aus einem Aufbau- und drei Werktagen à 8 Stunden zusammensetzte. Nach unseren Berechnungen konnte ein 8-Stunden-Tag mit 4 verschiedenen Tankursen und mehreren Pausen ausgefüllt werden. Dies würde jedoch nur 8 Personen für jeweils 1½ Stunden beschäftigen, was sich nicht mit den vorgeschriebenen 4 Arbeitsstunden deckte. Zur Behebung des

Stundenproblems schlossen wir zusätzlich zu unseren unterrichtenden Paaren eine Snack Bar mit Barkeeper, einen gemeinsamen Übungstanz sowie einen DJ für die Musik an. Damit tat sich unser nächstes Problem auf: Die Kosten schnellten mit der Besorgung von Nahrungsmitteln, Getränken und Dekorationsmaterial in die Höhe. Zuerst versuchten wir dies mit angemessenen Preisen in der entsprechenden Währung für Tanzstunden und Barverkäufe auszugleichen. Auch dieser Versuch scheiterte, sodass wir uns kurzerhand entschlossen unsere richtige Tanzschule als Sponsor zu gewinnen. Mit Werbung als Gegenleistung wurde uns finanzielle Hilfe zugesagt. Mit diesen Voraussetzungen konnten wir nun unbesorgt die Einkäufe und sonstigen Aufgaben untereinander aufteilen.

Eine Woche vor Projektbeginn teilten wir die Anmeldungen aus, brachten mehrere Flyer unter die Leute und hängten Werbeplakate im gesamten Schulhaus aus. Selbst das Einrichten des zugeteilten Zimmers verlief reibungslos, sodass wir uns am nächsten Tag mit guten Vorsätzen an die Arbeit machen wollten.

Leider sah die Realität ganz anders aus! Von 50 ausgegangenen Anmeldekarten kamen 3 Bewerbungen für den Mambokurs am Samstag zurück, dies bedeutete Arbeitslosigkeit am ersten Tag. Als am zweiten Tag noch immer keine Besserung der Situation eintrat, stürmten wir von Zimmer zu Zimmer, verbreiteten die Schnäppchen des Tages, stießen aber leider auf taube Ohren. Genau genommen wurden unsere Beschäftigten also für Faulenzen, dummes Herumstehen, Einkaufen gehen und Unterhaltung bezahlt. Das Einzige, was wir am Spätnachmittag positiv bewerten konnten, war der Steuererlass, der wegen erneuter roter Zahlen in unseren Bilanzen gewährt wurde.

Nachdem der elevianische Präsident mit der Staatsöffnung die Tore für den „Tourismus“ öffnete, warfen wir uns mit lauten Werberufen in die Menge und priesen unsere kompetenten Tanzkräfte an. Daraufhin nahmen einige Lehrkräfte und meh-

rere Staatsbürger an einem Grundkurs in Rumba und Cha-Cha-Cha teil. Da unsere Snackbar einen regen Zulauf von Tanzschülern hatte, ging es langsam aber sicher in der Haushaltskasse bergauf. Leider mussten wir aber feststellen, dass unsere 20 DM Tageseinnahmen mit den 300 DM der Fast-Food-Kette McJo nicht zu vergleichen waren.

Am letzten Morgen verwirklichten wir die letzten Strategien. Zuerst verlegten wir unsere Snackbar in den Flur, passten vorübereilende Fast-Food-Fanatiker ab und boten ihnen ein zweites Frühstück zu Niedrigpreisen an. Dann strichen wir unseren Plan, den wir anfangs mit vielen Kompromissen und Risiken entworfen hatten, und boten Tanzkurse nach Belieben an. Auf Nachfrage einiger Interessenten frischten wir ihre Wiener-Walzer-Kenntnisse für den abendlichen Abschlussball einer Heilbronner Tanzschule auf, der vielleicht mitentscheidend war, dass wir nun mehr Geld einnahmen. Auch das Mamboangebot am Nachmittag löste bei der älteren Besucherschaft Begeisterung aus, sodass aus roten langsam schwarze Zahlen wurden.

Das Geschäft dieses Tages für uns und unseren Betrieb war jedoch der Verkauf von Getränken

und Snacks an die Parlamentsmitglieder, die bei sommerlichen Temperaturen in der Turnhalle fast eingingen. Man kaufte erst gar nicht mehr Gläser, sondern nahm gleich eine ganze Flasche!!

Am Ende der Projektstage mussten wir aber doch noch einmal ran. Und zwar nicht in unserem Zimmer, sondern in der Turnhalle. Auf Grund von Mängeln bei der Anzeigenverwaltung der Staatszeitung sahen wir uns gezwungen, diesen Betrieb zu verklagen. Dass das Urteil, welches schließlich unerwarteterweise gegen uns ausfiel, uns nichts mehr half, hätten wir früher erkennen müssen. Trotzdem trug unser Betrieb zur Unterhaltung während der Gerichtsverhandlung bei, da es der Staatszeitung erst beim dritten Mal gelang, unseren, am Ende überhaupt nicht besuchten Übungstanz, anzupreisen. Schade drum!

Mit Blick auf die praktischen Erfahrungen in diesen Tagen - z. B. Flexibilität in einem Betrieb oder kollegiale, klassenübergreifende Zusammenarbeit - nahm das Projekt „Schule als Staat“ trotzdem ein gutes Ende.

*Fabian Eber / Juliane Gründl*

## **Pizzeria „Bella Elevia“ Ein Betrieb aus der Oberstufe**

*Fabian Eber und Juliane Gründl besuchen beide die 12. Klasse des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums in Heilbronn. In Elevia leiteten sie mit ihrer Pizzeria das wirtschaftlich erfolgreichste Unternehmen.*

Kurze Zeit nachdem das Schuljahr 1999/2000 begonnen hatte, wurde den Schülern mitgeteilt, dass während den Projekttagen die Schule zum Staat umfunktioniert werden würde. Dabei sollte jeder Schüler und Lehrer eine Aufgabe im Staat übernehmen. Ein Mikrokosmos sollte entstehen: Betriebe, Ministerien und Dienstleistungsberufe waren dafür notwendig. Viele Schüler waren von dieser Idee nicht begeistert und glaubten nicht an einen Erfolg. Die Meinungen gingen auseinander.

Auch bei uns hielt sich die Begeisterung in Grenzen, doch wir wollten, ohne uns der Strapazen bewusst zu sein, einen eigenen Betrieb gründen. Wir schlossen uns zu einer achtköpfigen Gruppe zusammen und überlegten, welche Art von Betrieb Erfolg haben könnte. Schließlich kamen wir zu dem Entschluss, dass eine Pizzeria wohl eine gute Idee wäre. Wir befürchteten jedoch, dass es große Konkurrenz für uns geben würde.

Wir meldeten unseren Betrieb beim Staat an. Eine Kalkulation musste erstellt werden:

Wer wird Betriebsleiter? Wie viele Einnahmen? Ausgaben? Löhne? Preise? Arbeitszeiten? Name der Pizzeria?...

All dies war zu klären. Dann machten wir uns Gedanken über die Dinge, welche wir benötigen würden, um exzellente Pizzas backen zu können. Langsam nahmen das Projekt und unser Betrieb Gestalt an. Mit jedem Tag bekam man mehr Informationen, beispielsweise die Ergebnisse der Parlamentswahlen und die Raumeinteilung für die Betriebe. Da noch einige Arbeitslose untergebracht werden mussten, waren auch wir dazu verpflichtet noch vier Mitarbeiter zusätzlich einzustellen. Diese stellten sich später als eine große Hilfe heraus.

Der Höhepunkt des Projektes rückte immer näher und die letzten Besorgungen mussten erledigt werden. Wir teilten die Aufgaben auf: Einige kümmerten sich um die Einkäufe, andere um Werbung und Dekoration.

Am ersten der fünf schulfreien Tage wurde aufgebaut, dekoriert und vorbereitet. Nun konnte man die Ausmaße des Projekts erkennen und die Viel-

falt der Betriebe sehen. Wir erledigten unsere Einkäufe, brachten einen kleinen Backofen und einen Kühlschrank ins Zimmer, rückten Tische und Stühle zurecht und bereiteten alles so gut wie möglich vor, damit wir am folgenden Tag sofort mit dem Pizzabacken anfangen konnten. Wir mussten außerdem feststellen, dass wir sehr hohe Ausgaben hatten.

Am nächsten Tag, dem Probetag, trafen wir uns alle schon etwas früher und bereiteten die ersten Bleche vor. Die Kunden standen schon in der Türe, als wir noch nicht einmal die Pizzas in den Öfen der Schulküche hatten. Mit der Zeit bekamen wir Routine im Pizzabacken, doch trotzdem kam es zu teilweise beträchtlichen Wartezeiten. Dadurch, dass sehr viele Leute Pizzas haben wollten, mussten wir die vorher so sorgfältig eingeteilten Schichten aufheben und alle durchgehend arbeiten. Auch längere Pausen waren uns nicht vergönnt. Wir konnten noch nicht einmal die anderen Betriebe unter die Lupe nehmen. Unsere für die drei Tage berechneten Lebensmittel waren schon am Ende des ersten Tages aufgebraucht. Auch die Einnahmen stimmten nicht mit den Ausgaben überein. Es musste etwas geschehen. Daraufhin erhöhten wir die Preise und tauschten unser eingenommenes Geld ein, um nochmals einzukaufen, ohne noch mehr Geld auslegen zu müssen.

Am folgenden Tag, es war ein Freitag, durften zum ersten Mal auch Verwandte und Bekannte den Staat mit Hilfe eines Visums besuchen. Aus diesem Grunde mussten wir mehr Pizzastücke und auch mehr ganze Pizzas in noch kürzerer Zeit backen, was ein großes Problem darstellte, da uns nur drei Backöfen zur Verfügung standen und diese nicht sehr effizient waren. Somit konnten wir nicht alle Kunden zufrieden stellen, es gab noch längere Schlangen vor unserer Theke. Zwischen- durch gingen uns sogar wichtige Zutaten, wie zum Beispiel Mehl oder Hefe, aus, welche wir dann kurzerhand nebenan in einem Supermarkt einkauften (dort war das Mehl glücklicherweise im Sonderangebot, sodass wir deren gesamten Vorrat aufkauften). Trotz alledem schien die Qualität

unserer Pizzas sehr gut zu sein. Wie am Vortag mussten wir durchgehend arbeiten und wir selbst hatten nicht viel von unseren Pizzas. Schon um drei Uhr nachmittags waren alle Stücke ausverkauft und wir waren zu müde um weiterzumachen. Nachdem wir aufgeräumt, die Bleche und Teller abgespült und geputzt hatten, bot sich uns die Gelegenheit, die anderen Betriebe zu besuchen. Auch an diesem Tag mussten wir wiederum neue Einkäufe tätigen, um für den letzten Tag vorbereitet zu sein.

Am letzten Verkaufstag trafen wir uns noch früher, da Samstag war und noch mehr Besucher erwartet wurden. Daraufhin beschlossen wir, die Pizzastücke zu verkleinern, um die Ausgaben zu decken, mehr Gewinn zu machen und um noch mehr Kunden noch schneller versorgen zu können. Den Kunden schmeckten unsere Pizzas wohl so gut, dass ihnen dies nichts ausmachte. Es gab jedoch auch einige wenige unzufriedene Kunden, denen die Wartezeit zu lange dauerte. Wie an den vergangenen Tagen mussten wir auch an diesem früher schließen. Nachdem wir wieder alles abgewaschen hatten, konnten wir unser Ergebnis bestaunen:

Durch unsere gute Finanzanalyse hatten wir unsere Einnahmen täglich verdoppeln können. Dadurch wurde das Unternehmen Pizzeria „Bella Elevia“ leider auch zum Steuerzahler Nummer eins.

Wir waren alle glücklich und zufrieden, die drei Tage relativ gut überstanden zu haben, auch wenn es manchmal nicht einfach war, mit anderen gestressten Mitarbeitern umzugehen. Auch die Lust auf Pizza ist uns für einige Zeit vergangen.

Am Sonntag hatten wir dann endlich frei und sollten erst am Montag wieder zum Abbauen in der Schule erscheinen. Wir mussten das Zimmer nochmals gründlich putzen, vom Geruch nach Pizza befreien und Tische und Stühle an deren ursprünglichen Platz rücken. Der Höhepunkt des Tages war jedoch der Umtausch der Ellyten, die Währung unseres Staates Elevia, in Deutsche Mark. Es stellte sich heraus, dass wir durch den erzielten, sehr hohen Gewinn auch selber profitieren konnten (s.u.).

Insgesamt war das Projekt sehr aufschlussreich, aber auch sehr anstrengend. In den fünf Tagen erfuhren wir am eigenen Leib, dass es nicht einfach ist, einen eigenen Betrieb zu leiten und zu betreiben. Wir wollen diese Erfahrungen aber auf keinen Fall missen.

Einnahmen 1. Tag:	~ 400 DM, bzw. Ellyten
Einnahmen 2. Tag:	~ 800 DM, bzw. Ellyten
Einnahmen 3. Tag:	~1600 DM, bzw. Ellyten
Davon Steuern insgesamt:	~ 600 DM, bzw. Ellyten (20%)
Ausgaben insgesamt:	~ 800 DM, bzw. Ellyten
Lohn pro Person insgesamt:	~ 100 DM, bzw. Ellyten

*Heinrich Staubitz*

## **Auf dem Weg zu einer „Kultur der Selbstständigkeit“? - Das Projekt „Schule als Staat“ aus der Sicht des BOGY-Beauftragten**

*Heinrich Staubitz, OStR, ist Lehrer für Englisch, Gemeinschaftskunde und Geschichte am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn und BOGY-Beauftragter.*

Auf dem Kongress „Schule trifft Wirtschaft“ am 15. November 2000 im Congress Center Mannheim befürwortete Kultusministerin Dr. Annette Schavan in ihrer Eröffnungsrede die Gründung von selbstständigen Unternehmen durch Schülerinnen und Schüler der Oberstufe an allgemeinbildenden Gymnasien. Im Rahmen der Veranstaltung wurden Beispiele solcher Unternehmungsgründungen – zum Beispiel am Lessing-Gymnasium Mannheim – vorgestellt.

Die vom Kultusministerium Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Landesarbeitsamt herausgegebenen neuen BOGY-Handreichungen vom September 2000 gehen in die gleiche Richtung. Im Modul 12 der Materialien (2.1) heißt es:

„Für die junge Generation wird es daher immer wichtiger, sich mit der Selbstständigkeit als einer möglichen Berufsperspektive auseinander zu setzen. Dabei kann die Schule einen großen Beitrag leisten. Der Lehrer hat die Möglichkeit, diese Welt auch als Berufs- und Arbeitswelt einschließlich der unternehmerischen Selbstständigkeit in den Blick zu nehmen und darauf angemessen vorzubereiten. Nur so kann eine Kultur der Selbstständigkeit in den Schulen auf den Weg gebracht werden.“

Es gilt nun zu fragen, ob das Projekt „Schule als Staat“ – wie es im Juli 2000 am EHKG Heilbronn durchgeführt wurde – diese „Kultur der Selbstständigkeit“ gefördert hat. Das Vorbereitungskomitee und später die zuständigen Ministerien legten bei der Gründung der rund 70 Betriebe Wert auf Seriosität. So wurden die Betriebsgründer in einem Kurz-Seminar, geleitet von einem Mitglied des Arbeitskreises „Wirtschaft und Schule“ der Wirtschaftsjunioren Heilbronn, auf ihre Aufgabe vorbereitet und erklärten sich damit einverstanden, vor Zulassung ihrer Betriebe eine durch ein Formblatt unterstützte Kalkulation zu erstellen, in der sie die Wirtschaftlichkeit ihrer zukünftigen Unter-

nehmen nachzuweisen hatten. Schon hier zeigte sich, dass die meisten Schüler sehr einfallsreich waren, wenn es darum ging, einen griffigen Namen für ihren Betrieb zu finden („Flower Power“, „Sahnehäubchen“, „Player’s Paradise“), aber beim Berechnen möglicher Umsätze und Kosten ihrer Unternehmen weitgehend überfordert waren.

Eine Nachschulung und Beratung vieler Betriebsgründer durch wirtschaftlich versierte Kollegen sowie eine Korrektur so mancher amateurhaften Kalkulation sorgten für den Sieg der wirtschaftlichen Vernunft. Vor allem war den Unternehmern im Staate Elevia schwer beizubringen, dass sie eine hohe Umsatzsteuer (25%, später vom Parlament nach unten korrigiert) würden aufbringen müssen, um den Staat und seine Verwaltung zu finanzieren.

Was haben nun die Betriebsgründer bei der tatsächlichen Durchführung des Projektes an den drei Tagen des „Staates Elevia“ gelernt? Viele Betreiber von Unternehmen, in denen gegessen, getrunken, Waren verkauft oder populäre Dienstleistungen (Haare legen, Auto waschen) erbracht wurden, erfuhren, dass man durch geschickte Kalkulation, kluge Werbung auf dem Schulgelände, freundliches Verhalten gegenüber den Kunden, effektiven Einsatz von Arbeitskräften und Disziplin bei der Arbeit Gewinn, manchmal sogar großen Gewinn machen konnte. Für diese Betriebe war auch die Umsatzsteuer kein Problem. Manches Kino, mancher Computer-Party-Betrieb, manches Restaurant und manches Toto-Lotto-Unternehmen lernte aber auch die harten Gesetze des Marktes kennen: dass das eigene Produkt oder die eigene Dienstleistung nicht gefragt waren oder dass die Konkurrenz schlichtweg besser war. Wie im wirklichen Leben musste ein kleiner Teil der Betriebe beim Finanzministerium Subventionen beantragen, um die zu erwartenden Verluste in Grenzen zu halten. Es setzte aber auch bei vielen Unternehmern ein

Lernprozess ein. Man bot seine Waren und Dienste im Verlauf des Projekts preisgünstiger an und verbesserte seine Werbung.

Wurde in den drei Tagen des Projektes eine „Kultur der Selbstständigkeit“ entwickelt? Die Unternehmer im Staate Elevia waren gewiss Produzenten und Kaufleute, doch stand für alle der Spaß am Spiel und die Möglichkeit, ein wenig Geld zu verdienen, weit mehr im Vordergrund als gewonnene wirtschaftliche Einsichten. Der Charakter eines Planspiels verblasste im Lauf des Projektes, es wurde – kein Wunder am Ende des Schuljahres! – in allen Betrieben einfach fröhlich gefeiert!

Ganz ohne Folgen blieb das Projekt aber dennoch nicht. In dem Schuljahr, in dem das Projekt aufgearbeitet wurde (2000/01), wurde an der Schule das erste echte Unternehmen gegründet, und im folgenden Schuljahr soll eine „AG Unternehmensgründungen“ mit Unterstützung der Wirtschaftsjuvenioren Heilbronn weitere Betriebe in der Oberstufe ins Leben rufen.

*Carolin Hartmann / Eva Lauermann*

## **Zwischen Theater und Inliner-Hockey Zwei Ministerinnen berichten**

*Carolin Hartmann war zum Zeitpunkt des Projektes Schülerin in Klasse 12 des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums und übernahm als Kulturministerin Verantwortung. Sie hat die Schule inzwischen mit dem Abitur verlassen.*

*Eva Lauermann ist Schülerin am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn. Sie besuchte im Schuljahr 1999 / 2000 die 10. Klasse und war als Sportministerin für Elevelia tätig.*

Wir waren während des Projekts als Sport- und Kulturministerinnen tätig und übernahmen wie auch die Minister in den anderen Bereichen die Planung und Organisation der Veranstaltungen.

Schon zu Beginn des Jahres entstanden Planungsteams, die sich mit den Aufgaben und Problemen ihres jeweiligen Ministeriums auseinandersetzten und ein Grundkonzept entwarfen. Nach der Wahl des Parlaments und der Regierungsbildung gehörten die Minister ihren Teams an und übernahmen größtenteils deren Leitung.

Da wir nur eine relativ kleine Regierungspartei waren, musste fast jeder ein Ministeramt übernehmen, was viel Arbeit und Verantwortung mit sich brachte, denn das Projekt sollte allen Spaß machen und einen Einblick in das Staatswesen bieten. Wir entschlossen uns für das Sport- und Kulturministerium, da uns diese Bereiche interessierten und es gerade dort wichtig ist, ein gutes Programm zu bieten, das die Besucher und Bürger anspricht und zum Gelingen des Projektes beiträgt.

Zu unseren ersten Arbeitsschritten im Ministerium gehörte die Aufstellung eines Kultur- und Sportprogramms. Durch die Auswertung von „Anmeldezetteln“ konnten wir einen Überblick über Art und Anzahl der Veranstaltungen gewinnen, um somit diese möglichst sinnvoll einzuteilen. Dabei war teilweise viel Überredungskunst und Motivation gefragt, um andere Schüler für kulturelle oder sportliche Veranstaltungen zu gewinnen. Viele weigerten sich aus Angst vor einer Blamage am Kultur- und Sportprogramm aktiv mitzuwirken. Andere wollten lieber in einem Betrieb Geld verdienen.

Wir entschlossen uns daher, den Künstlern und Schauspielern eine „Gage“ auszubezahlen und damit die Kultur von Staats wegen zu subventionieren...

Für die Organisation und den reibungsfreien Ablauf war es sehr wichtig, über die technische Aus-

stattung der Schule wie auch über die uns zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten informiert zu sein. Hierbei nahmen die sportlichen Veranstaltungen sehr viel Platz in Anspruch, da bei schlechtem Wetter eine Ausweichmöglichkeit in der Halle vorhanden sein musste.

Jedoch standen uns bei Problemen, die vor allem im Vorfeld auftauchten, immer die jeweiligen „Staatsekretäre“ mit Rat und Tat zur Seite und erleichterten uns somit das Arbeiten.

Um unser Spektrum an sportlichen Veranstaltungen zu erweitern, wendeten wir uns an den Jugendgemeinderat, der ein Basketballturnier organisierte, an dem auch Jugendliche anderer Schulen teilnehmen konnten.

Im kulturellen Bereich sollten Chor und Orchester die Staatsakte musikalisch untermalen. Einige Theateraufführungen waren geplant.

Mit dem Beginn der Projektstage änderte sich dann auch unser Tätigkeitsfeld, denn die Koordination der Programmpunkte war bis auf einige zeitlichen Verschiebungen, die während des laufenden Projekts zustande kamen, abgeschlossen und es galt nur noch kleinere Probleme zu lösen. Aber trotzdem lief unsere Arbeit teilweise unter großem Zeitdruck ab und war mit viel Laufarbeit verbunden. Die regelmäßigen Parlamentssitzungen mussten eingehalten werden, immer wieder war es auch notwendig in den Sport- und Kulturstätten nach dem Rechten zu sehen: Klappt dort alles? Werden die Darsteller und Akteure entsprechend bezahlt oder sind Probleme vorhanden? Kann der Veranstaltungsplan eingehalten werden? Stimmt die Technik? Ebenso war es ab und zu notwendig nach den Beamten im Sport- und Kulturministerium zu schauen, um herauszufinden, ob sie auch wirklich „arbeiten“ oder ob sie ihre Arbeitszeiten in Cafés, Bistros etc. verbringen.

So bekamen wir nur sehr wenig von der wirtschaftlichen Seite des Projektes mit. Aus diesem Grund wäre eine längere Dauer des Projektes sinnvoller gewesen und entspräche auch dem Ar-

beitsaufwand. Ebenso wäre ein größeres Engagement im kulturellen Bereich von Schülerseite, vor allem der höheren Klassen, wünschenswert gewesen, um eine größere Vielfalt an Veranstaltungen bieten zu können.

Unsere Ministertätigkeit brachte viele neue Erfahrungen mit sich, wie z.B. die Aufstellung des Kultur- und Sportprogramms. Hierbei musste einiges organisiert werden, was im Laufe der Vorbereitungszeit und während des Projekts immer besser funktionierte, da wir dann schon etwas mehr Erfahrung gesammelt hatten. Ebenso war es interessant, Einblicke in das Staatswesen zu bekommen und somit einmal hinter die Kulissen zu schauen. Durch unsere Ministertätigkeit lernten wir auch „neue“ Leute unter den Schülern und Lehrern kennen, mit denen wir dann auch zusammen arbeiteten.

Abschließend lässt sich sagen, dass uns unsere Arbeit sehr viel Spaß machte, da wir freie Hand bei der Gestaltung des Programms hatten. Die Angebote im Sport- und Kulturbereich stellten eine willkommene Abwechslung zum restlichen Programm dar. Jedoch konnten wir feststellen, dass die Sportveranstaltungen mehr von Schülern, die kulturellen Veranstaltungen mehr von Eltern angenommen wurden. Insgesamt ist es uns aber gelungen, mit einem breitgefächerten Angebot an Veranstaltungen, wie z.B. Turnieren, Tanzschulen, Theateraufführungen oder Modeschauen, zum Gelingen des Projektes beizutragen.

*Christoph Beck*

## **Zu Gericht bei „Schule als Staat“ Ein Richter im Einsatz für die Gerechtigkeit**

*Christoph Beck besuchte zum Zeitpunkt des Projekts die 10. Klasse des Elly-Heuss-Knapp-Gymnasiums Heilbronn. Er saß mit drei anderen Richtern im Staat Elevia zu Gericht. Im darauffolgenden Schuljahr wurde er zum stellvertretenden Schülersprecher gewählt. Er ist auch Mitglied des Heilbronner Jugendgemeinderats.*

In Elevia gab es ein Gericht mit vier Richtern, jeweils einer aus der Unterstufe, Mittelstufe, Oberstufe und der Lehrerschaft. Wir waren bei dem Projekt für die Rechtsprechung in sämtlichen Streitigkeiten zuständig, wobei immer derjenige bei einer Verhandlung den Vorsitz übernahm, der dem Alter des / der Angeklagten ungefähr entsprach.

Da es uns unmöglich erschien, während des Projektes auf echte Gesetzestexte (z.B. BGB, Strafgesetzbuch) zurückzugreifen, erstellten wir vor Projektbeginn einen Katalog mit den Prinzipien unserer Rechtsprechung. Die einzelnen Streitfälle entschieden wir einvernehmlich auf dieser Basis

Unsere Rechtsverfahren liefen folgendermaßen ab: Klagen konnten von jedem Bürger entweder über die Polizei oder die Gerichtsdienner bei Gericht eingereicht werden. Diese Klagen wurden gleich als Anklageschriften übernommen. Die Richter entschieden selber über Uhrzeit und Reihenfolge der Verhandlungen, die sich zum einen nach den Aufgaben der Beteiligten und zum anderen nach öffentlichen Ereignissen richteten. Die Verhandlungstermine wurden dann an einer gut zugänglichen „Gerichts-Informationen-Säule“ und direkt am Gericht bekannt gegeben. Beteiligte wurden zusätzlich durch die Gerichtsdienner persönlich benachrichtigt. Die Verhandlungen waren öffentlich und es herrschte Anwesenheitspflicht für die Beteiligten. Wer ohne dringliche Entschuldigung fehlte, musste mit Bußgeldern wegen Missachtung des Gerichts rechnen. Wie bei Gericht üblich, hatten die Anwesenden bei Eintreffen der Richter aufzustehen. Zu Beginn der Verhandlung las der Vorsitzende die allgemeinen Rechte und Prinzipien (wie Rechtsbeistand durch einen Anwalt, etc.) und dann die Anklageschrift vor. Der Kläger schilderte nun zu Anfang noch einmal den genauen Tatverlauf aus seiner Sicht, daraufhin hatte der Angeklagte die Chance sich zu verteidigen. Ziel der Verhandlung sollte immer eine genaue Klärung des Falls und eine mögliche Einigung beider Par-

teien sein. Auch durfte eine Verhandlung nie einem Beteiligten das Gefühl geben, ungerecht behandelt worden zu sein. So wurden die Strafen möglichst milde und im Einverständnis beider Parteien, nach einer kurzen Beratungspause der Richter, ausgesprochen. Die Gerichtsdienner hatten auf die Einhaltung der richterlichen Anordnungen zu achten, die aus kleineren Geldstrafen, öffentlichem Arbeitsdienst und kleinen Wiedergutmachungen für die Geschädigten bestanden. Bei der Erteilung der Strafen wurde immer auch auf die finanzielle und moralische Lage der Angeklagten geachtet. So wurden Unterstufenschüler, Wenigverdiener und Leute, die einen wichtigen Dienst für den Staat leisteten, milder bestraft. Alle Urteile wurden mit genauer Urteilsbegründung wieder an die „Gerichts-Informationen-Säule“ gehängt. Für die schriftlichen Aufgaben waren sowohl die Richter als auch eine Protokollführerin zuständig.

Mein Eindruck von der Arbeit als Richter lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Das Gericht war eher Show als ernst gemeint. Nur die wenigsten Verhandlungen wurden aufgrund wirklicher Probleme geführt. Das machte die Verhandlungen meist zu sehr amüsanten, unterhaltsamen und gut besuchten Veranstaltungen, für die (besonders bei sehr interessanten Fällen) später sogar Werbung gemacht wurde. Dennoch war es eine große Ehre für mich Richter zu sein, obwohl es auch sehr anstrengend war. Die größten Probleme bereitete es, die Stimmung im Verhandlungssaal locker und angenehm, vielleicht sogar lustig zu halten, denn dies bedurfte eines großen Einfühlungsvermögens und einer guten Menschenkenntnis. Man war eher Moderator und Animateur als wirklich Richter. Die Zusammenarbeit zwischen den Richtern und mit der Polizei lief sehr gut und reibungslos. Auch wurde den Richtern im Allgemeinen Respekt gezollt, was die Arbeit sehr erleichterte. Das Publikum half durch Applaus (der nach richterlicher Ermahnung aber kontrolliert werden konnte) und durch die regelmäßige Anwesenheit, die Verhandlungen stimmungsgemäß zu

unterstützen. Ich glaube auch, dass dadurch die Prozess-Beteiligten, insbesondere die Angeklagten, ermuntert wurden, nicht alles so ernst zu nehmen oder sich persönlich verletzt zu fühlen.

Mir persönlich hat der Beruf als Richter nicht nur sehr viel Spaß gebracht, auch konnte ich dadurch

meinen Bekanntheitsgrad um ein Beträchtliches steigern. Ich habe durch diese Aufgabe sogar noch im Nachhinein sehr viel Anerkennung von allen Seiten erhalten und mich hat sehr gefreut, dass die Verhandlungen beim Publikum so gut ankamen. Ich bin immer noch davon überzeugt, den besten Beruf in dem Projekt erwischt zu haben.

*Martina Geiger*

## **Kann man Demokratie lernen? Auswertung einer Umfrage zum Projekt „Schule als Staat“**

*Martina Geiger, StR'in, unterrichtet am Elly-Heuss-Knapp-Gymnasium Heilbronn die Fächer Deutsch, Französisch und Gemeinschaftskunde. Als Verbindungslehrerin betreut sie seit 1998 die Schülermitverantwortung.*

Handlungsorientierung zur Schulung von Selbstständigkeit, Problemlösungskompetenz und Selbstverantwortung, Herausbildung von politischer Mündigkeit und Demokratiefähigkeit, Wahrnehmung der Bürgerrolle und aktive politische Partizipation: Viele hier nur schlagwortartig genannte Ziele der modernen Pädagogik und insbesondere der politischen Bildung lassen sich mit Recht auf das Projekt „Schule als Staat“ anwenden.<sup>1</sup> Es bleibt jedoch die Frage, ob dieses Projekt seinen Ansprüchen gerecht werden kann, ob sich die intendierten Lerneffekte auch einlösen und in Einstellung und Verhalten der Schüler nachvollziehen lassen.

Sicherlich ist es grundsätzlich schwierig, die vielfältigen individuellen Erfahrungen des Demokratielernens, die während des Projektes „Schule als Staat“ gemacht wurden, nachzuprüfen. Allenfalls könnte man kognitives Wissen über die Spielregeln und Entscheidungsprozesse eines demokratischen Staates, das im simulativen Handeln erworben wurde, abfragen. So wären etwa die Wahlhelfer, die bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen mitgewirkt haben, sicherlich in der Lage, das d'Hondtsche Höchstzahlverfahren zu erklären, während die Betriebsleiter möglicherweise über Vor- und Nachteile einer Umsatzsteuer referieren könnten.

Wie aber soll die persönliche Bereitschaft, sich im politischen, sozialen, wirtschaftlichen Leben eines Staates zu engagieren, wie sollen Demokratiefähigkeit und politische Partizipation gemessen werden?

Gleichwohl soll im Rahmen dieser Dokumentation der Versuch unternommen werden zu untersuchen, inwieweit das Projekt „Schule als Staat“ das Anliegen des Demokratielernens fördern konnte. Zu diesem Zweck wurden zwei Monate nach dem Projekt 330 Schülerinnen und Schüler der Klas-

senstufen 10 bis 13 (während des Projektes noch Klasse 9 bis 12) zu ihrem persönlichen politischen Engagement sowie zu ihren Erfahrungen mit „Schule als Staat“ befragt.<sup>2</sup> Die Auswahl der Klassenstufen begründet sich vor allem dadurch, dass in Baden-Württemberg das Fach Gemeinschaftskunde am Gymnasium ab Klasse 10 unterrichtet wird.

Erarbeitet und durchgeführt wurde die Umfrage von der Jahrgangsstufe 12 im Rahmen des Grundkurses Gemeinschaftskunde.

<sup>1</sup>Vgl. hierzu die einführenden didaktischen Artikel von Clauß Peter Sajak und Martin Wedel in diesem Band.

<sup>2</sup>Bei einigen Fragen konnten die befragten Schüler nicht nur ankreuzen, sondern auch Kommentare, Verbesserungsvorschläge o.ä. machen. Diese Ergebnisse finden sich nicht im Einzelnen dokumentiert, sondern sind in die schriftliche Auswertung der Umfrage integriert.

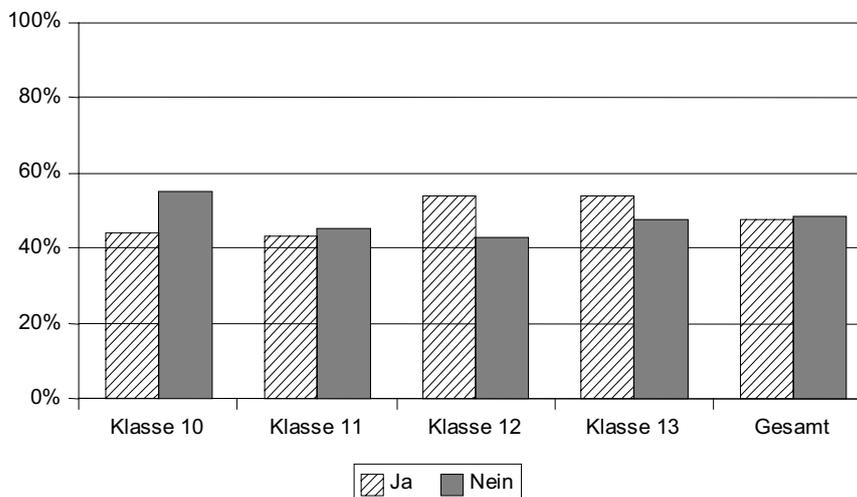
## Teil A: Politisches Interesse außerhalb des Projektes

### 0. Befragte Personengruppe

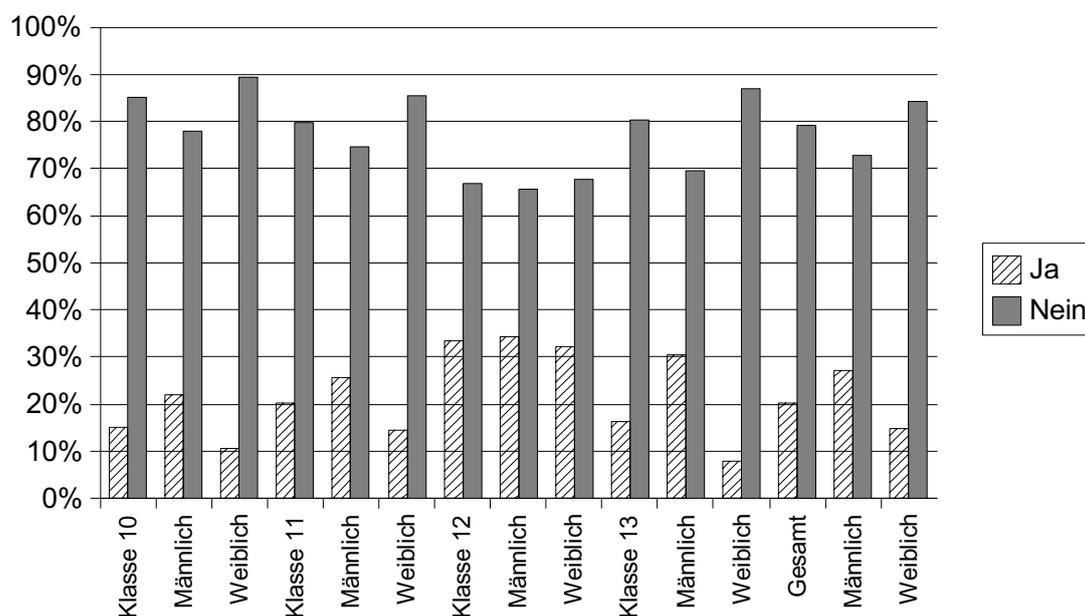
	Männlich	Weiblich	Gesamt
Klasse 10	41	66	107
Klasse 11	51	48	99
Klasse 12	32	31	63
Klasse 13	23	38	61
<b>Gesamt</b>	<b>147</b>	<b>183</b>	<b>330</b>

### 1. Bist du politisch interessiert?

	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Klasse 10</b>	47	59	43,93%	55,14%
Männlich	20	21	48,78%	51,22%
Weiblich	27	38	40,91%	57,58%
<b>Klasse 11</b>	43	45	43,43%	45,45%
Männlich	24	24	47,06%	47,06%
Weiblich	19	21	39,58%	43,75%
<b>Klasse 12</b>	34	27	53,97%	42,86%
Männlich	15	13	46,88%	40,63%
Weiblich	19	14	61,29%	45,16%
<b>Klasse 13</b>	33	29	54,10%	47,54%
Männlich	15	8	65,22%	34,78%
Weiblich	18	21	47,37%	55,26%
<b>Gesamt</b>	157	160	47,58%	48,48%
Männlich	74	66	50,34%	44,90%
Weiblich	83	94	45,36%	51,37%



## 2. Liest du regelmäßig den politischen Teil der Tageszeitung?



## 3. Wie oft siehst du Nachrichten im Fernsehen?

	Täglich	Wöchentlich	Nie	Täglich	Wöchentlich	Nie
<b>Klasse 10</b>	44	51	12	41,12%	47,66%	11,21%
Männlich	20	17	4	39,22%	41,46%	9,76%
Weiblich	24	34	8	36,36%	51,52%	12,12%
<b>Klasse 11</b>	63	32	4	63,64%	32,32%	4,04%
Männlich	39	11	1	76,47%	21,57%	1,96%
Weiblich	24	21	3	50,00%	43,75%	6,25%
<b>Klasse 12</b>	30	26	3	47,62%	41,27%	4,76%
Männlich	20	7	3	62,50%	21,88%	9,38%
Weiblich	10	19	0	32,26%	61,29%	0,00%
<b>Klasse 13</b>	36	21	3	59,02%	34,43%	4,92%
Männlich	16	6	1	69,57%	26,09%	4,35%
Weiblich	20	15	2	52,63%	39,47%	5,26%
<b>Gesamt</b>	173	130	22	52,42%	39,39%	6,67%
Männlich	95	41	9	64,63%	27,89%	6,12%
Weiblich	78	89	13	42,62%	48,63%	7,10%

**4. Bist du aktiv in:**

	<b>Verein</b>	<b>SMV</b>	<b>Schule</b>	<b>Schulzeitung</b>	<b>Polit. Partei</b>	<b>Sonstiges</b>
<b>Klasse 10</b>	76,64%	10,28%	27,10%	2,80%	0,00%	16,82%
Männlich	80,49%	7,32%	21,95%	0,00%	0,00%	39,02%
Weiblich	74,24%	12,12%	30,30%	4,55%	0,00%	3,03%
<b>Klasse 11</b>	63,64%	4,04%	20,20%	1,01%	0,00%	10,10%
Männlich	60,78%	3,92%	21,57%	1,96%	0,00%	7,84%
Weiblich	66,67%	4,17%	18,75%	0,00%	0,00%	12,50%
<b>Klasse 12</b>	76,19%	4,76%	14,29%	12,70%	0,00%	3,17%
Männlich	71,88%	6,25%	15,63%	15,63%	0,00%	6,25%
Weiblich	80,65%	3,23%	12,90%	9,68%	0,00%	0,00%
<b>Klasse 13</b>	67,21%	8,20%	18,03%	8,20%	0,00%	8,20%
Männlich	60,87%	0,00%	26,09%	8,70%	0,00%	4,35%
Weiblich	71,05%	13,16%	13,16%	7,89%	0,00%	10,53%
<b>Gesamt</b>	70,91%	6,97%	20,91%	5,15%	0,00%	10,61%
Männlich	68,71%	4,76%	21,09%	5,44%	0,00%	15,65%
Weiblich	72,68%	8,74%	20,77%	4,92%	0,00%	6,56%

**5. Hast du schon einmal an einer Demo / Bürgerinitiative teilgenommen?**

	<b>Demo</b>	<b>Bürgerinit.</b>	<b>Demo</b>	<b>Bürgerinit.</b>
<b>Gesamt</b>	37	9	11,21%	2,73%
Männlich	20	8	13,61%	5,44%
Weiblich	17	1	9,29%	0,55%

Von allen Befragten geben 47,58% an, politisch interessiert zu sein, während sich 48,48% als politisch desinteressiert bezeichnen. Auffallend ist jedoch, dass das politische Interesse mit dem Alter der Schüler und - eventuell damit verbunden - auch mit dem zunehmenden Einfluss der politischen Bildung zunimmt (vgl. Frage 1).

Die Informationen zu aktuellen Ereignissen beziehen die Jugendlichen vorwiegend über das Medium Fernsehen, zum Teil auch über Radio und Internet. Nur 20,30% lesen regelmäßig den politischen Teil einer Tageszeitung, wobei die männlichen Befragten eindeutig öfter die Zeitung zur Hand nehmen als die weiblichen (vgl. Frage 2). Dieses Ergebnis bestätigt auch eine neuere Untersuchung des Allensbacher Instituts, nach der immer weniger Jugendliche regelmäßig Tageszeitung lesen, selbst nach Schulprojekten, bei denen versucht werde, jungen Leuten, das tägliche Zeitunglesen nahezubringen. Vielmehr begnügten sich die Jugendlichen, so der Meinungsforscher Rüdiger Schulz, mit Informationsschnipseln, die sie im Fernsehen aufschnappen oder aus dem Internet herunterladen.<sup>1</sup>

Die Aktivitäten der Jugendlichen außerhalb der Schule konzentrieren sich vornehmlich auf die Mitwirkung in Vereinen (Sportverein, Musikkapelle); in der Schule selbst (SMV, Klassensprecher, Energiebeauftragte, Schülerzeitung, AGs) engagieren sich lediglich 30% der Befragten. Darüber hinaus arbeiten einige in kirchlichen oder sozialen Institutionen mit (CVJM, DRK, Feuerwehr). Auffällig ist, dass keiner der Befragten Mitglied in der Jugendorganisation einer politischen Partei ist - und dies trotz (oder wegen) der Tatsache, dass einige der Oberstufenschüler Abgeordnete im örtlichen Jugendgemeinderat sind oder waren. Der Mangel an parteipolitischem Engagement spiegelt damit den allgemeinen Trend der Politik- bzw. Parteienverdrossenheit wider.

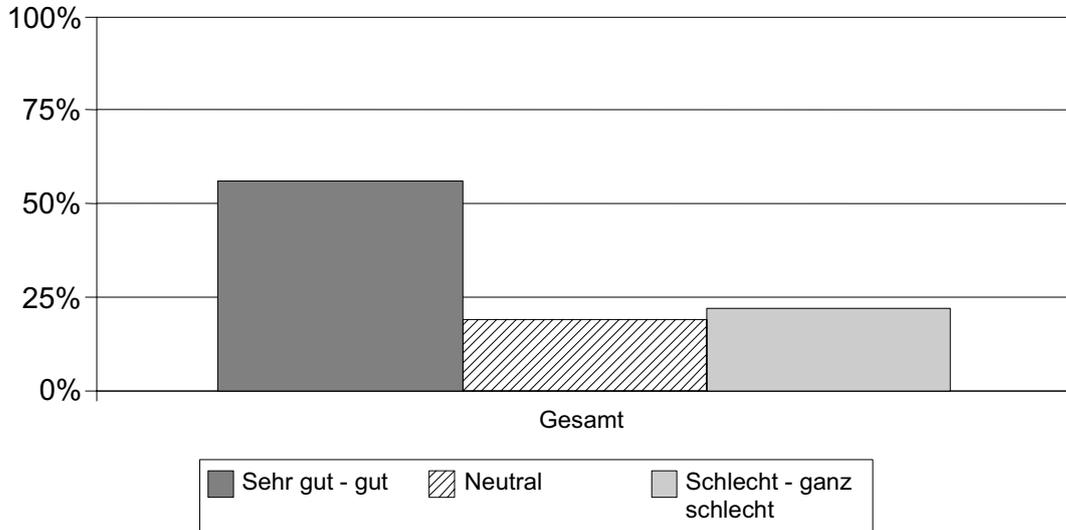
Die Tendenz, sich eher in sozialen oder „unpolitischen“ Bereichen zu engagieren, zeigt sich auch darin, dass die Jugendlichen im Bereich der politischen Partizipation recht wenig Erfahrung haben. Die meisten dürfen noch nicht wählen, nur 11,21% bzw. 2,73 % haben schon einmal an einer Demonstration oder Bürgerinitiative teilgenommen, und dies auch nur dann, wenn es um lokale oder regionale Anliegen ging (Bau von Umgehungsstraßen, Castor-Transporte vom AKW Neckarwestheim, Demonstration für mehr junge Lehrer in Baden-Württemberg, vgl. Fragen 4 und 5).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass politisches Interesse bei etwa der Hälfte der befragten Jugendlichen zwar durchaus vorhanden ist, sich dieses Interesse aber nicht als Engagement im Sinne einer aktiven Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen niederschlägt. Die andere Hälfte hält sich zwar für informiert, aber desinteressiert. Dies gilt insbesondere für die Schülerinnen (mit Ausnahme der Jahrgangsstufe 12), die weniger Interesse an politischen Vorgängen bekunden als die männlichen Befragten (vgl. Frage 1).

<sup>1</sup>Vgl. hierzu den Artikel „Teenies reichen 'Infoschnipsel' aus“, Heilbronner Stimme vom 13.11.2000, S. 7.

## Teil B: Interesse am Projekt „Schule als Staat“

### 1. Wie fandest du die Idee "Schule als Staat"?



### 2. Warst du Parteimitglied?

	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Klasse 10</b>	1	104	0,93%	97,20%
Männlich	0	41	0,00%	100,00%
Weiblich	1	63	1,52%	95,45%
<b>Klasse 11</b>	18	79	18,18%	79,80%
Männlich	11	39	21,57%	76,47%
Weiblich	7	40	14,58%	83,33%
<b>Klasse 12</b>	8	51	12,70%	80,95%
Männlich	4	27	12,50%	84,38%
Weiblich	4	24	12,90%	77,42%
<b>Klasse 13</b>	19	41	31,15%	67,21%
Männlich	6	17	26,09%	73,91%
Weiblich	13	24	34,21%	63,16%
<b>Gesamt</b>	46	275	13,94%	83,33%
Männlich	21	124	14,29%	84,35%
Weiblich	25	151	13,66%	82,51%

### 3. Was war dein Arbeitsbereich?

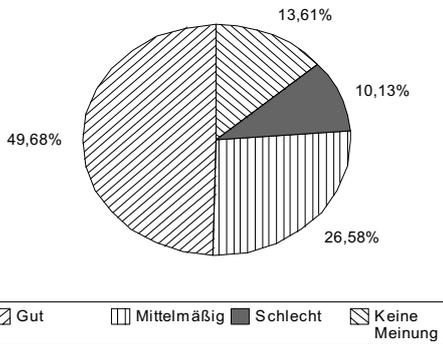
	<b>Beamter</b>	<b>Betriebsleiter</b>	<b>Angestellter</b>
<b>Klasse 10</b>	9,35%	26,17%	62,62%
Männlich	0,00%	34,15%	73,17%
Weiblich	15,15%	21,21%	56,06%
<b>Klasse 11</b>	30,30%	18,18%	50,51%
Männlich	13,73%	21,57%	64,71%
Weiblich	47,92%	14,58%	35,42%
<b>Klasse 12</b>	34,92%	23,81%	33,33%
Männlich	40,63%	28,13%	25,00%
Weiblich	29,03%	19,35%	41,94%
<b>Klasse 13</b>	37,70%	34,43%	24,59%
Männlich	60,87%	17,39%	21,74%
Weiblich	23,68%	44,74%	26,32%
<b>Gesamt</b>	25,76%	24,85%	46,36%
Männlich	23,13%	25,85%	51,70%
Weiblich	27,87%	24,04%	42,08%

### 4. Kannst du Personen des öffentlichen Lebens (Minister, Parlamentsabgeordnete, Richter usw.)?

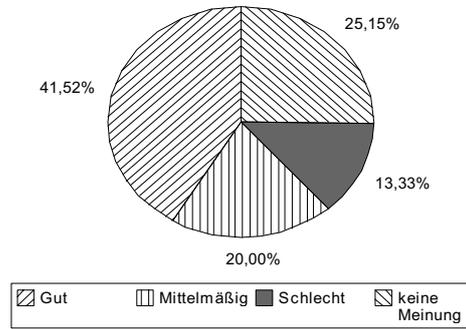
	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Gesamt</b>	244	77	73,94%	23,33%
Männlich	92	49	62,59%	33,33%
Weiblich	152	28	83,06%	15,30%

5. Welche Institutionen haben dir gefallen / nicht gefallen?

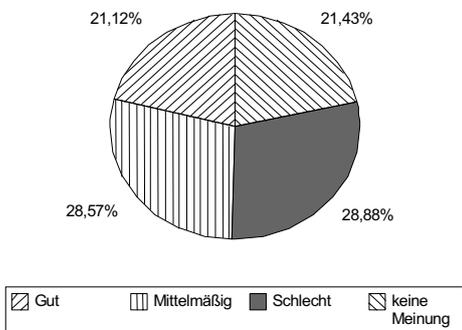
Staatspräsident



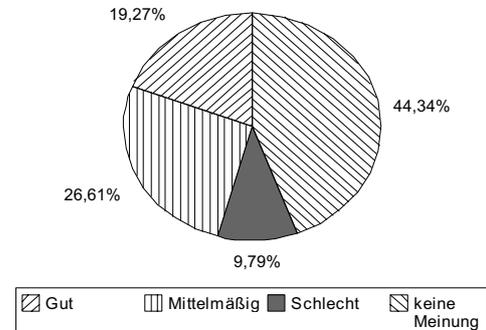
Gericht



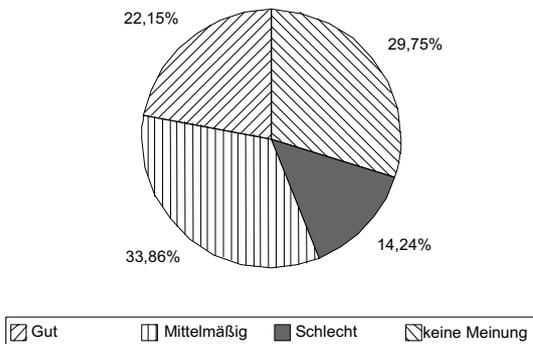
Wirtschaftskontrolldienst



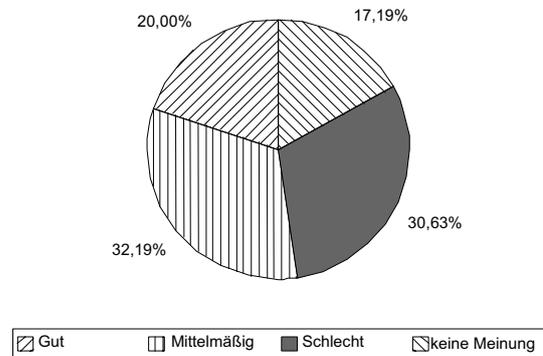
Außenministerium



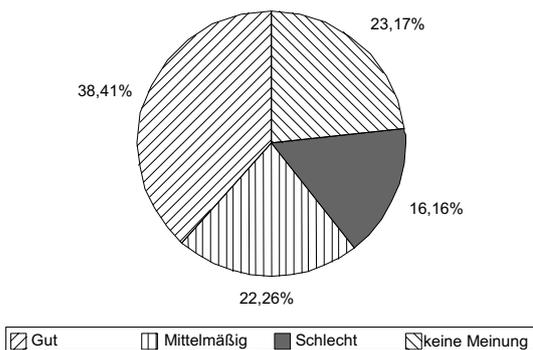
Parlament



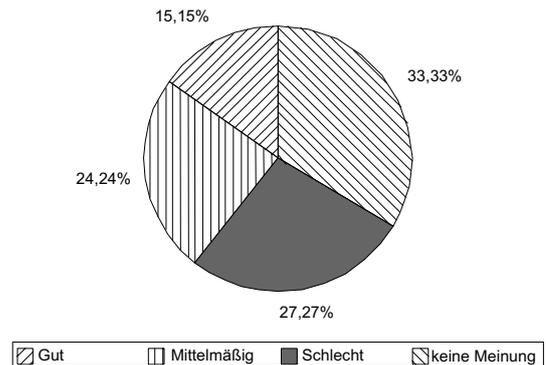
Zoll



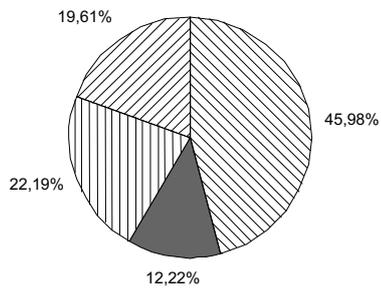
Müllabfuhr/ Geschirrmobil



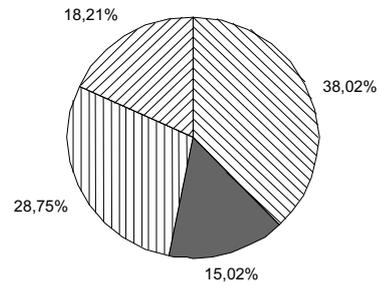
Umweltkontrolldienst



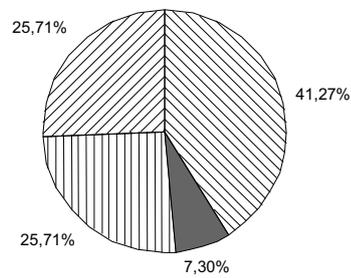
### Innenministerium



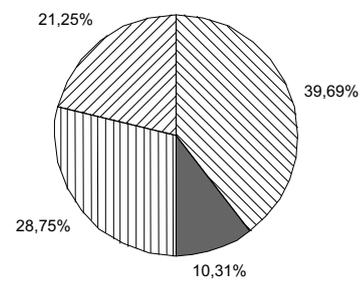
### Arbeitsministerium



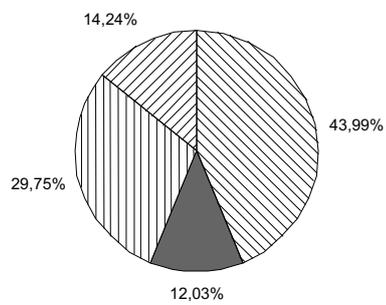
### Sportministerium



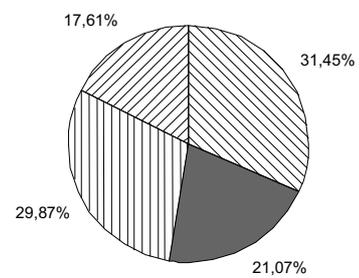
### Kulturministerium



### Umweltministerium



### Finanzministerium



**6. Hast du die Staatszeitung „Elysia Daily“ gelesen?**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Gesamt</b>	233	82	70,61%	24,85%
Männlich	87	54	59,18%	36,73%
Weiblich	146	28	79,78%	15,30%

**7. Hast du eine Gerichtsverhandlung besucht?**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
Männlich	70	82	47,62%	55,78%
Weiblich	72	112	39,34%	61,20%

**8. Hast du eine Parlamentssitzung besucht?**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Gesamt</b>	81	260	24,55%	78,79%
Männlich	37	119	25,17%	80,95%
Weiblich	44	141	24,04%	77,05%

**9. Hast du die Verfassung gelesen?**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Gesamt</b>	155	168	46,97%	50,91%
Männlich	61	85	41,50%	57,82%
Weiblich	94	83	51,37%	45,36%

**10. Hast du eine Kultur- oder Sportveranstaltung besucht?**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Gesamt</b>	206	116	62,42%	35,15%
Männlich	84	62	57,14%	42,18%
Weiblich	122	54	66,67%	29,51%

**11. Bist du länger im Staat geblieben als du musstest (6 Stunden)?**

	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>
<b>Gesamt</b>	218	112	66,06%	33,94%
Männlich	98	49	66,67%	33,33%
Weiblich	120	63	65,57%	34,43%

Mehr als 56% der Befragten beurteilten „Schule als Staat“ von Beginn an als gut bis sehr gut, befürworteten das Projekt also prinzipiell, auch wenn sich die Schüler vielleicht noch nicht sofort damit auseinander setzten oder daran mitarbeiteten. Etwa 20% hatten zu Beginn des Projektes noch keine Meinung und verhielten sich neutral, knapp über 20% der befragten Schüler lehnten „Schule als Staat“ zu Anfang ab (vgl. Frage 1).

Entsprechend verteilte sich auch das Engagement der Einzelnen über das Schuljahr hinweg. Während eine Gruppe von etwa 40 Schülern (vornehmlich aus der damaligen Klassenstufe 12) seit Projektbeginn im November 1999 mitarbeitete, gab die große Mehrzahl der Schüler an, sich ab der Phase der Partei- und Betriebsgründungen im Frühjahr 2000 mit dem zu gründenden Staat auseinandergesetzt zu haben. Die Kritiker des Projektes waren nach eigenen Angaben bis wenige Tage vor Staatseröffnung weder informiert, noch hatten sie sich um einen Arbeitsplatz gekümmert.

Lediglich 13,94% der Befragten ergriffen die Möglichkeit, Mitglied in einer Partei zu werden, um bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu kandidieren und später Regierungsverantwortung im Staat zu übernehmen. Weiterhin ist anzumerken, dass die Parteigründungen im Wesentlichen auf die Aktivität einzelner Klassen oder Schüler, die ohnehin das Projekt vorantrieben, zurückzuführen waren. In dieser Phase des Projektes bekamen die Organisatoren den Widerstand der Jugendlichen, sich in Parteien zu engagieren oder zu organisieren, besonders deutlich zu spüren (vgl. Frage 2). Damit bestätigte sich die in Teil A konstatierte allgemeine Parteienverdrossenheit der Jugendlichen auch innerhalb des Projektes.

Dem gegenüber steht eine deutlich höhere Motivation, im Bereich der Wirtschaft aktiv zu werden. Immerhin ein Viertel der befragten Schüler nahmen die Möglichkeit wahr, selbst einen Betrieb zu gründen, um dadurch - laut eigener Aussage - Einblicke ins Wirtschafts- und Finanzleben zu gewinnen. Sicherlich stand auch der Aspekt des Geldverdienens bei vielen im Vordergrund, der wirtschaftliche Gewinn wurde von den meisten Schülern höher eingestuft als die Mitsprache in politischen Entscheidungsprozessen. Dennoch blieben auch hier 70% der Befragten insofern passiv, als sie sich „nur“ vom Staat oder einem Betrieb beschäftigen ließen, ohne selbst Verantwortung übernehmen zu müssen (vgl. Frage 3).

Die Frage, ob sie Personen des öffentlichen Lebens kannten, bejahten 73,94%. Meist konnten auch Namen genannt bzw. Aussagen darüber getroffen werden, welcher Mitschüler für welches Ministerium zuständig war, wer Richter war o.ä. Dies ist

insbesondere auch darauf zurückzuführen, dass ein Großteil der Regierung des Staates Elevia sich aus der Oberstufe und damit aus den jetzt befragten Klassenstufen rekrutierte (vgl. Frage 4). Andererseits jedoch konnten viele der Befragten keine Aussage darüber machen, wie sie die Arbeit der einzelnen Ministerien fanden. Beispielsweise gaben 62,42% an, das Kultur- oder Sportprogramm genutzt zu haben (vgl. Frage 10), wussten auch noch, wer Kultur- bzw. Sportminister war, konnten aber gleichzeitig die Arbeit des Sport- oder Kultusministeriums nicht beurteilen. 48,03% haben eine Gerichtsverhandlung besucht (vgl. Frage 7), 46,98% konnten aber keine Aussage über die Arbeit des Innenministeriums treffen. Auch wird die Einrichtung einer Müllabfuhr bzw. eines Geschirrmobils positiv und der Umweltkontrolldienst negativ bewertet, beides wird aber nicht als Leistung des Umweltministeriums erkannt (44% keine Aussage).

Das Amt und die Person des Staatspräsidenten, die stark repräsentativen Charakter und hohe Öffentlichkeitswirkung besaßen, werden als gut bis mittelmäßig beurteilt. Die Kontrolldienste und Institutionen hingegen, die die Betriebe beaufsichtigten (Wirtschaftskontrolldienst, Umweltkontrolldienst) und besteuerten (Finanzministerium), waren erwartungsgemäß unbeliebt (vgl. Frage 5).

Erstaunlich ist die negative Einschätzung des Parlaments. Während sich die Parlamentssitzungen bei den erwachsenen Besuchern und den offiziellen Staatsgästen großer Beliebtheit erfreuten, besuchten von den befragten Schülern nur knapp ein Viertel eine Parlamentssitzung (vgl. Frage 8). Scheinbar war das wirtschaftliche, kulturelle und sportliche Angebot im Staat attraktiver als das politische - und dies obwohl im Parlament für die Allgemeinheit durchaus wichtige Fragen, wie etwa eine Steuersenkung oder die Kürzung der Beamtengehälter, debattiert wurden. Gleichzeitig jedoch beurteilen fast die Hälfte der Befragten die Arbeit des Parlaments als mittelmäßig bis schlecht (vgl. Frage 5).

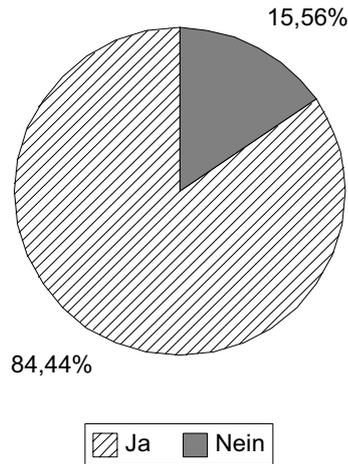
Die Umfrageergebnisse zeigen einerseits, dass der „Eventcharakter“ während des Projektes (Theater, Sportturniere) im Vordergrund stand und nicht die politischen Entscheidungsprozesse, die sich hinter den Events verbargen. Entscheidend war für die Schüler, viel zu erleben, Spaß zu haben, real in Betrieben oder im Staat zu handeln, nicht aber die staatlichen oder wirtschaftlichen Strukturen zu reflektieren. Andererseits wird deutlich, dass das Geschehen im Staat nicht an Institutionen, Strukturen oder politischen Prozessen festgemacht wurde, sondern vielmehr an den Personen, die diese Institutionen nach außen hin repräsentierten, etwa

am Staatspräsidenten, den Regierungmitgliedern oder den Vertretern der Justiz. Möglicherweise ist also mit der negativen Einschätzung des Parlaments nicht die Institution als solche gemeint,

sondern vielmehr die Abgeordneten, die „Macher“ und Planer des Projekts, denen Mängel im Staat oder Organisationsfehler angelastet werden.

## Teil C: Erfahrungen aus dem Projekt

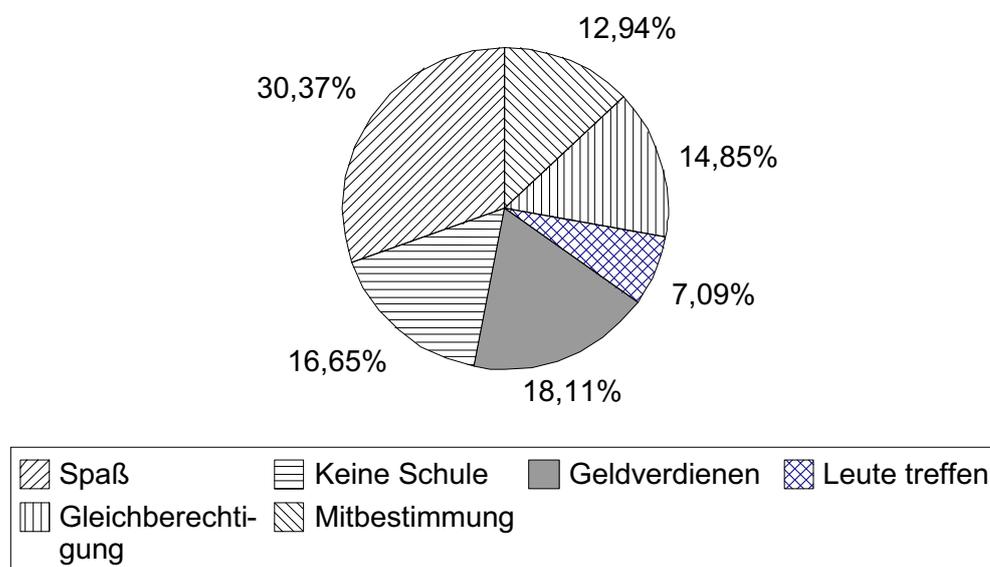
### 1. Hat dir das Projekt Spaß gemacht?



### 2. Was hast du vom Projekt „Schule als Staat“ erwartet?

	Spaß	Keine Schule	Geld	Neue Leute	Gleichberech.	Mitbestimmen
<b>Klasse 10</b>	78	54	60	16	46	25
Männlich	29	24	24	8	15	6
Weiblich	49	30	36	8	31	19
<b>Klasse 11</b>	86	53	59	25	36	36
Männlich	41	31	36	9	14	13
Weiblich	45	22	23	16	22	23
<b>Klasse 12</b>	54	24	24	13	24	31
Männlich	28	16	12	7	12	13
Weiblich	26	8	12	6	12	18
<b>Klasse 13</b>	52	17	18	9	26	23
Männlich	20	8	7	5	9	11
Weiblich	32	9	11	4	17	12
<b>Gesamt</b>	270	148	161	63	132	115
Männlich	118	79	79	29	50	43
Weiblich	152	69	82	34	82	72
<b>Gesamt %</b>	81,82%	44,85%	48,79%	19,09%	40,00%	34,85%

## 2. Was hast du vom Projekt erwartet ?



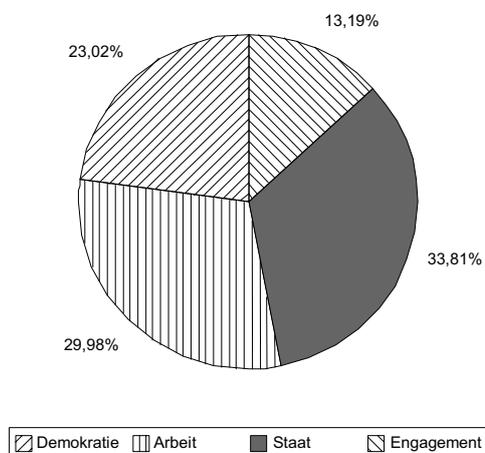
## 3. Was hast du aus dem Projekt gelernt?\*

- **Wie ein demokratischer Staat funktioniert**
- **Dass man für sein Geld hart arbeiten muss**
- **Dass in einem Staat alle zusammenarbeiten müssen**
- **Dass politisches Engagement wichtig ist**

	Demokratie	Arbeit	Staat	Engagement
<b>Klasse 10</b>	40	57	44	22
Männlich	15	22	11	8
Weiblich	25	35	33	14
<b>Klasse 11</b>	12	23	27	7
Männlich	12	23	27	7
Weiblich				
<b>Klasse 12</b>	35	30	52	17
Männlich	24	18	31	8
Weiblich	11	12	21	9
<b>Klasse 13</b>	9	15	18	9
Männlich	9	15	18	9
Weiblich				
<b>Gesamt</b>	96	125	141	55
Männlich	60	78	87	32
Weiblich	36	47	54	23

\* Die prozentualen Angaben des Kuchendiagramms (siehe nächste Seite) sind auf 100% normiert. Da bei dieser Frage jedoch mehrere Antworten möglich waren, übersteigen die Zahlen in der Tabelle 100% und zeigen andere Werte an als das Kuchendiagramm.

### 3. Was hast du aus dem Projekt gelernt ?



### 4. Würdest du dich aufgrund deiner Erfahrungen im Staat Elevia in Zukunft mehr politisch interessieren?

	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Klasse 10</b>	47	42	43,93%	39,25%
Männlich	15	14	36,59%	34,15%
Weiblich	32	28	48,48%	42,42%
<b>Klasse 11</b>	12	51	12,12%	51,52%
Männlich	2	26	3,92%	50,98%
Weiblich	10	25	20,83%	52,08%
<b>Klasse 12</b>	3	35	4,76%	55,56%
Männlich	1	25	3,13%	78,13%
Weiblich	2	10	6,45%	32,26%
<b>Klasse 13</b>	13	32	21,31%	52,46%
Männlich	1	10	4,35%	43,48%
Weiblich	12	22	31,58%	57,89%
<b>Gesamt</b>	75	160	22,73%	48,48%
Männlich	19	75	12,93%	51,02%
Weiblich	56	85	30,60%	46,45%

### 5. Würdest du das Projekt wiederholen?

	Ja	Nein	Ja	Nein
<b>Gesamt</b>	231	82	70,00%	24,85%
Männlich	100	40	68,03%	27,21%
Weiblich	131	42	71,58%	22,95%

Über 80% der befragten Schüler gaben an, dass ihnen das Projekt Spaß gemacht hat (vgl. Frage 1), fast genauso viele, nämlich 70%, würden das Projekt sogar noch einmal wiederholen (vgl. Frage 4). Die 20%, denen „Schule als Staat“ nicht gefallen hat, entspricht etwa der Zahl derer, die von Beginn an die Idee negativ beurteilten (vgl. Teil B, Frage 1). Natürlich ist nicht nachzuvollziehen, ob es sich hierbei um die gleichen Schüler handelt, d.h. ob die Kritiker auch bis zum Schluss unzufrieden blieben.

Für die meisten stand also der Spaß, das gemeinsame Fest, der „Funcharakter“ im Vordergrund - und dies hatten auch über 80% der Schüler erwartet (vgl. Frage 2). Auch die Aussicht, keinen Unterricht zu haben (44,85%), geht in dieselbe Erwartungsrichtung. Lernen wollte niemand während des Projektes, allenfalls noch Geld verdienen oder im Rahmen der betrieblichen Arbeit Erfahrungen sammeln (48,79%). Erst an dritter Stelle folgte der Wunsch, an demokratischen Prozessen teilzuhaben, Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu zeigen (mit Lehrern gleichgestellt zu sein: 40%, mitbestimmen zu können: 34,85%).

Was bleibt für die Schüler vom Projekt übrig? Die meisten (42,73%) haben die Einsicht gewonnen, dass Gruppenzusammenhalt und Gemeinschaftsinn in einem Staat wichtig sind, dass es eine kollektive Aufgabe ist, ein Staatswesen mit Leben zu erfüllen. Knapp 38% meinen, Einblicke in wirtschaftliche Zusammenhänge und in die Praxis des Berufslebens und Arbeitsalltags gewonnen zu haben. Etwa 30% glauben, durch das Projekt Kenntnisse in Strukturen und Institutionen eines demokratischen Staates bekommen zu haben. Auffallend ist jedoch, dass lediglich 16,67% der Befragten politisches Engagement für notwendig erachten - und dies trotz der Erkenntnis, dass in einem Staat alle aufeinander angewiesen sind, dass es „ohne Ich kein Wir“ gibt. Politik im engeren Sinn wird einer Minderheit überlassen, die große Mehrheit trägt - obwohl sie vielleicht insgeheim den Wunsch nach stärkerer Mitbestimmung hegt (vgl. Frage 2) - die Entscheidungen der politisch Aktiven lediglich mit.

Dennoch sagten 22% der Befragten aus, sich nach den Erfahrungen mit „Schule als Staat“ mehr für Politik zu interessieren. Besonders deutlich ist das gesteigerte Interesse in den 10. Klassen zu bemerken, wo das Fach Gemeinschaftskunde neu unterrichtet wird. (vgl. Frage 4). Auch ist auffällig, dass vor allem bei den weiblichen Jugendlichen, die sich im Vorfeld als politisch eher desinteressiert bezeichneten (vgl. Teil A, Frage 1), das Projekt Anreize schaffen konnte, sich über Zeitung oder

Fernsehen mehr zu informieren und das politische Geschehen stärker mitzuvollziehen.

48,48% der Jugendlichen gaben an, kein gesteigertes politisches Interesse zu haben. Jedoch ist hier zu differenzieren zwischen einer Gruppe, die nach eigenen Angaben tatsächlich keine Lust hat und desinteressiert ist, sowie anderen, die glauben, schon genug Interesse an politischen Vorgängen an den Tag zu legen, wieder anderen, die sich mehr für andere Dinge interessieren und für politisches Engagement keine Zeit aufbringen können. Schließlich gibt es noch eine Gruppe von Befragten, die aussagten, sich deshalb nicht verstärkt für Politik zu interessieren, weil das Projekt nur eine Spielerei gewesen sei und nichts mit dem wirklichen Leben zu tun habe.

Den Erfolg des Projektes im Hinblick auf Demokratielernen abschließend zu beurteilen, ist schwierig. Den Zahlen zufolge hat sich bei den befragten Schülern eine Steigerung von 22% an politischem Interesse ergeben, und dies insbesondere in Klasse 10 (während des Projektes noch Klasse 9). So scheint „Schule als Staat“ zumindest bei denen, die das Fach Gemeinschaftskunde noch nicht kennen, Interesse an politischen Vorgängen geweckt zu haben.

Bei 48% konnte das Projekt nicht ein Mehr an politischem Interesse bewirken, es gelang nicht, diesen Teil der Schülerschaft für ein verstärktes Engagement zu motivieren. Die Gründe hierfür sind vielfältig, als wichtiger Kritikpunkt an „Schule als Staat“ ist jedoch der Simulationscharakter des Projektes und die Zweifel an der Übertragbarkeit auf die Bedingungen in der realen Welt zu nennen.

Daraus ergibt sich die Erkenntnis, dass einige Schüler sehr viel, die Mehrheit eher wenig über demokratische Strukturen, Mitsprache, Entscheidungsprozesse gelernt haben. Fest steht auch, dass es sich mit Spaß leichter lernt, auch wenn das Lernen nur indirekt erfolgte: Der „Funaspekt“ während des Projektes stand für viele im Vordergrund, das Lernziel „mündiger Bürger“ wurde von den Schülern verständlicherweise nicht wahrgenommen. Dennoch bleiben sicherlich bei vielen Beteiligten individuelle Erfahrungen und persönliche Lernerfolge, die die Schüler auf ihre Rolle als Wirtschafts- und Staatsbürger vorbereiten und ihre Handlungskompetenzen innerhalb eines demokratischen Staatswesens fördern.

Diese Erfolge des Projektes sind nicht messbar, die politisch-soziale Motivation, die aus dem Projekt entstanden sein könnte, zeigt sich bei den Schülern bisher nur in Absichtserklärungen, (noch) nicht aber in Form von konkretem Engagement.

Jedoch muss dieses Engagement möglicherweise nicht auf sich warten lassen: Die Schule selbst wird sich aufgrund der Umfrageergebnisse überlegen müssen, inwieweit sich der Schülerwunsch nach stärkerer Mitbestimmung und Mitgestaltung des Schullebens sowie die Einsicht in die Notwendigkeit des Zusammenhalts im konkreten Schulalltag umsetzen lässt (etwa in Form eines Schülergerichts oder Schülerparlaments). Vielleicht ist hier der Platz, die Erfolge des Projektes im Hinblick auf Mündigkeit und demokratisches Handeln am ehesten weiterwirken zu lassen.